

15. Sitzung

13. Sitzungsabschnitt

Düsseldorf, Dienstag, 6. Juni 1967

Mitteilungen des Präsidenten	419 A	Wert, Finanzminister	454 C
Interpellation Nr. 1 der Fraktion der CDU:		Kienbaum (FDP)	456 A
Wirtschaftliche und soziale Lage im Ruhr- und Wurmrevier — Drucksache Nr. 261 —	419 B	Dr. Gleitze, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	458 C
Dufhues (CDU), Interpellant	419 B	Johannes Rau (SPD)	460 C
Kühn, Ministerpräsident	427 D, 462 B	Pürsten (CDU)	460 D
Haferkamp (Hösel) (SPD)	436 C	Vorschläge für Maßnahmen zur Konjunkturbele- bung im Lande Nordrhein-Westfalen — Vorlage Nr. 232	462 C
Dr. Lange (FDP)	441 C	Pütz (CDU)	462 C
Lemmer (CDU)	448 C	Nächste Sitzung	462 D
Reymann (SPD)	451 D, 453 A		
Kühn, Ministerpräsident	454 A		

Entschuldigt waren für den 6. Juni 1967:

SPD: Hindrichs
Kohlmeier
Kriings
Pohle
Riederer
Vitt

CDU: Falke
Kühlthau
Neuhaus
Stettner
Dr. Sträter
Dr. Waffenschmidt

— 418 —

(A) **Beginn: 10.32 Uhr**

Präsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen und heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Für die heutige Plenarsitzung haben sich 12 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Seinen Geburtstag feiert am heutigen Tage Herr Abg. Busen.

(Beifall)

Herr Abgeordneter, unseren herzlichen Glückwunsch!

Als Drucks. Nr. 280 finden Sie auf Ihren Plätzen den **Stellenplan und Wirtschaftsplan der Wohnungsbauförderungsanstalt**. Diese Pläne werden gemäß § 20 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuregelung der Wohnungsbauförderung dem Einzelplan 07 — Anlage zum Haushaltsgesetz 1967 — beigefügt werden. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Zur Tagesordnung und zum Ablauf der beiden Sitzungstage darf ich auf folgendes hinweisen.

Wie ich bereits mit meinem Schreiben vom 31. Mai 1967 mitgeteilt habe, steht der heutige Tag ausschließlich für die Behandlung des Tagesordnungspunkts 8 — Interpellation Nr. 1 der Fraktion der CDU betr. wirtschaftliche und soziale Lage im Ruhr- und Wurmrevier Drucks. Nr. 261 — zur Verfügung. Wir werden gegen 13 Uhr in eine eineinviertelstündige Mittagspause eintreten und danach die Aussprache über die Interpellation fortsetzen. Am morgigen Tag beginnen wir mit der Fragestunde und behandeln sodann die übrigen Punkte der Tagesordnung.

(B)

Ich rufe auf den Punkt 8 der Tagesordnung:

Interpellation Nr. 1 der Fraktion der CDU:

Wirtschaftliche und soziale Lage im Ruhr- und Wurmrevier

— Drucksache Nr. 261 —

Zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Dufhues von der Fraktion der CDU das Wort.

Dufhues (CDU), Interpellant: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich mich recht erinnere, ist es etwa ein Jahr her, daß der damalige Oppositionsführer und jetzige Ministerpräsident den Wahlkampf um die Ankündigung eines Ruhrplans bereicherte. Seine Partei, so erklärte er, verfüge über ein Rezept, und er ließ uns wissen, daß seine Partei in der Lage sei, die Krisenerscheinungen im Revier fest in den Griff zu bekommen.

(Dr. Nehrling (SPD): Ist das ein Zitat?)

— Ich zitiere, Herr Nehrling, nicht wörtlich, sondern dem Inhalt nach, und das sei mir gestattet!

Er versprach uns, daß wirkliches Handeln an die Stelle der nach seiner Ansicht unzureichenden Bemühungen der Regierung Meyers treten werde.

(Sehr gut! bei der SPD)

Was fehle, sei ein struktur- und energiepolitisches Konzept und der Wille — so ließ er uns wissen — zur politischen Tat. Seine Partei verfüge über beides und auch über die Männer, diese Tat zu verwirklichen. Sobald die Bevölkerung ihm das politische Mandat erteilt habe, könne der Plan verwirklicht werden; er liege in der Schublade bereit.

Nun, meine Damen und Herren, inzwischen haben die Ereignisse im Revier — ich spreche sowohl für das Ruhrrevier wie für das Aachener Revier — ernste Züge angenommen.

(Zuruf von der SPD: Inzwischen? — Lachen bei der SPD)

Strukturelle Anpassungsschwierigkeiten der Kohle, der Auftragsrückgang bei der Stahlindustrie — diese Erscheinungen sind mit einem allgemeinen Konjunkturrückgang zusammengetroffen. Das Steueraufkommen des Landes geht zurück. Zum erstenmal seit langem verzeichnen wir echte Arbeitslosigkeit. Seit der letzten Kohlendebatte im März 1966 hat sich die Lage des deutschen Steinkohlenbergbaus in einer Weise verschärft, die über die früher bestehenden Besorgnisse hinaus Anlaß zu ernststen Sorgen gibt.

Die Entwicklung seit Beginn dieses Jahres will ich in wenigen Worten kennzeichnen: Förderausfall durch Feierschichten wegen Absatzmangels 2,4 Millionen Tonnen, die Haldenbestände erhöht um 2,2 Millionen Tonnen und unter Einbeziehung der bereits vorhandenen Halden auf 22,6 Millionen Tonnen. Insgesamt liegen — unter Einbeziehung der ausgelagerten Mengen — 28,4 Millionen Tonnen auf Halde. Das entspricht einem Viertel der Förderung des Jahres 1966 und einer — wie allen Sachkundigen bekannt ist — verlustreichen Bindung von Kapital in Höhe von mehr als 1½ Milliarden DMark. Die Zahl der Arbeiter ist seit Beginn dieses Jahres um etwa 19 100 gesunken.

Und was für die Beurteilung der Lage von entscheidender Bedeutung ist, meine Damen und Herren: Während die Förderkapazität bis Mitte 1966 rund 140 Millionen Jahrestonnen betrug und heute auf 130 Millionen Jahrestonnen zurückgegangen ist, sank der Absatz von Jahr zu Jahr und erreichte im Jahre 1966 eine Menge von nur 118 Millionen Tonnen. Für das Jahr 1967 kann mit einem Absatz von 107 bis 110 Millionen Tonnen gerechnet werden. Die erste Zahl ist die Schätzung des Bundeswirtschaftsministeriums, die zweite die Schätzung des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau. Im Verhältnis zur vorhandenen Kapazität können also weit mehr als 20 Millionen Tonnen nicht abgesetzt werden.

Damit, meine Damen und Herren, ist das Grundproblem der gegenwärtigen Situation des Steinkohlebergbaus umrissen. Diese Situation ist gekennzeichnet durch eine unüberbrückbare Diskrepanz zwischen vorhandener Förderkapazität und möglichem Absatz. Der deutsche Steinkohlebergbau sieht sich bereits jetzt der Situation gegenüber, daß bei Ausnutzung der vorhandenen Förderkapazität — ich erwähnte die Zahl bereits — weit über 20 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr nicht abgesetzt werden können. Ein Zurückfahren der Förderung bei Aufrechterhaltung der Kapazität bringt die Anlagen hoff-

(C)

(D)

(Dufhues (CDU), Interpellant)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) nungslos in die Verlustzone, hoffnungslos in rote Zahlen. Der noch verbleibende Absatz kann nur dann gesichert werden, wenn weitere Schachtanlagen stillgelegt und die übrigen Schachtanlagen nach einer weiteren erheblichen Leistungs- und Förderungssteigerung bei vollem Absatz rentabel geführt werden.

Die verhängnisvolle Diskrepanz zwischen Förderkapazität und möglichem Absatz wird sich weiter verschärfen, wenn man mit dem Bundeswirtschaftsministerium davon ausgeht, daß der Absatzrückgang künftig bei jährlich etwa 7 Millionen Tonnen Kohle liegen wird. Wenn das richtig ist, dann heißt das, daß etwa bis zum Jahre 1970 ein Drittel der bestehenden Kapazität oder 30 Schachtanlagen stillzulegen sind, dann heißt das, meine Damen und Herren: 30mal „Concordia“! Ich frage jeden: Wer will damit fertigwerden? Das schaffen Sie, Herr Ministerpräsident, in der jetzigen Situation, mit den gegebenen Möglichkeiten und dem bisher bekanntgewordenen Kohlekonzept, auch nicht mit Ihrem Vetorecht. Sie können nicht sagen, wohin die Kohle abgesetzt werden soll. Sie bleiben die Antwort schuldig und müssen sie schuldig bleiben auf die Frage, wie eine Weiterförderung überbrückt werden kann. Sie werden mit uns doch wohl der Meinung sein, daß die Antwort auf diese entscheidende Frage nicht dem Konkursrichter überlassen werden darf.

(Beifall bei der CDU)

Diese Entwicklung stellt unser Land und seine wichtigsten Industrien vor Schwierigkeiten besonderer Art. Sie gefährdet einen traditionellen Bereich unserer Wirtschaft, den Kohlebergbau, und sie bedroht die mit ihm verbundenen Industrien. Sie beunruhigt Handel und Gewerbe, sie erzeugt soziale Spannungen und Probleme unter der arbeitenden Bevölkerung. Unsere Gemeinden stellt sie vor schwierige Fragen. Sie bedroht die allgemeine Anziehungskraft des Reviers, die Anziehungskraft insbesondere auf Menschen und Investitionskapital. Es ist eine Anziehungskraft, von der das Revier ebenso lebt wie vom Fleiß und von der Fertigkeit seiner Bevölkerung, wie von der Kraft der hier angesiedelten Unternehmungen.

(B)

Viele hat diese Entwicklung zur Hilfe gerufen. Wirtschaft und Wissenschaft haben Vorschläge unterbreitet. Die Bundesregierung hat soziale und finanzielle Maßnahmen beschlossen. Das Land hat sich an diesen Maßnahmen beteiligt. Die Gewerkschaft Bergbau und Energie hat in verantwortungsbewußter Sorge um die Lage im Bergbau eigene Vorschläge vorgetragen. Der Bundeswirtschaftsminister hat vor einigen Wochen dem Kabinett einen inzwischen verabschiedeten Gesetzentwurf zur Anpassung und Gesundung des Bergbaus vorgelegt. Gerade durch diesen Entwurf, der vom Bundeskabinett inzwischen verabschiedet worden ist, bekommt die Diskussion des Tages ihre besondere aktuelle Note.

Wir werden uns gerade in diesem Land, das eine entscheidende Verbindung zur Kohle hat, wir werden uns gerade in diesem Hause mit diesen Problemen auseinandersetzen müssen. Damit nehmen wir nicht die Zuständigkeiten des Bundestages und der Einrichtungen des Bundes in Anspruch. Aber wenn wir, der Landtag von Nordrhein-Westfalen, zu diesem Gesetzentwurf, der den Anspruch erhebt, die Kohlekrise zu überbrücken und zu überwinden, schweigen, dann weiß ich nicht, zu welchen

Fragen der Landtag noch Stellung zu nehmen beabsichtigt. (C)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es wird und soll eine kritische Auseinandersetzung auch mit diesem Gesetzentwurf sein. Ich habe nicht die Absicht, in dieser Diskussion den der CDU angehörenden Bundeskanzler gegen den der SPD angehörenden Wirtschaftsminister und den der CSU angehörenden Finanzminister auszuspielen. Alle drei sitzen in demselben Boot. Ich meine, daß wir alle Veranlassung haben, gerade in der Verantwortung für unser Land zu den Problemen des Bergbaues und der sonstigen Wirtschaft unseres Landes kritisch, aber positiv Stellung zu nehmen. Ich hoffe, daß die heutige Debatte dazu einen wesentlichen Beitrag leisten wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, daß der Gesetzentwurf des Herrn Bundeswirtschaftsministers nach einer notwendigen Ergänzung und Umgestaltung Erfolg haben wird. Ich hoffe, daß die Regierung der Großen Koalition Erfolg haben wird. Die großen Entscheidungen dieses Kabinetts liegen im Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitischen, und ihre Bewährungsprobe hat diese Große Koalition in diesem Bereich vor allem im Lande Nordrhein-Westfalen zu bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen dazu beitragen, daß es ein Erfolg wird.

(Zuruf von der SPD: Das war früher entschieden leichter!)

— Das hindert Sie nicht daran, das zu tun, was heute unsere Pflicht ist. Ich wäre gern bereit, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen, auch über die Maßnahmen, die vor sechs und acht Jahren getroffen worden sind und vielleicht zu treffen waren. Aber ich meine, daß es heute nicht darum geht, für die Vergangenheit aufzurechnen und uns vorzuhalten, inwieweit der eine oder andere — (D)

(Zurufe von der SPD: Doch! — Ja, doch!)

— Meinewegen tun Sie es! Aber kein Bergmann wird Ihnen dafür danken, daß Sie in die Vergangenheit denken und nicht in die Zukunft!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir sollten nicht darüber rechten, inwieweit die Lage falsch beurteilt worden ist, wer an Fehlentscheidungen mitgewirkt hat und wer in unverantwortlicher Weise euphorische Hoffnungen geweckt oder lähmenden Pessimismus verbreitet hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich wiederhole: Es geht um die Zukunft. Es geht um das Schicksal des Reviers, es geht um das Schicksal unseres Landes. Deshalb sollte unser Blick in dieser Stunde auch aus dem Parlament von Nordrhein-Westfalen in die Zukunft gerichtet sein.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Wir haben diese Debatte erbeten, um zu helfen, um Lösungen zu finden, nicht um in einer Diskussion, die auf-

(Dufhues (CDU), Interpellant)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) rechnet und die nur den parteipolitischen Gegensatz kennt, heute über die Schicksalsfrage unseres Landes zu sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte die Absicht, die Probleme der Kohle und der Energiepolitik auch unter dem Aspekt der nationalen Sicherheit zu behandeln. Ich sehe ganz bewußt davon ab, das in dieser Stunde zu tun; denn eine Behandlung dieser Fragen unter dem Aspekt der nationalen Sicherheit müßte sich notwendig auch mit dem Problem der Oleinfuhren aus dem Nahen Osten auseinandersetzen. Dieses Gebiet erfährt eine tragische, eine kriegerische Entwicklung. Ich fürchte, daß wir, wenn wir diesen Fragenbereich in die heutige Debatte einbeziehen, die Dinge allzusehr dramatisieren und daß wir schwerlich gut beraten sind, wenn wir ausgerechnet die tragische Entwicklung im Nahen Osten unter dem Aspekt der Wirtschaftspolitik unseres Landes behandeln.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube, wir sollten davon absehen, und wir sollten dem Land Israel wünschen, daß es in Frieden mit seinen arabischen Nachbarn leben kann.

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

- (B) Welches sind die Gründe für die Strukturkrise, für den Strukturwandel im Bergbau? Es sind vor allem zwei Tatbestände, die diese Entwicklung herbeigeführt haben: Einmal die technische Entwicklung und zweitens die Entwicklung und das Verhalten der Konkurrenzenergien. Die von mir erwähnte technische Entwicklung hat die Situation im Bergbau wesentlich verändert. Sie hat die Leistungsfähigkeit erhöht, und dank hoher Investitionen sind Förderzahlen erreicht worden, die vor Jahren noch kaum möglich schienen. Obwohl die Zahl der Bergleute sich seit Beginn der Krise vor knapp zehn Jahren um rund 250 000 verringert hat, obgleich seitdem 64 größere und mittlere Schachtanlagen und damit 26% der Kapazität des deutschen Steinkohlebergbaues stillgelegt wurden, ist die Förderkapazität des Bergbaues insgesamt nicht wesentlich gesunken. Im Bergbau hat bereits eine technische und strukturelle Revolution stattgefunden, über die sich kaum jemand draußen ausreichend Rechenschaft ablegt. Daß sie nicht zu ernsthaften sozialen Störungen geführt hat, verdanken wir der vorausschauenden Politik und dem vorausschauenden Verhalten aller Beteiligten und den guten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen der letzten Jahre.

Mit der technologischen Entwicklung des Bergbaus sind so die technischen Voraussetzungen für eine rationelle, fortschrittliche Kohleförderung geschaffen worden, auf die wir auch heute und in Zukunft dringend angewiesen sind. Die technische Entwicklung blieb jedoch nicht auf den Bergbau beschränkt; auch im Bereich der Kohleabnehmer vollzogen sich einschneidende Veränderungen. Die Elektrizitäts- und Wärmewirtschaft entwickelte neue Verfahren, die eine höhere Wärmeausnutzung der Kohle gestatteten. Den Hütten gelang es, den für die Verhüttung notwendigen Kokseinsatz ständig zu reduzieren. Ein sehr angesehener Hüttdirektor des Landes hat mir einmal erklärt, er und die von ihm angeregten technischen Verbesserungen seien im Grunde schuld an der schwierigen

- (C) Entwicklung des Bergbaus. Die Eisenbahn elektrifizierte ihre Strecken, und sie steigerte damit den Ausnutzungsgrad der Kohle, die nun nicht mehr auf der Lokomotive, sondern im Kraftwerk eingesetzt wurde. Die Kohle nahm deshalb weniger am Produktionszuwachs ihrer Abnehmer teil, als man hätte erwarten können.

Meine Damen und Herren, dieser technische Prozeß ist nicht aufzuhalten; wir können ihn nicht verhindern, ohne den technischen Fortschritt im Bereich des Kohleverbrauchs selbst einzuschränken und damit die Produktions- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Kohleverbraucher zu gefährden. Selbst wenn es möglich wäre, der Kohle ihre angestammten Märkte zu erhalten, wäre deshalb nicht damit zu rechnen, daß ihr Absatz wesentlich gesteigert werden könnte.

Es kommt hinzu, daß diese Entwicklung noch keineswegs abgeschlossen ist. Sowohl die Förderleistung des Bergmanns wie die Ausbeute an Nutzenergie werden in Zukunft ansteigen. Weniger Bergarbeiter werden mehr Kohle fördern, und mit weniger Kohle wird man mehr Energie oder Stahl erzeugen können. Beides zusammen wird — abgesehen von vielen anderen Veränderungen — bereits eine gewisse Schrumpfung der Kohle und die Konzentration der Förderung auf bestimmte Zechen zur Folge haben.

- (D) Der zweite Grund für die Strukturkrise ist die Veränderung des Energiemarktes. Der Kohle sind im Erdöl und im Erdgas zwei Konkurrenten erstanden, denen sie einfach nicht — jedenfalls nicht voll — gewachsen ist. Beide Konkurrenten sind der Kohle aus technischen Gründen an Beweglichkeit gleich oder überlegen, und nur in wenigen Bereichen sind sie nicht in der Lage, die Kohle als Primärenergie zu ersetzen. Im Grunde ist diese Entwicklung nicht rückgängig zu machen, nicht zu ändern. Weder aus technischen noch aus wirtschaftlichen Gründen ist es möglich, der Kohle ihre frühere Stellung als wichtigsten und im wesentlichen einzigen Energielieferanten des Reviers zurückzugeben.

Anders als im Bereich der Technologie ist die Entwicklung der Konkurrenzsituation jedoch zu beeinflussen und zu steuern, wenn man will. Von dieser Tatsache hat jede Kohlepolitik und damit auch jede Strukturpolitik in unserem Lande auszugehen, und ich meine, auch ein Ruhrplan müßte dazu Stellung nehmen.

Damit ist zugleich festgestellt, meine Damen und Herren, daß die Kohlepolitik nur Teil einer allgemeinen Energiepolitik sein kann. Ein Ruhrplan ist deshalb nicht denkbar ohne eine wirklich klare Vorstellung von der zukünftigen Gestaltung des Energiemarktes. Die Lösung des Bergbauproblems ist ein Teilaspekt der Lösung des Energieproblems. Auf diese Zusammenhänge habe ich bereits im Juli vergangenen Jahres im Zusammenhang mit dem von mir vorgeschlagenen Energieamt hingewiesen. Ich bin sicher, daß diese Auffassung allgemein in diesem Hause und auch in der breiten Öffentlichkeit geteilt wird.

Der vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlebergbaues läßt diese Zusammenhänge allerdings weitgehend unberücksichtigt. Er enthält keinerlei Instrumentarium, das geeignet wäre, die energiepolitischen Aspekte des Gesundungsprozesses zu ordnen. Darin liegt, so meine ich, sein schwerwiegender Mangel. Vor allem dieser

(Duffhues (CDU), Interpellant)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Mangel hat meine Freunde und mich und später offensichtlich auch den Herrn Ministerpräsidenten veranlaßt, gegen die Verabschiedung des Entwurfs durch das Kabinett Bedenken anzumelden. Auch von dieser Stelle bitte ich die Bundesregierung und den Bundestag, diesem entscheidenden Bedenken bei der Weiterberatung des Entwurfs Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Die Steuerung der Konkurrenzentwicklung auf dem Energiemarkt mit dem Ziel einer geordneten Anpassung der Kohle an die Marktentwicklung ist heute vor allem eine Frage der Steuerung des Angebots von Heizöl und Erdgas. Diese Lenkung ist nicht möglich ohne die Entwicklung energiepolitischer Leitlinien, an denen sich die notwendigen Einzelheiten orientieren können. Der Ruhrplan müßte solche Leitlinien enthalten.

Dabei geht es vor allem um folgende Fragen: Erstens, auf welche Weise und in welchem Umfang sollen der Kohle bestimmte Absatzgebiete gesichert werden? Zweitens, welche energiepolitischen Maßnahmen sind notwendig, um den Verdrängungswettbewerb anderer Energieträger zu steuern? Drittens, in welchem Umfang soll eine deutsche Beteiligung am Erdölmarkt gesichert werden?

Nur eine solche Anpassung kann über eine günstigere Kapazitätsauslastung der verbleibenden Zechen und durch die Ausnutzung von Rationalisierungsvorteilen der Rentabilität des Bergbaus von der Kostenseite her helfen. Angesichts der Preispolitik der Konkurrenzenergien sind der Kohle Absatzgebiete zu sichern, die sie ohne diesen Schutz nicht behaupten kann. Im Bereich der Stahlindustrie und im Bereich der Energiewirtschaft sind Schritte in dieser Richtung unternommen worden. So dankenswert sie sind, und so sehr wir sie begrüßen: sie reichen nicht aus, um der Kohle in traditionellen Märkten ausreichend Schutz zu gewähren.

(B)

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob eine Sicherung des Kohleabsatzes nicht nur in den Kraftwerken, sondern auch in sonstigen Wärme- oder Dampfkraftwerken möglich ist. Wir sollten den Vorschlag prüfen, den Ausstoß an schwerem Heizöl auf den gegenwärtigen Stand zu beschränken. Sicherlich gibt es auch noch andere Maßnahmen, die diesem Ziel dienen können.

Meine Damen und Herren, diese Feststellung, daß die von mir erwähnten Maßnahmen nicht ausreichen, führt uns zu dem schwierigen Problem einer Anwendung des § 10 des Außenwirtschaftsgesetzes, d. h. einer Beschränkung der Oleinfuhren durch die Verweigerung von Einfuhrlicenzen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Überlegung, die gesetzlichen und die administrativen Möglichkeiten im Bereich des Raffineriebaues und der Genehmigung von Pipelines zu erweitern, um dadurch sicherzustellen, daß die Entwicklung der Kapazität der Mineralölindustrie sich in dem Rahmen hält, der dem Zuwachs des Gesamtenergiebedarfs entspricht. Wir dürfen uns die Entscheidung dieser umstrittenen, sicherlich auch in Ihrer gestrigen Fraktionssitzung, meine Herren von der Sozialdemokratie, sehr umstrittenen Frage nicht leicht machen.

Ich denke an die Bedeutung des Energiepreinsniveaus vor allem für die Exportindustrie, wie die chemische und die Automobilindustrie. Die Bedeutung des Energieprei-

ses für den Güterpreis ist umstritten. Der Unternehmensverband Ruhrbergbau und die Untersuchungen anderer Unternehmungen sind zu recht unterschiedlichen Ergebnissen gekommen. Das mit einer allgemeinen Einfuhrkontingentierung verbundene Problem, meine Damen und Herren, besteht zudem darin, daß damit auch Bereiche der Wirtschaft betroffen werden können, die für die Gesundheit des Kohlebergbaus nicht von entscheidender Bedeutung sind.

(C)

Ich wiederhole: diese und andere Fragen bedürfen kritischer Untersuchung und Prüfung. Und trotzdem, meine Damen und Herren, trotz aller sorgenvollen Fragen und Bedenken: wir sollten uns keiner Illusion darüber hingeben, daß die baldige Lösung des Bergbauproblems — wie es in der heutigen Terminologie so schön heißt — flankierende Maßnahmen erfordert, um erst einmal ein provisorisches Gleichgewicht herstellen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Denn der entscheidende Mangel des Gesetzesvorhabens des Bundeswirtschaftsministeriums liegt darin, daß weder in dem Gesetzentwurf selbst noch in Verbindung damit — auch nicht in Verbindung mit der Kabinettssitzung, die diesen Entwurf akzeptiert hat — wirksame wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Ordnung des Energiemarktes und damit zur Gesundung des Bergbaues vorgesehen sind. Vielmehr sollen offenbar in erster Linie institutionelle Vorkehrungen getroffen werden, um die Kohleförderung und die Förderkapazität des Bergbaues in Anpassung an die ständig sinkenden Absatzmöglichkeiten schrumpfen zu lassen.

(D)

Ich halte es, meine Damen und Herren, für unwahrscheinlich, daß sich die zur Erörterung stehenden Maßnahmen — wohl abgewogen und zeitlich begrenzt — und dreimal möchte ich das unterstreichen —, in einer Verteuerung unserer Energieversorgung auswirken werden.

Der deutsche Markt wird augenblicklich in bezug auf das Heizöl so unter den Druck der ausländischen Konkurrenz genommen, daß wir das, was wir jetzt der Kohle an Schutz verweigern, in Zukunft in Form erhöhter Preise an die ausländischen Ölkonzerne abführen müssen.

(Zustimmung bei der CDU — Zuruf von der SPD)

— Verehrter Herr Kollege, wir haben es mit unseren Professoren nicht leicht; Sie werden das selbst einmal erfahren!

(Allgemeine Heiterkeit — Beifall bei der CDU)

Durch diese wirtschaftspolitischen — —

(Johannes Rau (SPD): Was haben Sie gegen Erhard?)

— Gar nichts! Ich spreche von den Professoren, vor denen ich einen großen Respekt habe.

(Heiterkeit)

Durch diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die gleichzeitig zur Finanzierung der notwendigen Aufwendungen für die Behebung der Bergbaukrise verwendet werden

(Dufhues (CDU), Interpellant)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) können, muß eine Atmosphäre der Marktberuhigung für die Kohle geschaffen werden, in der sich der Verdrängungsvorgang nicht so hektisch vollzieht, damit unternehmerische Privatinitiative, auf die wir nach unserem wirtschaftspolitischen Konzept in keinem Falle verzichten wollen, sich mit einer gewissen Chance auf Erfolg auswirken und entfalten kann.

Meine Damen und Herren, es würde zu weit führen, wenn ich in dieser Aussprache auf alle Einzelfragen, auch auf das Maß der einzelnen Maßnahmen eingehen würde und zu jeder dieser Fragen ein abschließendes Votum abgeben würde. Aber ich glaube — und davon bin ich überzeugt —, meine Damen und Herren, daß die Zeit reif ist, die Suche nach immer neuen, anderen Lösungen aufzugeben. Man sollte versuchen, durch eine sehr eingehende Diskussion der verschiedenen konkreten Lösungsvorschläge weiterzukommen, denn die Zeit drängt! Wir befinden uns in einer unmöglichen politischen Situation, wenn auf der einen Seite jeder Ansatz einer Stilllegung auf verständliche Reaktion bei den Betroffenen stößt, und wenn auf der anderen Seite diejenigen, die eine radikale Anpassung verlangen, der Kohle die wirtschaftspolitischen Mittel versagen, durch die ein neues Klima für die Kohle geschaffen werden kann.

Wir glauben, daß es möglich ist, bei einer Aktion, zu der alle ihren Beitrag leisten, den notwendigen Anpassungsprozeß in ruhigere Bahnen zu lenken.

Die notwendige und unvermeidbare Einordnung des Kohleproblems in den Gesamtbereich der Energiepolitik wirft eine Frage von allgemeiner Bedeutung auf, die uns zugleich zum zweiten Punkt führt: Organisation des Erdölmarktes und Umfang der deutschen Beteiligung daran.

- (B)

Die deutsche Politik in diesem Bereich ist durch die Tatsache gekennzeichnet, daß die Bundesregierung der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Expansion der internationalen Gesellschaften im deutschen Markt mehr oder weniger freie Hand gelassen hat. Die Folge ist, daß unser Bedarf an Erdöl, von dem geringen inländischen Aufkommen und der neuerdings erschlossenen libyschen Quellen abgesehen, im wesentlichen durch ausländische Gesellschaften gedeckt wird.

Diese Entwicklung hat weiter dazu geführt, daß wir nur noch im Aral-Bereich über ein inländisches Tankstellennetz verfügen. Ohne die großen „Verdienste“ der internationalen Gesellschaften — ich meine das Wort „Verdienst“ im eigentlichen Sinne des Wortes — zu schmälern, scheint mir doch die Feststellung gerechtfertigt, daß die große politische Bereitschaft zu drastischen Interventionen im Bereiche des Ölimportes von der bisherigen Politik der internationalen Ölgesellschaften nicht unbeeinflusst ist.

Mir scheint der Zeitpunkt gekommen, die internationalen Erdölgesellschaften in einer durch die Autorität der Bundesregierung getragenen Weise auf die besonderen Verpflichtungen hinzuweisen, die sich aus ihren Investitionen im deutschen Wirtschaftsbereich ergeben.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Damit ist zugleich die Gefahr angesprochen, daß die noch verbliebenen heimischen Erdölinteressen durch einschneidende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse bei der GBAG in den Bereich der internationalen Erdölgesellschaft einbezogen werden.

Angesichts der jüngsten Entwicklung in diesem Zusammenhang halte ich die Feststellung für unerlässlich, daß eine unseren Vorstellungen entsprechende Organisation des Energiemarktes auf eine starke einheimische Gruppe einfach nicht verzichten kann.

(C)

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eine den deutschen Interessen und der deutschen Energiepolitik zugängliche deutsche Erdölgruppe gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, ihre energiepolitischen Vorstellungen im Bereich des Erdölmarktes zu verwirklichen. Sie stellt zugleich sicher, daß der Erdölmarkt in Deutschland geöffnet und damit ein gewisser notwendiger Konkurrenzdruck erhalten bleibt. Mit der Übernahme der verbliebenen deutschen Erdölinteressen durch internationale Erdölgesellschaften wären der Bundesregierung diese Möglichkeiten genommen. Sie wäre deshalb spätestens zu diesem Zeitpunkt gezwungen, ihren energiepolitischen Interessen auf andere Weise, insbesondere durch langfristige gesetzliche oder administrative Maßnahmen, Rechnung zu tragen. Solche Maßnahmen könnten naturgemäß nicht auf ein einzelnes Unternehmen beschränkt bleiben.

Meine Fraktion erwartet aus diesem Grunde von der Bundesregierung, daß sie den beteiligten internationalen Gesellschaften Gelegenheit gibt, die große Bedeutung zur Kenntnis zu nehmen, die die Bundesregierung diesem aktuellen Problem beimißt. Wegen der außenpolitischen Auswirkungen, die mit einer solchen Definition der deutschen Interessen im Bereich des Erdöls verbunden wären, erscheint es uns angezeigt, daß der Bundeskanzler persönlich sich dieses Problems annimmt.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Meine Damen und Herren! Eine zutreffende Bestimmung des energiepolitischen Ortes des Bergbaues im Energiemarkt ist schließlich nur möglich durch die Entwicklung genauerer Vorstellungen über den Anteil, der der Kohle an der Befriedigung der Gesamtnachfrage nach Primärenergie zukommen soll. Von einem Ruhrplan erwarten wir aus zwei Gründen, daß er auch zu diesem Problem Stellung nimmt.

Der Schutz angestammter Märkte für die Kohle setzt voraus, daß ungefähre Vorstellungen darüber bestehen, welche Mengen insgesamt während eines bestimmten Zeitraumes abgesetzt werden müssen, um die strukturelle Anpassung des Bergbaues sicherzustellen. Das bedeutet, daß in gewissem Umfange der Kohleabsatz nicht durch die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Teilmärkte, sondern daß der Umfang des gesicherten Absatzes durch die in einem bestimmten Zeitraum notwendige Produktion bestimmt ist. Diese, wenn auch beschränkte Umkehr des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, ist nicht zu vermeiden, weil die Schrumpfung des Kohlebergbaues nicht mit beliebiger Geschwindigkeit betrieben werden kann, wenn schwerwiegende Störungen vermieden werden sollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Andererseits ist der Umfang der geschützten Märkte von dem insgesamt zur Verfügung stehenden Subventionsvolumen abhängig. Wir müssen uns darüber klar sein, daß weder der Bund, noch das Land in der Lage sind, beliebige finanzielle Mittel für die Anpassung des

(Duffhues (CDU), Interpellant)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Kohlebergbaues bereitzustellen. Während sich der Umfang der geschützten Märkte so einerseits durch die technischen Bedingungen des Anpassungsprozesses und auch seine sozialen Folgen bestimmt, ist er andererseits durch das insgesamt zur Verfügung stehende Subventionsvolumen begrenzt.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ein Wort zum Kohlebeauftragten, zu diesem Beauftragten, der offenbar als Übermensch konzipiert worden ist! Als ich die Vorlage des Bundeswirtschaftsministers las, erinnerte sie mich an eine Unterhaltung mit dem verstorbenen Bundeskanzler Konrad Adenauer, der mich nach einer langen Erörterung von Kohle- und Energiefragen fragte, ob ich nicht bereit und geneigt wäre, das Amt eines Energiebevollmächtigten anzunehmen. Auf meine Frage: Mit welchen Vollmachten?, erklärte mir Herr Adenauer: „Ich stehe ganz hinter Ihnen!“

(Heiterkeit)

Daran wurde ich erinnert, als ich diese Konzeption des Kohlebeauftragten zur Kenntnis nehmen mußte.

Der Gesetzentwurf sieht vor, den Zechengesellschaften Empfehlungen für ihre Unternehmenspolitik zu geben. Die Einhaltung der Empfehlungen ist mit der Gewährung und Weiterzahlung verschiedener staatlicher Hilfen verbunden, während die Nichteinhaltung mit dem Entzug dieser Hilfen bestraft werden kann und wohl auch soll. Der vorgesehene Kohlebeauftragte soll Entscheidungen treffen unter anderem über Kapazitäten, Produktionsziele, Absatzmenge der einzelnen Unternehmen und die Zusammenlegung von Betrieben zu optimalen Größen.

(B)

Ich sagte: Entscheidungen treffen. Der Gesetzentwurf spricht zwar von „Empfehlungen“, wenn aber für den Fall der Nichtbefolgung der Empfehlungen Sanktionen vorgesehen sind, dann ist das naturgemäß eine Entscheidung, an der niemand vorbeigehen kann.

Diese Konstruktion, meine Damen und Herren, übersieht zunächst, daß die Lage der Kohle sich auf Grund des Wettbewerbs zwischen verschiedenen Energieträgern ergeben hat und daß die friedliche Nutzung der Atomenergie erneute Spannungen auf dem Energiemarkt herbeiführen wird, wengleich ich nicht die euphorischen Hoffnungen des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung teile, daß wir dadurch bereits in den nächsten Jahren mit wesentlichen Ergebnissen der Entwicklung zur Herstellung nutzbarer Energie rechnen können.

Ein Kohlebeauftragter, der nur die unternehmerische Entscheidungsfreiheit begrenzt, ohne aber die unterstützenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Absicherung des deutschen Bergbaues außerhalb der Kohle treffen zu können, kann seiner Aufgabe einfach nicht gerecht werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Was wir brauchen, ist ein Energiebeauftragter, der auf Bundesebene und in Verbindung mit den fusionierten europäischen Gemeinschaften die Gesamtlage auf dem deutschen Energiemarkt bearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Dabei läßt sich durchaus darüber sprechen, welche Konstruktion man im einzelnen wählt, ob es richtiger ist, angesichts der Bedeutung der übrigen Energien eine Energiekommission zu bilden. Über alles läßt sich reden. Ich hoffe, daß, wenn diese Konstruktion nach unseren Vorstellungen verwirklicht wird, wir dann auch eine Persönlichkeit finden, die der ungewöhnlich schwierigen Aufgabe gewachsen ist. Ich meine eine Persönlichkeit im Range eines Lord Robens, mit der Phantasie und der Kraft sowie den Möglichkeiten, die diesem Manne zur Verfügung stehen, der zu großen Erfolgen gekommen ist.

(Dr. Nehrling (SPD): Ein Superübermensch!)

— Ich weiß nicht, ob er ein Superübermensch ist. Er würde sich in seiner Bescheidenheit wahrscheinlich schon gegen das Wort Übermensch wehren. Ein „Superübermensch“ scheint mir die Dinge zu übertreiben.

Nun, meine Damen und Herren, wenn der Ruhrplan — ich bemühe mich, ihn aus der Schublade des Herrn Ministerpräsidenten zu holen und dem Hohen Hause darzulegen —

(Johannes Rau (SPD): Das ist Einbruch!)

— Einbruch? Allenfalls geistiger Einbruch; der ist unter uns ja noch gestattet!

Hat nun der Ruhrplan diese gesamtwirtschaftlichen und diese energiepolitischen Bedingungen hinreichend geklärt, so könnte er sich nun in einem zweiten Abschnitt der Frage zuwenden, welche Unternehmensstruktur in Zukunft den Ruhrbergbau bestimmen soll. Diese Frage ist nicht nur für die Energiepolitik der Bundesregierung, sondern sie ist auch für unser Land von großer entscheidender Bedeutung. Ich bedauere es deshalb, daß im Lande Nordrhein-Westfalen im Rahmen eines Entwurfes zur Anpassung und Gesundung des Steinkohlebergbaues nur in bescheidenem Umfang die Möglichkeit eingeräumt wird, unter landesstrukturpolitischen Gesichtspunkten auf die Empfehlungen und Maßnahmen des Bundesbeauftragten einzuwirken. Das gilt insbesondere insoweit, als der Gesetzentwurf umfangreiche Verordnungsermächtigungen zugunsten des Bundeswirtschaftsministers vorsieht.

Aufgabe eines Energiebeauftragten sollte in diesem Zusammenhang sein:

1. Den Unternehmungen die notwendigen Stilligungsmaßnahmen,
2. der Bundesregierung die notwendigen wirtschaftspolitischen Schutzmaßnahmen und
3. der Landesregierung die notwendigen strukturpolitischen Maßnahmen in richtiger Abwägung auch des Zeitplanes

zu empfehlen. Damit wird durch die Bestellung eines Energiebeauftragten eine Schaltstelle für die gesamte mit der Rücktragung des Steinkohlebergbaues zusammenhängenden Problematik geschaffen. Dieser Energiebeauftragte oder diese Energiekommission, wie immer sie gestaltet sein mag, weiß um die Abhängigkeit von Energieeinfuhr, Absatzmöglichkeiten der Kohle und die Notwendigkeit, neue Arbeitsmöglichkeiten, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Energiebeauftragte empfiehlt also einerseits die notwendigen Schutzmaßnahmen und andererseits die strukturpolitischen

(C)

(D)

(Dufhues (CDU), Interpellant)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Maßnahmen. In diesem Rahmen empfiehlt er die leider notwendig werdenden Stilllegungsmaßnahmen.

Die Diskussion um die strukturelle Umgestaltung des Bergbaues hat eine Vielzahl von Vorschlägen ans Licht gefördert. Hiervon sollten, meine Damen und Herren, zwei Möglichkeiten ausscheiden. Einmal sollte das Projekt einer Verstaatlichung des Bergbaues nicht weiter verfolgt werden. Abgesehen von ordnungspolitischen Bedenken und der Gefahr wirtschaftlich nicht vertretbarer Fehlentwicklungen, wird sich dieser Gedanke angesichts der Lage des Haushalts schwerlich verwirklichen lassen. Die Sozialisierung, die ja notwendig volle Entschädigung, Verlustübernahme und weitere Subventionen mit sich bringt, ist allein wegen der angespannten Lage des Haushalts nicht zu realisieren. Zum anderen läßt sich die Beibehaltung des jetzigen Zustands, die Zersplitterung des Steinkohlebergbaus in 36 verschiedene Gesellschaften und Unternehmungen nicht verantworten. Dabei ist nicht zu erreichen, daß Stilllegungen und Konzentration der Förderung nach gesamtwirtschaftlichen kostenoptimalen Überlegungen erfolgen.

Zur Diskussion steht die Anregung, die Unternehmungen auf einzelne Unternehmensgruppen zu konzentrieren, eine Lösung, die offensichtlich auch der Herr Bundeswirtschaftsminister für richtig hält, wenn er optimale Unternehmensgrößen fordert.

Erörtert wird ferner das Projekt einer Pachtgesellschaft, die die Verpachtung des Bergbauvermögens an eine neu zu gründende Gesellschaft vorsieht, wobei die Zahlung des Pachtzinses durch den Staat garantiert werden soll und der Staat nach Maßgabe dieser zum Ausgleich von

- (B) Verlusten geleisteten Zahlungen Anteile an der neu gegründeten Gesellschaft und damit entsprechende Einflußmöglichkeiten auf den Bergbau erwerben soll.

Eine mittlere Position nimmt der Vorschlag ein, eine gemischtwirtschaftliche Einheitsgesellschaft zu schaffen, ein Vorschlag, der von Professor Müller-Armack gemacht wurde. Er scheint mir schon deshalb sorgfältiger Prüfung wert zu sein, weil er sich um einen Ausgleich der Interessengegensätze, auch der Interessengegensätze zwischen dem Staat und den beteiligten Unternehmungen, bemüht. Die von Müller-Armack entwickelten Finanzvorschläge führen den Bergbauunternehmungen Mittel zu, die die Liquidität der Unternehmungen verbessern und auch in anderen Bereichen, anderen Branchen, unter Bevorzugung des Ruhrgebietes eingesetzt werden können. Die Vorzüge dieser gemischtwirtschaftlichen Konzeption lassen eine durchgreifende Inangriffnahme der struktur- und regionalpolitischen Aufgaben erwarten. Darin liegt ein wesentlicher Aspekt; denn damit kann eine Umstrukturierung des Ruhrgebiets angeregt oder auch gefördert werden, wenn sie realistisch sein soll, unter maßgebender Mitwirkung der im Ruhrgebiet ansässigen Unternehmungen in Angriff genommen werden und erfolgen muß, wobei ich insbesondere auch an die Bergbauzulieferungsindustrie denke, die einen sehr schwierigen Prozeß der Anpassung und der Umstellung ohne jede Subvention, ohne jede Hilfe durchmacht.

Diese und andere Vorschläge, meine Damen und Herren, sollten sorgfältig, kritisch, aber auch mit dem Willen, zu einem Ergebnis zu kommen, geprüft werden. Persönlich neige ich zu der Ansicht, nicht sofort auf eine

Einheitsgesellschaft zuzusteuern. Die Bildung einer Einheitsgesellschaft, sei es im Wege der von der IG Bergbau und Energie vorgeschlagenen privatrechtlichen Lösung, sei es in anderer Form — die Dinge haben sich ein wenig gewandelt; die IG Bergbau und Energie schlägt privatrechtliche Lösungen vor, Generalk Direktoren sprechen sich für Verstaatlichung oder ähnliche Maßnahmen aus;

(Heiterkeit)

es ist nicht mehr ganz leicht, sich in dieser Welt zurechtzufinden —, dieser Vorschlag und andere Vorschläge werfen eine Fülle von Fragen auf, die mir noch nicht hinreichend durchdacht und geklärt zu sein scheinen. Dazu gehört im wirtschaftlichen Bereich vor allen Dingen das Problem des Verhältnisses dieser Einheitsgesellschaft zu den traditionellen Abnehmern von Kohle, insbesondere zur Stahlindustrie. Mir scheint — ich befürchte das —, daß durch die Bildung einer Einheitsgesellschaft des Kohlebergbaus im Ruhrgebiet auf die Stahlindustrie ein erheblicher Druck ausgeübt werden würde, sich ihrerseits zu einem einheitlichen Unternehmen zusammenzuschließen. Ein solch allgemeiner Konzentrationsprozeß wäre jedoch mit erheblichen wirtschaftlichen und auch erheblichen strukturpolitischen Belastungen des Reviers verbunden.

Bei der Abwägung der Vor- und Nachteile einer Einheitsgesellschaft sollte man auch die strukturpolitischen Konsequenzen nicht unberücksichtigt lassen, vor allem die Konsequenzen, die mit einer Einheitsgesellschaft verbunden wären. Die Beseitigung der Vielfalt der vorhandenen Zechenunternehmen hätte zwar unbestreitbare betriebswirtschaftliche und technologische Vorteile, würde jedoch zu einer Verarmung der soziologischen Struktur des Reviers und zur Beseitigung einer Vielzahl von Einzelunternehmungen führen. Auf diese einzelunternehmerischen Initiativen, die von einer einheitlichen Verwaltung nicht in der gleichen Weise erwartet werden dürfen, sollte man jedoch gerade angesichts der Umstrukturierung des Reviers nicht ohne zwingenden Grund verzichten, jedenfalls nicht für eine angemessene Übergangszeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, einer Erkenntnis — und ich sage das Folgende, auch um unseren grundsätzlichen Standpunkt klarzustellen — sollten wir uns in diesem Zusammenhang und bei der Erörterung des Gesamtproblems nicht verschließen: Eine Stabilisierung des Kohlemarkts allein durch privatwirtschaftliches Handeln scheidet wegen der Besonderheiten des Energiemarktes aus; auch die soziale Verantwortung des Unternehmers, auch die soziale Verpflichtung des Staates verbieten ein solches Handeln. Man muß deutlich sehen, daß die einzelnen Märkte für Primärenergie jeweils Komplexe ganz eigener Art sind, zwischen denen ein freier Wettbewerb nicht mit dogmatischer Strenge durchgeführt und gefordert werden kann, jedenfalls nicht zu realisieren ist. Gerade ein System wie die soziale Marktwirtschaft bedarf in solch kritischen Situationen, wie wir sie heute haben, einer besonderen Ordnung des Wettbewerbs. Soziale Marktwirtschaft ist Wettbewerb mit sozialen Sicherungen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Sicherungen sind nicht nur im Einkommenskreislauf, sondern bei großen Umstellungen auch im Produktionsbereich gerechtfertigt, notwendig und geboten.

(C)

(D)

(Dufhues (CDU), Interpellant)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Alle Überlegungen im energiepolitischen und unternehmensstrukturellen Bereich sind jedoch verfehlt, wenn wir nicht das zentrale Problem unserer Krise, unseres Wandels berücksichtigen. Das ist einmal die Aufgabe, die sozialen Auswirkungen des Anpassungsprozesses aufzufangen, zum anderen aber die Entwicklung von Vorstellungen über die künftige soziologische Struktur des Ruhrgebiets und damit über die Zusammenhänge zwischen der Bewältigung der Strukturkrise im Bergbau und der allgemeinen Strukturpolitik im Lande, vor allem hier im Revier.

Während die Lösung des energiepolitischen Problems im wesentlichen in die Zuständigkeit des Bundes fällt und die Neubestimmung der Unternehmensstruktur eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Land ist, gehört dieses strukturpolitische Problem in erster Linie und vor allem in den Verantwortungsbereich des Landes.

Ehe ich zu diesem Bereich und zu den Einzelfragen Stellung nehme und damit auch den dritten Abschnitt dessen skizziere, was ich mir unter dem in der Schublade des Herrn Ministerpräsidenten befindlichen Ruhrplan vorstelle, halte ich eine allgemeine Erklärung für angebracht.

Die Bewältigung der Strukturkrise im Ruhrkohlebergbau ist zweifelsfrei mit tiefgreifenden sozialen und menschlichen Belastungen verbunden, und zwar für einen erheblichen Teil der Bevölkerung unseres Reviers. Gleichwohl, so scheint mir, ist dieses Problem während der vergangenen Wochen oder Monate da oder dort in un gerechtfertigter Weise dramatisiert worden. Die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung sind schwarz in schwarz gemalt, und es ist damit der Eindruck hervorgerufen worden, das Revier stehe vor allgemeinen sozialen Umwälzungen. Eine solche Haltung ignoriert die Tatsache, daß unsere Bevölkerung keineswegs so unvernünftigen und radikalen Standpunkten gegenüber anfällig ist, wie es nach derartigen Äußerungen des Anschein haben könnte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist doch wohl berechtigt, darauf hinzuweisen und in der Öffentlichkeit klarzustellen, daß unsere modernen sozialstaatlichen Sicherungen jedem einzelnen Freiheit vor Not gewährleisten. Ich bin sicher, daß sich unsere Bevölkerung dieses Schutzes bewußt ist und deshalb keine Veranlassung sieht, radikale soziale oder gar radikale politische Forderungen zu erheben. Sie kann sicher sein, daß es niemand — weder in diesem Parlament, noch in der Regierung, noch in den sonst zuständigen Instanzen — zulassen wird, daß die von der Umstrukturierung unmittelbar Betroffenen ihre Wohnung verlieren oder sonst unverdient in Not geraten.

(Beifall bei der CDU)

Unsere strukturpolitischen, aber auch unsere allgemeinpolitischen Überlegungen sollten von der selbstverständlichen Annahme ausgehen, daß unsere Bevölkerung vernünftig und der Einsicht in die Notwendigkeit des Wandels zugänglich ist. Die unberechtigte Furcht vor sozialem Radikalismus ist kein guter Berater bei der Formulierung strukturpolitischer Absichten und Ziele. Aber gerade darauf, meine Damen und Herren, kommt es an, nämlich das energiepolitische Programm in Verbindung

mit einer abgestimmten und gezielten Strukturpolitik zu entwickeln, damit neue Arbeitsplätze in anderen Branchen zur Verfügung stehen und so die wirtschaftliche Grundlage des Ruhrgebiets erhalten bleibt. (C)

Unser Auftrag, meine Damen und Herren, ist es, eine Lösung zu suchen, die auf privatwirtschaftlicher Grundlage nicht nur die Rentabilität der verbleibenden Förderung sichert, sondern zugleich Impulse für eine Umstrukturierung des Ruhrgebiets auslöst.

(Beifall bei der CDU)

Nicht die Abhaltung sozialer Schäden als Folgen einer Anpassung des Bergbaues, sondern die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ist das zentrale, vor uns liegende Problem.

(Beifall bei der CDU)

Meine Fraktion ist stets für die soziale Sicherung der Bergarbeiter eingetreten und befindet sich damit in Übereinstimmung mit dem gesamten Hause. Aus der gleichen Haltung begrüßt sie die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen sozialen Maßnahmen.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Unbestritten, meine Damen und Herren, sollte in diesem Hause jedoch auch sein, daß damit Maßnahmen verbunden werden müssen, die die Umstrukturierung des Ruhrgebiets erleichtern, fördern und unterstützen. Dazu gehören nicht zuletzt Maßnahmen, die der Ausbildung und der Umschulung der Bergarbeiter auf andere Berufe dienen. Der Fleiß und die Tüchtigkeit der Arbeitnehmerschaft des Reviers haben die soziale und wirtschaftliche Stellung des Reviers mitbegründet. Sie sind aber zugleich die Voraussetzungen dafür, daß das Revier seine Kraft, seine Geltung, seine Vitalität behält. (D)

Die geordnete Anpassung des Steinkohlebergbaues und — im weitesten Sinne — die Wahrung der sozialen Interessen der betroffenen Arbeitnehmer setzen eine Koordination, eine Abstimmung zwischen der notwendigen Zechenstilllegung einerseits und der Errichtung neuer Arbeitsplätze andererseits voraus.

Falls die Vorausschätzungen über den Umfang der notwendigen Anpassungen zutreffen, wird es erforderlich sein, trotz der natürlichen Verminderung der Zahl der im Bergbau Beschäftigten in den nächsten Jahren rund 50 000 neue Arbeitsmöglichkeiten, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit der Schaffung der Arbeitsplätze als solcher ist es jedoch nicht getan; sie müssen auch an den richtigen Orten zur Verfügung stehen. Eine Abstimmung zwischen Zechenschließungen und Neuinvestitionen ist deshalb, so meine ich, unerlässlich. Die Investitionspolitik gerade des Landes und der von ihr beeinflussten Wirtschaft sollte sich deshalb an der allgemeinen Prämisse orientieren, daß die durch Zechenschließungen freigesetzten Bergarbeiter möglichst — ich wiederhole: möglichst! — in angemessener Entfernung von ihrem bisherigen Arbeitsplatz eine neue Arbeitsstätte finden.

Wenn ich von Investitionen und den Maßnahmen der Zukunft spreche, dann denke ich nicht zuletzt, sondern vor allem an Maßnahmen innerhalb der Bauwirtschaft. Dieser Bereich, meine Damen und Herren, bietet sich

(Dufhues (CDU), Interpellant)

- (A) aus mehreren Gründen an: Einmal ist die Bauwirtschaft nicht besonders kapitalintensiv, und im übrigen sind erhebliche ungenutzte Kapazitäten vorhanden. Sodann ist ein großzügiges Programm des Ausbaus der Infrastruktur unseres Landes, der Städtesanierung, der Schul-, Krankenhaus- und Universitätsbauten im Bereich des Ruhrgebiets eine geradezu zwingende Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Industrien, für die Gewinnung spezialisierter Arbeitskräfte und für die Erhöhung der allgemeinen Anziehungskraft des Reviers.

Diese Anziehungskraft ist für die künftige Lebensfähigkeit unseres Landes von ganz entscheidender Bedeutung. Wird sie nicht gefördert, so läuft das Revier Gefahr zu überaltern und damit ungeachtet der möglichen Lösung der Strukturprobleme im Bereich des Bergbaues und der Stahlindustrie zunehmend seine Attraktivität, seine Vitalität zu verlieren.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein weiterer Gesichtspunkt, der für die Auslösung eines — wenn ich so sagen darf — Investitionsstoßes im Bereich der Bauindustrie spricht, ist die Möglichkeit, Investitionsvorhaben in diesem Bereich vergleichsweise schnell zu planen oder auf die schon vorliegenden Investitionsplanungen zurückzugreifen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß es gelingt, die gegenwärtigen Kompetenzen von Kommunalbehörden, Landesbehörden, Landschaftsbehörden und sonstigen Zwischeninstanzen auf ein übersichtliches Maß und in übersichtlicher Weise zu koordinieren und die erforderlichen Kräfte in initiativen und aktiven Planungsstäben zusammenzufassen. Der für den Bereich der Ruhr-Universität gebildete Planungsstab könnte nach meinem Dafürhalten hierbei als Vorbild dienen; dort ist in dieser Form Hervorragendes geleistet worden.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Der Landesregierung sollte empfohlen werden, unter Zusammenfassung aller zuständigen Instanzen einen Bauplanungsstab für das Ruhrgebiet, ergänzt durch regionale Kommissionen — das hat nichts mit Ihrem Landesbezirk zu tun, verehrter Herr Dr. Nehrling! — zu bilden.

(Zuruf des Abg. Dr. Nehrling (SPD))

Aufgabe solcher Planungsstäbe wäre es, die einzelnen Investitionsvorhaben zu koordinieren und durch die Vergabe gezielter Kredite oder Bürgschaftszusagen auf private Projekte lenkend einzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

Auf diese Weise könnte eine erhebliche Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze kurzfristig zur Verfügung gestellt und zugleich die Anziehungskraft des Reviers für zusätzliche Privatinvestitionen gesteigert werden.

Geht man — ich hoffe, daß die folgenden Zahlen mir von einem Sachverständigen richtig übermittelt worden sind — von einem durchschnittlichen Umsatz von 25 000 bis 35 000 DM je Arbeitsplatz bei konventioneller Bauweise aus, so würde ein Investitionsvolumen von 1,5 Milliarden DMark der Schaffung von rund 50 000 Arbeitsplätzen entsprechen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine geeignete Kombination von Sonderabschreibungen, zinsverbilligten Krediten und der Über-

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

nahme von Landes- oder Bundesbürgschaften geeignet wäre, ein Investitionsvolumen in diesem Umfang zu aktivieren. (C)

Die im Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministers vorgesehene befristete Gewährung einer Investitionsprämie allein dürfte nicht ausreichen. Deswegen empfehlen wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, insbesondere für die Maßnahmen der Infrastruktur unseres Landes, unter sorgfältiger Prüfung sowohl meiner Anregungen als auch jeder anderen Anregung, die Einrichtung eines gesonderten Investitionshaushaltes eingehend zu untersuchen und prüfen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Alle diese und auch weitere Gesichtspunkte, meine Damen und Herren, müßten Gegenstand eines Ruhrplanes sein, würde er uns von der Landesregierung vorgelegt werden. Seine Formulierung, seine Entwicklung und seine Ausführung scheinen mir nicht nur geboten, sie scheinen mir, was wesentlich ist, auch möglich zu sein. Seine Durchführung scheint mir, trotz der damit verbundenen Einschnitte und vorübergehenden Schwierigkeiten und Härten, nicht nur notwendig, ich bin vielmehr davon überzeugt, daß die Befolgung der von meiner Fraktion entwickelten Politik nicht nur die gegenwärtigen Probleme des Reviers zu lösen geeignet ist, sondern zugleich durch seine Anziehungskraft auf junge, tatkräftige und entwicklungsfähige Industrien neuen Anreiz für dieses unser Revier auszulösen vermag.

(Beifall bei der CDU)

Vor allem, meine Damen und Herren, steht für mich eines fest: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten stellen uns nicht nur vor schwierige Probleme, deren Begleiterscheinungen wir alle als schwere Last empfinden, sie bedeuten zugleich eine Herausforderung, die Herausforderung der Fähigkeiten und Bürgertugenden, die den Mann des Reviers auszeichnen. Und zugleich, meine Damen und Herren, die Chance eines Neubeginns, die Chance, das Revier auch in Zukunft zu der dynamischen, industriellen Landschaft zu formen, die seine Geschichte ist, der es seine Bedeutung, seine Größe verdankt. Die Menschen im Revier sehen diese Chancen. Sie sind bereit, sie zu nutzen. Die Menschen des Reviers warten auf uns. (D)

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident van Nes Ziegler: Die Beantwortung der Interpellation für die Regierung erfolgt durch den Herrn Ministerpräsidenten. Ich erteile ihm das Wort.

Kühn, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren! Am 1. Dezember 1964 habe ich in der Sondersitzung des Landtages zur Kohle-Situation in einer auch damals politisch zugespitzten und auf Auseinandersetzung orientierten Situation — wir gingen nämlich in die Vorbereitung des Wahlkampfes hinein — in diesem Hause als Oppositionsführer die folgenden Worte gesprochen, die ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten noch einmal in unsere Erinnerung zurückrufen möchte:

Wir werden der Landesregierung in dieser Debatte am heutigen Tag die Hand bieten.

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Das Schicksal des Bergbaues bedeutet uns zu viel, um mit der Kohle den Parteienstreit anzuheizen. Wenn dieser Tag einen Sinn haben soll, dann muß er damit abschließen, daß der Herr Ministerpräsident am morgigen Tage

— damals war unsere Debatte am Vortage der großen Auseinandersetzung im Bundestag —

nicht nur als der Sprecher der Koalition dieses Hauses auftreten kann... Wenn dieser Tag erfolgreich sein soll, muß er ein Tag der Zusammenballung der landespolitischen Kräfte sein... Koalition und Opposition haben

— so habe ich fortgefahren —

ja schließlich nicht die gewissermaßen programmatische Verpflichtung, sich in diesem Raum gegenseitig nur Unfreundlichkeiten zu sagen. Deshalb möchte ich hier in aller Deutlichkeit auch vor der vergrößerten Öffentlichkeit der Debatte

— denn auch damals war das Fernsehen anwesend — sagen: Wir bestätigen dem Herrn Ministerpräsidenten

— meinem Amtsvorgänger —

seine redlichen Absichten, für den Schutz der Kohle zu wirken.

Ich rufe das deshalb in unsere Erinnerung zurück, weil ich damals in Verbindung damit das Wort von der „gemeinsamen Fraktion Kohle“ in diesem Hause geprägt habe und meine, daß es seine Gültigkeit auch für die gegenwärtige Situation hat. Wenn diese heutige Debatte einen Sinn haben soll, wenn sie dem Lande einen Dienst leisten soll und wenn sie insbesondere auch den Bergleuten helfen soll, so sollten wir versuchen, zu einer gemeinsamen Bündelung unserer Kraft zu kommen. Dann sollte am Ende dieser Debatte eine gemeinsame Resolution stehen, die auch der gegenwärtigen Landesregierung die Grundlage gibt, das gesamte Gewicht dieses Landes in Bonn zur Geltung zu bringen.

Herr Dufhues hat in der Begründung der Interpellation gesagt — und das widerspiegelt auch meine Überzeugung —, daß wir die Debatte des Kohle-Gesetzes, das nunmehr vom Bundeskabinett vorgelegt worden ist, nicht ohne unsere Beteiligung vorübergehen lassen sollten. Denn wir sitzen alle hier in demselben Boot, so meinte Herr Dufhues, und ich möchte dies sehr nachdrücklich unterschreiben.

Auch wir haben an diesem vorgelegten Gesetz — und es wird dies durch alle meine Ausführungen hindurchgehen — positive Anmerkungen und kritisch besorgte Anmerkungen zu machen. Auch ich bin besorgt über den zu geringen Einfluß, der diesem Lande in diesem Bundesgesetz eingeräumt worden ist, insbesondere auch in der Frage der strukturellen Konsequenzen, die in diesem Gesetze stecken.

Nun, Herr Dufhues hat als Generaltenor seiner einleitenden, anklagenden Worte erkennen lassen, als wolle er sagen: Warum hat diese Landesregierung nicht in 4½ Monaten das zuwege gebracht, was die frühere in einer mehr als 20fachen Zeit, in mehr als 9 Jahren, nicht fertig gebracht hat?

(Pürsten (CDU): Immer die alte Platte!)

— Es kommt gar nicht die alte Platte! — Wenn man zitiert, ist immer davor zu warnen, Herr Dufhues, dem Sinne nach zu zitieren. (C)

(Heiterkeit)

Man soll immer dem Wortlaut nach zitieren. Das erfordert der Begriff „Zitieren“; sonst muß es schief werden.

Ich habe nie gesagt, daß die Sozialdemokratische Partei über ein perfektioniertes Rezept verfüge, um alle die Nöte dieser Zeit zu lösen. Ich darf daran erinnern, daß ich sogar — auch dies ist eine „alte Platte“, Herr Kollege Pürsten — hier schon einmal, und zwar in der letzten Fernsehsendung vor der Wahl, gesagt habe:

Auch wir haben nicht den Zauberstab, die Nöte in unserem Lande zu lösen und aus diesem Land in seiner Bedrängnis ein Land zu machen, in dem Milch und Honig fließt.

— Genau dies war der Wortlaut.

Wir haben nicht zu denen gehört, die euphorische Hoffnungen ausgelöst oder lähmenden Pessimismus geweckt hätten. Wir haben auch nie gesagt, Herr Kollege Dufhues, wir hätten einen Plan in der Schublade; da verwechseln Sie mich. Wer in unserer deutschen Geschichte einmal sagte, er habe den Plan in der Schublade, das war Adolf Hitler, das waren nicht wir. Hitler hat immer behauptet, er habe einen Plan in der Schublade. Das Wort vom Plan in der Schublade ist in all unseren Vokabeln nicht vorgekommen.

(Dufhues (CDU): Sie und Hitler sind sicher nicht verwechslungsfähig!)

— Ich hoffe, wir kennen uns so gut, daß diese Verwechslung bei Ihnen ausgeschlossen bleibt! (D)

(Heiterkeit)

Ich will auch jetzt nicht noch einmal auf das Erbe hinweisen, obwohl es an diesen Ort gehört. Ich mache Herrn Meyers, meinem Amtsvorgänger, nicht zum Vorwurf, daß in der Zeit seiner Regierung eine Viertel-million Bergarbeiter ihren Beruf verloren haben; das war nicht seine Schuld. Es war die Hälfte der gesamten Belegschaft des Bergbaus. Wenn damals — dies ist gelegentlich in der Debatte gesagt worden — aber doch die aus dem Bergbau ausscheidenden Arbeitskräfte einen anderen Arbeitsplatz gefunden haben und wenn man das als Erfolg bucht, dann muß man, wenn man die Erfolge zusammenrafft, natürlich auch die Mißerfolge übernehmen, in denen die Ära Erhard untergegangen ist, die uns dieses wirtschaftspolitische Desaster hinterlassen hat, in dem es heute so unendlich schwer ist, für die aus dem Arbeitsprozeß freigesetzten Menschen einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Die Miserabilität unserer Situation ist ja nicht die Folge der neuen Regierungen in Bund und Land, sondern die neuen Regierungen in Bund und Land sind die Folge der schweren Situation, die uns die Erhardsche Periode hinterlassen hat.

(Zustimmung bei der SPD)

In der Einleitung der Interpellation der CDU-Fraktion, die ein ganzes Bündel von Fragen an die Landesregierung richtet, heißt es:

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Die Entwicklung im Steinkohlenbergbau droht in ihrem Umfang und ihrem zeitlichen Ablauf nach außer Kontrolle zu geraten.

Im ersten Entwurf hieß es zunächst: „der Landesregierung außer Kontrolle zu geraten“. Aber dies war ja wohl nicht aufrechtzuerhalten. — Es heißt dann weiter:

Während 1966 noch 118 Millionen Jato abgesetzt werden konnten, werden es 1967 voraussichtlich nur noch 110 Millionen Jato sein. Das bedeutet weitere Aufhaltung, Feierschichten großen Umfangs und eine fortschreitende wirtschaftlich untragbare Unterbeschäftigung der Zechen.

Ich will es mir ersparen, weil es keinen Sinn hat, mit „alten Platten“ die Zukunft zu gewinnen, hier auf das hinzuweisen, was wir an Halden, was wir an gebündelter Feierschichtenmasse und was wir an fortschreitender wirtschaftlich untragbarer Unterbeschäftigung hier als Erbe übernommen haben.

In bezug auf das, was in der Vergangenheit versäumt worden ist, hat ein sicherlich auch für die CDU-Kollegen dieses Hauses unbescholtener Zeuge in diesen Tagen ein drastisches Wort gesagt, das von dieser Stelle nicht drastischer gesprochen werden könnte. Bundeskanzler Kiesinger hat auf dem Braunschweiger Parteitag der CDU vor gerade zwei Wochen Worte gefunden für die fehlende und verfehlte Energiepolitik der früheren CDU-Regierungen, die nach dem Protokoll des CDU-Parteitages lebhaften Beifall fanden, die aber wohl eher lebhaftes Nachdenken hätten finden müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Herr Kiesinger hat dabei wörtlich gesagt:

Wie lange schleppen wir das Problem nun mit uns? Zehn, elf, zwölf Jahre. Es stand immer auf der Tagesordnung, blieb aber auch da. Meine Damen und Herren, ich bin entschlossen, so rasch wie möglich endlich das zu tun, was getan werden muß.

(Hört, hört! bei der SPD)

Das ist das Eingeständnis, daß in einem Jahrzehnt vergangener Wirtschaftspolitik die Energiepolitik nur auf dem Kalender stand und daß in Wirklichkeit nicht das Notwendige getan worden ist.

Am vergangenen Sonntag hat der Vizekanzler der Bundesregierung, Außenminister Brandt, in Bochum in einer, wie ich glaube, bemerkenswerten Rede genau dies gesagt — er sprach auch zu vielen anderen Problemen —, was Kiesinger sagte, daß nämlich endlich das energiepolitische Problem in Bonn ernst genommen würde und daß er sich für die Gesamtheit der sozialdemokratischen Minister in der Bundesregierung verpflichte, das Revier nicht allein zu lassen.

(Zustimmung bei der SPD)

Seit Beginn der Absatzkrise im Jahre 1957 hat der deutsche Steinkohlenbergbau 62 Zechen mit einer Jahresförderung von 35 Millionen Tonnen stillgelegt. Durch die fortschreitende Rationalisierung wurde dennoch eine technische Förderkapazität von 145 Millionen Jahrestonnen aufrechterhalten. Die Zechen haben jedoch ihre Belegschaften bereits weitgehend der Absatzlage angepaßt. Nun haben wir es mit einer belegschaftsmäßig aus-

- nutzbaren Kapazität von rund 125 Millionen Jahrestonnen zu tun. (C)

Dem steht ein Absatzniveau von nur 110 Millionen Tonnen für das Jahr 1967 gegenüber. Die Folge ist, daß Förderung und Förderkapazität an die Absatzmöglichkeit der Zukunft angepaßt werden müssen. Dies kann nun vom Standpunkt der Energiepolitik durch Vermehrung der Absatzmöglichkeiten, es kann durch Stilllegung von Förderkapazitäten, es kann aber auch durch eine Kombination beider Maßnahmen geschehen.

Herr Kollege Dufhues hat über die Perspektiven der Kernenergie gesprochen und geglaubt, daß das, was Bundesminister Stoltenberg erwartet, eine euphorische Hoffnung sei, und auch ich bin der Meinung, daß sich die zeitlich zu früh angesetzten Erwartungen in bezug auf die Wirkungen der Kernenergie so nicht erfüllen werden. Auch Bundeskanzler Kiesinger hat in Braunschweig in seiner Rede gesagt:

Wir müssen daran denken, daß in den 70er Jahren schon die Atomenergie eine dominierende Rolle zu spielen beginnen wird.

Ich glaube, das eilt in der perspektivischen Überlegung dem voraus, was man erwarten kann. Aber auf der anderen Seite ist es sicher so — und darin werden wir übereinstimmen —, daß der Glaube an die Renaissance der Steinkohle um die Mitte der 80er Jahre eine sehr wenig in den erwartbaren Fakten abgestützte Perspektive ist. Im gesamten Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geht man deshalb von der Überlegung aus — wir haben das gerade jetzt in den neuen Verlautbarungen aus Belgien lesen können; für Frankreich und England gilt das gleiche —, in einem gewissen Rahmen die Förderung zurückzunehmen. (D)

Dennoch ist gerade die aktuelle tragische Situation in Nahost geeignet, uns darauf hinzuweisen, daß es mehr war als heimattümelnder Regionalpatriotismus, wenn wir in den Kohledebatten der Vergangenheit immer wieder gemeinsam in diesem Hause davon gesprochen haben, den heimischen Energieträger Kohle als Faktor einer sicheren Energieversorgung zu erhalten.

Nun, die Anpassung der Förderkapazität an die Absatzmöglichkeiten kann sich auf zwei Wegen vollziehen. Wer das Problem vorwiegend unter betriebswirtschaftlichen Rentabilitätsgesichtspunkten sieht, wird zu der Konsequenz kommen: Wichtig und allein ausschlaggebend für die Wirtschaftlichkeit der Kohleförderung und damit für eine Preissenkung der Kohle sei eine schnelle sich etwa über einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren erstreckende Stilllegung von so vielen Schachtanlagen — und dabei spielen die 30 Millionen Tonnen eine Rolle —, daß die verbleibenden Zechen wieder hundertprozentig ihre Kapazität nützen können.

Wer primär unter sozialpolitischen und staatspolitischen Gesichtspunkten denkt, wer die Konsequenzen des Arbeitsplatzverlustes und der Arbeitslosigkeit für viele Zehntausende von Menschen sieht, und wer weiß, daß sich ein entstehendes soziales Vakuum geradezu notwendigerweise mit politischem Radikalismus füllt, der wird die Kombination beider Maßnahmen mit den folgenden Akzenten anstreben: Er wird die Vermehrung der Absatzmöglichkeiten für die Kohle forcieren und die Stilllegung von Förderkapazitäten zeitlich strecken müssen.

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Die Landesregierung ist entschieden gewillt, ihr Gewicht in der großen Diskussion für den zweiten Weg einzusetzen. Der erste Leitsatz der Regierungserklärung lautete: Alle diese Maßnahmen, die die Regierung in ihrer Erklärung vorgetragen hat, dienen dem obersten Gebot unserer Regierungsabsichten, der Sicherung des Arbeitsplatzes für die Menschen unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Man kann sicher darüber philosophieren, ob dies wirklich das oberste Gebot im Aufgabenkatalog einer Regierung sei. Es gibt manchmal die Neigung, hehre moralische Postulate wie eine Fahne voranzutragen. Als wir unsere Regierungserklärung formulierten, haben wir sehr darüber nachgedacht; wir fühlten uns darauf verpflichtet, und ich glaube, wir haben auch im Grunde den Willen und die Überzeugung des ganzen Hauses ausgesprochen, daß gerade in dieser Zeit die Sicherung des Arbeitsplatzes für die Menschen die wichtigste Regierungsaufgabe ist; denn alles das, was wir uns an freiheitlichen Lebensvorstellungen und moralischen Strukturen unseres Lebens vorstellen können, kann sich nur in der sozialen Sicherheit der Menschen entfalten. Das ist sicherlich die gemeinsame Überzeugung dieses Hauses.

Und so habe ich bereits einen Tag nach der Übernahme meines Amtes ein eingehendes Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Schiller über die Lage in Nordrhein-Westfalen und insbesondere über die Situation der Steinkohle geführt.

- (B) Die Landesregierung hat sofort mit Beginn ihrer Arbeit ihren Anteil an den Maßnahmen realisiert, die bis zu dieser Stunde zwar gesetzlich projektiert und im Gesetzgebungsgang abgeschlossen, aber nicht mehr als bedrucktes Papier waren und die es nun galt, in politische Realitäten umzuwandeln. Das war erstens das Gesetz zur Sicherung des Steinkohleeinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft; das war zweitens die preisliche Anpassung der zur Kokserzeugung für den Einsatz im Hochofen bestimmten Kokskohle, und das war drittens die Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere GmbH.

Die Landesregierung hat damit sehr weitgehende finanzielle Verpflichtungen übernommen. Selbst wenn das Steinkohlesicherungsgesetz über 15 Jahre geht und uns über diese 15 Jahre mit 550 Millionen DMark ins Engagement bringt, so ist insgesamt in diesem Paket — Steinkohlesicherungsgesetz, Kokskohlefinanzierung und Aktionsgemeinschaft — ein außerordentlich großes finanzielles Verpflichtungsvolumen des Landes übernommen worden. Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Land haben damit einen massiven Block von 65 bis 70 Millionen Tonnen Steinkohleförderung gesichert. Mit der Kokskohlesubvention ist zudem ein Vorschlag verwirklicht worden, den die SPD-Fraktion dieses Landtags bereits in der Energiedebatte vom 15. März 1966 vorgelegt hatte und der um die gleiche Zeit auch von der SPD-Fraktion des Bundestages eingebracht wurde. Sie wissen, daß das damals in beiden Parlamenten vergeblich war, Sie wissen, daß an diesem Punkt im März 1966 sogar die Verabschiedung der gemeinsamen Resolution gescheitert ist.

Neben diesen Maßnahmen ist es dem beharrlichen Verhandeln des Bundesministers für Wirtschaft gelungen,

durch freiwilligen Kohlemehrverbrauch der Elektrizitätswirtschaft kurz- und mittelfristig weitere Entlastung zu schaffen. So wird die Elektrizitätswirtschaft zu Lasten der Stromerzeugung aus Öl zusätzliche Steinkohle abnehmen. Außerdem hat sich die Elektrizitätswirtschaft mit Zustimmung der Mineralölwirtschaft dazu bereit gefunden — zum Teil unter Aufgabe bereits verbindlich eingegangener Heizölbestellungen —, noch zusätzliche Mengen von Steinkohle abzunehmen, um die Kohlevorräte der Kraftwerke zu erhöhen. Hierdurch hat der Bundeswirtschaftsminister immerhin kurzfristig einen Kohlemehrverbrauch von etwa 2,5 Millionen Jahrestonnen erreichen können.

In demselben Zusammenhang ist die Verschärfung der Selbstbeschränkung bei der Mineralölindustrie auf Zuwachsraten für das Jahr 1967 von 3% für das schwere und von 4% für das leichte Heizöl zu sehen. Ich glaube, daß auch dies Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller als einen Erfolg buchen kann.

Wenngleich diese Maßnahmen von der Landesregierung nicht als ausreichend angesehen werden können, so stellen sie doch eine erhebliche Verbesserung gegenüber der Vergangenheit dar.

Das Verwaltungsabkommen über die Beteiligung des Landeseinflusses gegenüber der Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere ist mit meinem Schreiben an den Bundesminister für Wirtschaft vom 3. März 1967 abgeschlossen worden. Diesem Verwaltungsabkommen ging ein Briefwechsel voraus, der im Zusammenhang mit meiner Ankündigung eines Vetos gegen die beabsichtigte Stilllegung der Concordia Bergbau AG von Bedeutung ist, die ja schon Herr Dufhues angesprochen hat. Wenn ich ihn recht verstanden habe, teilt er die Kritik des Unternehmensverbandes gegen dieses von mir eingelegte Veto.

Nun, ich weiß, wie sehr das bei den Herren des Unternehmensverbandes Unlustgefühle auslöst. Ich habe in einer früheren Situation schon einmal gesagt: Manche Unternehmer, die der Lebensphilosophie „Privatisierung der Gewinne, aber Sozialisierung der Verluste“ zuneigen, sind nur sehr schwer zu der Einsicht zu bewegen, daß die Forderung nach Entgegenkommen des Staates bei der Finanzhilfe für die Wirtschaft nur dann vertreten werden kann, wenn man dem Staate nicht zugleich Enthaltensamkeit bei Entscheidungen in der Wirtschaft abverlangt. Wenn der Staat öffentliche Mittel in dem Umfang aufbringt, wie er es tut, muß er von der unternehmerischen Entscheidung auch die Berücksichtigung übergeordneter sozialpolitischer Gesichtspunkte verlangen können.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich habe deshalb am 8. Februar, bevor wir dem Verwaltungsabkommen in der Frage der Aktionsgemeinschaft beigetreten sind, dem Bundeswirtschaftsminister in einem Brief mitgeteilt, daß wir nach einer mündlichen Vorunterhaltung der Staatssekretäre von ihm auch die schriftliche Bestätigung erwarten, daß er der Landesregierung das Recht zu solchen Eingriffen zubilligt. Ich habe am 8. Februar wörtlich geschrieben:

Hinsichtlich des Einflusses auf die Stilllegungsaktion gehe ich davon aus, daß die hier einschlägigen Bestimmungen der Richtlinien

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

(A) — es geht um den § 2 —

eine Handhabe hergibt, die Gewährung der Stilllegungsprämie davon abhängig zu machen, daß schwerwiegende arbeitsmarkt- und sozialpolitische sowie regionalwirtschaftliche Schäden vermieden werden.

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mir in seinem Brief vom 15. Februar darauf geantwortet:

Ihre Auslegung dieser Bestimmung entspricht daher voll der Meinung des Bundes.

Herr Kollege Dufhues kann sich ja bei seinen Parteifreunden aus Oberhausen und auch aus dieser Fraktion erkundigen, ob sie etwa Bedenken gegen die Einlegung dieses Vetos haben, dessen Problematik auch mir bewußt ist. Ich weiß, daß das eine Fülle weiterer Fragen auslöst.

(Zuruf des Abg. Dufhues (CDU))

Sehr wohl: Wir können es uns nicht billig machen, zu glauben, mit propagandistisch wirksamen Methoden ein Problem zu lösen. Aber hier geht es um eine grundsätzlich bedeutsame Frage. Wir müssen von der unternehmerischen Entscheidung verlangen, daß sie bis zur äußersten Grenze des Möglichen die sozialpolitischen, regionalwirtschaftlichen und arbeitsmarktmäßigen Gegebenheiten einkalkuliert, und in dem Fall Concordia wird niemand bestreiten können, daß alle die in diesem Briefwechsel mit dem Bundesminister für Wirtschaft erwähnten Voraussetzungen in vollem Umfang erfüllt sind.

(B) Die Opposition dieses Hohen Hauses fragt in ihrer Interpellation nach der Beurteilung der langfristigen energiepolitischen Maßnahmen des Bundes durch die Landesregierung. Dies ist gewiß zuvörderst — so ist es wohl gemeint — eine Frage nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete, obwohl in dem Augenblick, als die Interpellation eingebracht wurde, dieses Gesetz ja noch nicht formuliert vorlag. Auch hier — Sie sehen, daß ich mich sorgfältig über Ihren Parteitag in Braunschweig informiert habe — hat Bundeskanzler Kiesinger dem Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Karl Schiller, sehr nachdrücklich Dank dafür gesagt — wörtlich —, „daß er mit Entschiedenheit und Schnelligkeit einen Kohleplan vorgelegt hat.“ Ich möchte hier in aller Form sagen, daß sich die Landesregierung diesem Dank anschließt.

(Beifall bei der SPD)

Die Tatsache, daß Prof. Karl Schiller bei der ungeheuren Arbeitslast, die gerade auf dem Ressort des Bundesministers für Wirtschaft liegt, das Kohleproblem sofort aufgegriffen hat, darf den Dank des ganzen Hauses erwarten, selbst wenn es vielleicht dem einen oder anderen nicht gefällt, daß Initiativen auf dem energiepolitischen Gebiet überhaupt erst ergriffen wurden, nachdem die Sozialdemokratische Partei in die Bundesregierung eingetreten ist.

(Lachen bei der CDU)

Wir bewerten den Gesetzentwurf der Bundesregierung als einen großen Schritt nach vorn. Aber wir verhehlen auch nicht, daß es weiterer additionaler Maßnahmen bedarf, damit er zum Ziele hinführt.

Herr Kollege Dufhues hat eine Fülle dieser Fragen angesprochen. Sie werden noch Gegenstand unserer Erörterung sein. Es sind Fragen, in denen wir in vollem Umfang übereinstimmen. Ich nehme das Versprechen des Vizekanzlers Brandt ernst, wenn er gesagt hat: Weitere Maßnahmen über das Gesetz hinaus werden folgen und bei den Beratungen im Bundestag eine Rolle spielen.

Welcher Art müssen nach Auffassung der Landesregierung diese Maßnahmen sein? Bei der Erörterung des Kohlegesetzes im Bundeskabinett und bei auch darüber hinaus gedachten Maßnahmen werde ich Kritik neben Anerkennung setzen müssen. Lassen Sie mich hier in aller Deutlichkeit sagen: Der sozialdemokratische Ministerpräsidenten dieses Landes darf nicht davor zurückscheuen, den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister des Bundes zu mahnen, zu drängen und zu fordern, wenn es das Interesse des Landes verlangt, das über das Kalkül einer Partei hinausgeht.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte allerdings im Verhältnis zwischen Bonn und Düsseldorf auch von der hiesigen Opposition die gleiche Haltung gegenüber dem dortigen Regierungschef, der in Bonn die Richtlinien der Politik bestimmt.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Kiesinger hat in seiner Rede gesagt: Natürlich weiß ich, daß diese Lösung nicht vollkommen ist. Auf diesem Gebiet kann man überhaupt nichts Vollkommenes leisten. Wir müssen uns hier eben einfach der beschränkten Möglichkeiten bewußt bleiben. — Ich möchte hoffen, daß die Opposition diese mäßige Selbstbeurteilung, die der CDU-Bundeskanzler für sich und sein Kabinett gefunden hat, bereit ist auch auf die Leistungen der Landesregierung anzuwenden.

Aber in diesem konkreten Fall möchte ich sagen: Die etwas müde Resignation in dieser Formulierung Kiesingers zielt nicht für einen Bundeskanzler, der in der gleichen Rede angekündigt hat, endlich das zu tun, was getan werden muß. Der Gesetzentwurf enthält so, wie er ist, nicht alles, was getan werden muß. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung enthält energie-, sozial- und strukturpolitische Regelungen, die von der Landesregierung unterschiedlich beurteilt werden. Im energiepolitischen Teil bezweckt der Entwurf, Anpassung und Gesundung der Steinkohleförderung mit den Mitteln von Anreizen und Sanktionen herbeizuführen. Dabei sind diese Mittel auch und nicht zuletzt auf die Reform der Unternehmensstruktur, auf optimale Produktionsvoraussetzungen bei den Zechen mit den geringsten Betriebskosten gerichtet. Die Landesregierung teilt diese Zielsetzung in vollem Umfang.

Ein Wort zum Bundesbeauftragten und zu dem ihm zur Seite gestellten Kohlebeirat! Der Bundesbeauftragte kann nach dem Gesetzentwurf — Herr Kollege Dufhues hat bereits darauf hingewiesen — den Bergbauunternehmen empfehlen, ihre Produktionskapazität in bestimmtem Umfang zu ermäßigen oder ihre Förderung zu erhöhen. Er kann Empfehlungen zur Felderbereinigung oder zu sonstigen Maßnahmen der betrieblichen oder überbetrieblichen Rationalisierung aussprechen. Das Instrument seiner Wirkungsmacht, sie über die bloße Empfehlung hinausgeht, ist die Bewirkung des Wegfalls

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) der Begünstigungen, die das Gesetz enthält. Bergbauunternehmen, die in ihrem Steinkohlebergbaubereich nach dem 1. Januar 1969, so sagt das Gesetz, nicht die Unternehmensgröße aufweisen, die für die Erreichung des Gesetzesziels erforderlich ist — also größtmögliche Wirtschaftlichkeit und optimale Unternehmensgröße —, können mit Entzug der Prämie der Aktionsgemeinschaft und mit Entzug der Beihilfen für den Absatz von Koks-kohle bedrängt werden. Damit ist das Problem der Reform der Unternehmensstruktur angesprochen.

Herr Kollege Dufhues hat eine Reihe dieser Vorschläge hier erörtert. Er hat von dem Ochel-Plan der Sozialisierung gesprochen, den er — das hat mich bei Ihnen, Herr Kollege Dufhues, beinahe überrascht — vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkt der nicht ausreichend vorhandenen Haushaltsmittel beurteilt hat. Ich hätte bei Ihnen eine mehr prinzipielle Ablehnung erwartet.

(Dufhues (CDU): Meine grundsätzliche Erklärung haben Sie überhört!)

— Das war auch dabei, Verzeihung! Aber ich gebe zu, daß ein Zustand allgemeiner leichter Verwirrung entstehen kann, wenn — ich habe es einmal widernatürliche ideologische Unzucht genannt — aus dem Munde eines Generaldirektors die Verstaatlichung gepredigt wird, nachdem wenige Tage zuvor die Industriegewerkschaft Bergbau auf ihrem Kongreß die Verstaatlichung abgelehnt hatte.

- (B) Sie haben von dem Plan Müller-Armacks gesprochen. Professor Müller-Armack hat mir diesen Plan in aller Ausführlichkeit vorgetragen. Sie haben seine Probleme, seine Vorzüge und seine Nachteile leicht angerührt. Daneben gibt es noch jenen Plan, den sicherlich auch Sie kennen; denn Sie haben ihn mit in dieses Paket einbezogen. Es ist der Plan der Pachtgesellschaft mit der Verpflichtung, einen Teil des Pächterlöses in Arbeitsplatzinvestitionen anzulegen. Es gibt den Vorschlag der Einheitsgesellschaft, den die Industriegewerkschaft Bergbau in Gestalt eines Gesetzentwurfs als ersten konkreten Reformvorschlag auf den Tisch gebracht hat.

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen befürwortet eine Unternehmenskonzentration, die sich ohne staatlichen Zwang auf privatwirtschaftlicher Basis vollzieht. Die Neuordnung der Unternehmensstruktur ist primär Aufgabe der Unternehmer. Dennoch werden staatliche Anreize von helfender Bedeutung sein.

Ich kenne die Einwendungen der Bergbauunternehmer gegen die Institution des Kohlebeauftragten, der ja eine besondere Funktion zu erfüllen hat; Einwendungen, die Herr Dufhues hier geteilt hat. Die Institution eines Kohlebeauftragten widerspricht jeder traditionalistisch-konservativen Denkorientierung, die ja unter den Herren Bergassessoren sehr arg verbreitet ist, würde ich sagen. Daß deshalb also eine solche Institution Unlustgefühle ausgelöst hat, verstehe ich. Wenn die Unternehmenskonzentration durch steuerliche Erleichterungen gefördert werden soll, wenn die Bildung größerer wirtschaftlich arbeitender Unternehmenseinheiten durch die Gewährung von Bundesbürgschaften im Umfang von 500 Millionen DMark plus Landesbürgschaften in gleicher Höhe gefördert werden soll, ohne die mannigfachen anderen

staatlichen Finanzhilfen, dann wird man die geburtshelfende Mitwirkung des Staates in ihrer Berechtigung nicht bestreiten können. (C)

Die Landesregierung hat an die Institution des Kohlebeauftragten Fragen zu knüpfen. Grundsätzlich bejaht sie diese Einrichtung. Aber es ist an die Bundesregierung die Frage zu richten, ob es nicht besser gewesen wäre, ihn zu einem Energiebeauftragten zu machen. Wir sind uns in dieser Frage völlig einig; denn Kohlepolitik ohne Energiepolitik muß etwas Unvollständiges bleiben. Ja, ich gehe einen Schritt weiter: Kohlepolitik ohne Energiepolitik ist unmöglich zu lösen und zu betreiben. Vielleicht wäre die Schaffung eines Energieamtes besser gewesen. Ja, ich habe in den Diskussionen sogar einmal ein Energieministerium angeregt. Das ist einfach eine Frage des institutionellen Instrumentariums. Aber da es sich hierbei nur um die Frage der künftigen Förderkapazitäten für Kohle und das ganze geballte Paket von damit im Zusammenhang stehenden Problemen handelt, sondern weil die Umstrukturierung in der Energiepolitik uns noch auf Jahrzehnte in wachsendem Umfang beschäftigen wird, wir eigentlich erst am Anfang dieses Problems mit der Diskussion Kohle stehen, wäre vielleicht ein eigenes Energieministerium zu bedenken gewesen. Auf jeden Fall würde ein Energiebeauftragter, genauso wie ein Kohlebeauftragter, eine Art Übermensch sein müssen. Ich kenne Bob Robens, den Präsidenten des British National Coal Board, sehr gut. Ich kenne ihn aus der Zeit, als wir gemeinsam im Europarat saßen. Er wird sicherlich — damit haben Sie recht — nicht für sich in Anspruch nehmen, ein Übermensch zu sein. Aber menschliche Aufgaben können auch ohne übermenschliche Kapazitäten bewältigt werden. Jedenfalls glaube ich, daß die Ausdehnung der Befugnis des Kohlebeauftragten in diesem Sinne notwendig ist, wenn nicht die Gefahr bestehen soll, daß der Kohlebeauftragte zu einer Art Kohleverdrängungskommissar wird, und dies sollte er nicht werden. (D)

Damit kommen wir zur Frage des zeitlichen Ablaufs dieser Anpassung und zur Frage einer mittelfristigen Orientierungszahl für die Förderkapazität. Ich habe volles Verständnis für das Drängen der Bergbauunternehmer nach einer solchen Orientierungsgrundlage für ihre unternehmerischen Ziele. Ich glaube, es spricht auch noch ein zweiter Grund dafür. Es geht ja auch um den notwendigen Bergbaunachwuchs, den wir in Zukunft brauchen werden, in welchem Umfang auch immer, den wir weniger und weniger finden und der meinen Freund Walter Ahrend in diesen Tagen veranlaßt hat, von den „goldenen siebziger Jahren für die Bergarbeiter“ zu sprechen, nämlich dann, wenn sie einen musealen Seltenheitswert zu bekommen im Begriffe sind und daran die Kohle sterben kann. Aus beiden Gründen brauchten wir eine Orientierungszahl.

Nachdem ich Kiesinger so ausführlich zitiert habe, darf ich vielleicht auch wiederholt den Vizekanzler Brandt zitieren; der in Bochum gesagt hat:

Wenn das Ruhrgebiet nicht zu einem Krankheits-herd der deutschen Demokratie werden soll, kommt es auf folgendes an: So rasch wie möglich muß Klarheit geschaffen werden, was bleibt, was sich nicht halten läßt, was verändert werden muß. Nur eine solche Klarheit kann übertriebene Be-

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Sorgen abwenden, den Glauben an die Zukunft des Reviers erhalten oder verlorengegangenes Vertrauen neu begründen.

Was bleibt — darüber muß eine klare Vorstellung erarbeitet werden. Es ist nicht Sache der Landesregierung, eine solche Orientierungszahl für die mittelfristigen Überlegungen des Steinkohlebergbaues zu präsentieren. Die Zuständigkeit für die Wirtschaftspolitik und damit für die Energiepolitik liegt bei der Bundesregierung. Da kommt es darauf an, jene Energiekonzeption unter Mitwirkung aller, auch der Landesregierung, zu entwickeln. Dahin gehört der ganze Fragenkatalog, den Herr Dufhues in der Begründung vorgetragen hat.

Die Landesregierung hat eine Idee verwirklicht, unmittelbar nachdem sie ihr Amt übernommen hat, die wir bereits im Jahre 1962 bei der Diskussion der damaligen Regierungserklärung gefordert haben. Sie hat den Energiebeirat geschaffen. Wir haben nicht gesagt „Kohlebeirat“, sondern „Energiebeirat“, und haben in dieses Gremium von erfahrenen und mit vertieften Kenntnissen ausgestatteten Persönlichkeiten alle aus dem Gesamtbereich der Energiepolitik hineingeholt. Wir werden hoffentlich auch mit Hilfe des Sachverständigen dieses Energiebeirats in der Lage sein, in den Prozeß der permanenten Diskussion bei der Bundesregierung unsere Initiativen verstärkend einzubringen.

Die Landesregierung kann jedoch nicht darauf verzichten, ihre Besorgnisse über ein sogenanntes Anpassungsmodell auszudrücken, das in der Diskussion um das Kohlegesetz eine Rolle gespielt hat, das den Beratungen unterbreitet worden ist, die am runden Tisch des Wirtschaftsministeriums stattgefunden haben. Nach diesem

(B) viel zitierten und in der Presse viel behandelten Anpassungsmodell sollte im Jahre 1970 die Zurücknahme der Förderung auf 90 Millionen Tonnen erfolgt sein. Dieses Arbeitspapier der Beratungen in Bonn kann die Landesregierung weder nach der quantitativen Förderprojektion noch nach der zeitlichen Dimensionierung als eine akzeptable Zielvorstellung werten. Es würde — und hier komme ich zu der Zahl, die mir die CDU in ihrer Interpellation in den Mund gelegt hat — bis 1970 80 000 durch Zechenstilllegungen aus dem Bergbau ausscheidende Arbeitskräfte geben, wenn eine solche Arbeitsprojektion zur Zielprojektion der Kohlepolitik wird. Die CDU hat mir allerdings diese Zahl in den Mund gelegt, ohne zu vermerken — Herr Kollege Dufhues, es ist immer so eine Sache mit den wörtlichen Zitaten, wenn man frei zitiert und das dann auch noch gedruckt hat —, daß ich diese Zahl in der Form gebraucht habe:

(Dufhues (CDU): Das ist Ihnen heute schon mehrere Male passiert!)

Wenn diese Projektion Wirklichkeit würde, dann würden 80 000 Menschen arbeitslos werden.

In einem solchen Fall der Verwirklichung dieser Projektion würde die effektive Freisetzung sogar noch größer sein; denn zu den 80 000, die infolge Zechenstilllegungen aus dem Bergbau gehen müßten, kämen noch ungefähr 35 000 hinzu, die infolge Rationalisierungsmaßnahmen den Bergbau verlassen müßten. Das würde eine Arbeitsplatzfreisetzung von etwa 115 000 Menschen bedeuten. Das würde allerdings keine Freisetzung

für den Arbeitsmarkt sein; denn im Juni 1966 waren von 246 000 — ich runde die Zahlen ab — Unter- und Über- tagearbeiter rund 49 000 51 Jahre und älter. 1970 würden diese also 55 Jahre alt sein, und 1971 würden sogar 7500 hinzukommen, ohne allerdings alle die Möglichkeit zu haben, die sozialen Sicherungen in Anspruch zu nehmen, die vielen über Fünfundfünfzigjährigen den Weg zum Arbeitsamt ersparen.

Dennoch würden — auch nach Abzug eines Teils der Gastarbeiter und nach Hinzurechnung des notwendigen Nachwuchses im Bergbau — mehr als 50 000 neue Arbeitsplätze erforderlich sein. Ich komme bei meinen eigenen Überlegungen also hier zu derselben Zahl, die Herr Dufhues eben vorgetragen hat. Das zu realisieren hält die Landesregierung in dem in Aussicht genommenen Zeitraum der Projektion für nicht möglich. Die Sorge über diese mögliche Tendenz des Gesetzentwurfs wird in der vom Bundesminister für Wirtschaft beigegebenen Begründung für uns noch deutlicher, denn in dieser Begründung heißt es wörtlich:

Diese Rückführung der Förderkapazität sollte so schnell wie möglich erfolgen, um die zwischenzeitlichen Beschränkungen für die anderen Energieträger und die Absatzhilfen für die Kohle im Interesse der Gesamtwirtschaft und der Schonung des Haushaltes so gering und kurz wie möglich zu halten.

Weil wir zutiefst durch die Zahlen, die dort eine Rolle gespielt haben, beunruhigt waren, hat der Ministerpräsident dieses Landes an den Bundeskanzler mehrere Briefe geschrieben. — Sie haben in Ihrer Interpellation nach unseren Interventionen gefragt. — Ich habe am 13. März dem Herrn Bundeskanzler geschrieben:

Der Landesregierung kommt es entscheidend darauf an, das Aufkommen einer Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden und für die notwendige Umstrukturierung, insbesondere für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, angemessene Zeit zu gewinnen.

Am 11. Mai habe ich erneut geschrieben, „unter Berücksichtigung der sozialen, ökonomischen und politischen Gesichtspunkte die sogenannte Anpassungsphase so zu gestalten und so zu bemessen, daß die produktive Wiedereingliederung der freigesetzten Arbeitskräfte wirklich möglich ist“.

Am 22. Mai habe ich noch einmal appelliert — zugleich habe ich den Wunsch geäußert, in einem persönlichen Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler unsere Besorgnisse vorzutragen —, die Anpassungsphase so zu strecken, „daß mit der Schaffung der notwendigen Arbeitsplätze der Anschluß an den konjunkturellen Aufschwung gewonnen wird“.

Auch hier darf ich noch einmal Vizekanzler Brandt in Bochum zitieren:

Ein planvolles Handeln, das auch die für die Umstrukturierung erforderlichen Übergangszeiten vorsieht, ist notwendig.

Um diese erforderlichen Übergangszeiten geht es.

Die Landesregierung hat alle diese Erklärungen aufmerksam zur Kenntnis genommen und auch dankbar die gestrige Bestätigung des Bundeswirtschaftsministers vor

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) der Fraktion der SPD erfahren, daß er Zechenstilllegungen ohne ausreichende Arbeitsplatzbeschaffung für — wie er sich in der Fraktion ausgedrückt hat — „hellen Wahnsinn“ hält.

(Zustimmung bei der SPD)

Er hat — sosehr ich das eben zitierte Zahlen- und Zeitmodell unter dem Gesichtspunkt der Besorgnis der Landesregierung gestellt habe —, Professor Karl Schiller hat sich — dies weiß ich aus den Unterhaltungen, die wir ja ununterbrochen seit Februar miteinander geführt haben — dieses Anpassungsmodell eines Berliner wissenschaftlichen Instituts nie persönlich zu eigen gemacht. Aber es kommt darauf an, die schriftliche Begründung des Gesetzentwurfs in Verbindung mit diesem Arbeitsmodell zu sehen und Klarheit darüber zu haben, daß dies eben nicht die Zielprojektion der Bundesregierung ist; denn sie könnte — davon bin ich überzeugt — von niemandem in diesem Hause akzeptiert werden.

Der Bundesminister für Wirtschaft, Professor Karl Schiller, hat gestern anschließend vor der Presse wiederholt, daß Zechenstilllegungen nur mit einer gleichzeitigen Schaffung neuer Arbeitsplätze einhergehen dürften. Damit hat sich die Bundesregierung die von mir in der Debatte zur dritten Lesung des Haushalts aufgestellte Forderung zur Nachahmung des englischen Modells zu eigen gemacht. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß in England kein Bergarbeiter aus dem Bergbau ausscheiden muß, wenn ihm nicht gleichzeitig ein vergleichbarer Arbeitsplatz zur Verfügung steht.

Dennoch würde die Landesregierung es begrüßen, wenn in den parlamentarischen Beratungen des Bundestages dieser Grundsatz im Gesetz verankert würde. Das Programm notwendiger Zechenstilllegungen muß zeitlich so gestreckt werden, daß das Programm notwendiger Arbeitsplatzneubeschaffungen damit parallel realisiert werden kann. Dies wollen wir im Gesetz zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Das erübrigt eine genaue zeitliche Terminierung, die ich eher bei 6, als bei 3 Jahren sehen würde.

Hinsichtlich des weiteren lang- und mittelfristigen Katalogs von Maßnahmen zur Energiepolitik, nach denen die Interpellation fragt, möchte ich an dieser Stelle auf den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen verweisen, der gemeinsam mit der Landesregierung erarbeitet worden ist und von dem ich sehr hoffen möchte, daß die Oppositionsfraktion ihm beizutreten, ihn vielleicht aus eigener Sicht zu ergänzen vermag.

Als Ministerpräsident dieser Landesregierung, dem an einem Minimum an Gemeinsamkeit in der Kohlefrage liegt, liegen muß und der als Oppositionsführer dieses Hauses das Wort von der „Fraktion Kohle“ im Dezember 1964 selbst aufgebracht hat, hätte ich es begrüßt, wenn dieser Entschließungsantrag bereits gemeinsam hätte erarbeitet werden können. Leider sahen sich die Kollegen der CDU dazu nicht in der Lage. Ich hoffe, daß die Debatte diese Gemeinsamkeit heute ergibt.

Soweit diese Maßnahmen einen dirigistischen und protektionistischen Charakter haben, sind sie in der zeitlichen Befristung zu sehen, die notwendig ist, den Gesundungsprozeß und den Wettbewerbsanschluß der Steinkohle zu bewirken, und über den hinaus sie nicht auf-

rechterhalten werden sollen. Ich stimme auch in dieser Frage mit Ihnen, Herr Dufhues, völlig überein. Es kann, wenn dirigistische und protektionistische Maßnahmen notwendig sind — und sie sind hier notwendig, und ich scheue auch vor dieser Vokabel nicht zurück —, dies nur vertreten werden, wenn es auf das äußerste Minimum des zeitlich Notwendigen beschränkt bleibt und nicht etwa auch zur Erlahmung der Unternehmensmobilität und Unternehmensinitiative und dazu führt, daß sie sich hinter einem Cordon sanitaire protektionistischer Maßnahmen abgesichert fühlen; sie müssen vielmehr wissen, daß dies nur auf Zeit begrenzt ist.

Falls es zu einem solchen gemeinsamen Entschließungsantrag kommen sollte, würde die Regierung unabhängig von allen Zuständigkeitsfragen den Entwurf des Bundesgesetzes in einem Unterausschuß des Hauptausschusses zur Beratung stellen, um auch in der Frage der Einwirkung auf die Beratung im Bundesrat und im Bundestag in einer — sagen wir einmal neumodisch — „konzertierten Aktion“ der politischen Kräfte dieses Hauses unsere Anstrengungen zu bündeln.

(Dr. Lange (FDP): Ganz neu ist die Mode auch nicht mehr!)

— Nein, das geht ja schon auf den Sachverständigenrat zurück, von dem Schiller diese Vokabel übernommen hat; die Methode auf keinen Fall.

Es wird sehr darauf ankommen, meine Damen und Herren, daß wir auch die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen aus Nordrhein-Westfalen zu einer gemeinsamen Aktion im Bundestag für das bewegen, was wir als zusätzlich notwendig erachten.

In der Interpellation wird nach dem Stand der sozialen Maßnahmen für die Bergleute gefragt.

Auch hier sieht der Entwurf des Kohlegesetzes für die von einer Stilllegungsmaßnahme betroffenen Arbeitnehmer eine Regelung vor, die die Zustimmung der Landesregierung findet, die das 35. Lebensjahr vollendet haben und eine Mindestzugehörigkeit zum Bergbau von zehn Jahren aufweisen, erhalten danach das Abfindungsgeld, das mit 2000 DM beginnt und nach entsprechender Dauer der Tätigkeit im Bergbau bis zu 5000 DM ansteigen kann.

Wir halten diese Lösung für grundsätzlich berechtigt. Wenn es Prämien für die Stilllegung von Produktionskapazitäten der Unternehmer gibt, muß es auch Prämien für die Stilllegung von Arbeitskapazitäten der Arbeitnehmer geben können.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

In enger Zusammenarbeit haben Bundesregierung und Landesregierung durch entsprechende Leistungen aus öffentlichen Mitteln den Abschluß eines Tarifvertrages ermöglicht, mit dem der Wegfall der Nachholschichten im Bergbau vereinbart und damit die volle 5-Tage-Woche im Bergbau erreicht wurde. Gleichzeitig wurden die Mittel für den Feierschichtenausgleich vom 1. Dezember 1966 bis zum 31. Mai 1967 bereitgestellt.

Immer wieder haben wir in diesem Hause gesagt, daß Feierschichten nicht auf dem Rücken der Bergarbeiter geleistet werden dürfen. Deshalb hat die Landesregierung unmittelbar nach dem Appell des

(C)

(D)

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Bundesministers für Wirtschaft an den Bundesminister für Finanzen, 80 Millionen DMark zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß die betroffenen Länder ein Drittel aufbringen, ihre Bereitschaft erklärt — noch am selben Tag, als ich aus Bonn erfuhr, daß dieser Antrag von Schiller an Strauß gestellt worden sei. Und ich habe das am 1. April in Gelsenkirchen öffentlich mitgeteilt, damit die Durchsetzung dieser Maßnahme für Professor Schiller leichter wurde. Es ist eine Maßnahme, für die ich ihm besonderen Dank sagen muß angesichts der anfänglich sehr zögernden Haltung anderer Bundesressorts; aber darüber will ich in dieser Antwort nicht mehr sagen.

Das entscheidende Problem in unserem Lande ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. In seiner Kabinettsvorlage vom 27. April hat der Bundesminister für Wirtschaft gesagt:

Das Anpassungsprogramm des Steinkohlebergbaus muß seine Ergänzung finden in einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Steinkohlebergbaugebieten, wenn dort nachhaltige Rückschläge im Wirtschaftswachstum mit Ausstrahlungen auf die gesamte Wirtschaftstätigkeit im Bundesgebiet vermieden werden sollen. Insbesondere sind Ersatzarbeitsplätze für aus dem Bergbau ausscheidende Arbeitnehmer in zumutbarer Entfernung vom Wohnort zu schaffen. Aus diesem Grunde erscheint es notwendig, ein befristetes, speziell auf die Bergbaugebiete ausgerichtetes Förderprogramm in Kraft zu setzen.

- (B) Und in einem Brief an mich hat der Bundeswirtschaftsminister auf einige Anregungen hin geantwortet:

Unsere Arbeit soll Neuansiedlungen und Neuinvestitionen in den bisherigen Steinkohlegebieten massiv vorantreiben.

Aus diesen Verhandlungen ist die Investitionsprämie hervorgegangen bei Errichtung und Erweiterung von Betriebsstätten, die die Wirtschaftskraft des Reviers stärken und zusätzliche Arbeitskräfte schaffen.

Wer weiß, welche großen Reserven dieser Idee der Investitionsprämie zunächst in der Bundesregierung entgegenstanden, wird Professor Schiller Dank wissen für diese Initiative. Sie ist nach unserer Ansicht ein wirksames Mittel, neue Arbeitsplätze in unsere Steinkohlereviere zu holen, sobald der Konjunkturaufschwung in Gang kommt. Diese Investitionsprämie wird die bereits angelaufenen Bemühungen des Landes selbst wirkungsvoll ergänzen können.

Es ist im Rahmen dieser Debatte nicht die Zeit und auch nicht die Notwendigkeit vorhanden, über die allgemeinen konjunkturellen Bedrängnisse und das schwere wirtschaftliche Erbe zu handeln, das die neuen Regierungen in Bonn und Düsseldorf übernommen haben. Die Probleme der besonderen Überlagerung des konjunkturellen Abschwunges, den wir in der ganzen Bundesrepublik haben, durch die strukturellen Probleme in wichtigen Sektoren der Wirtschaft unseres Landes, vor allem in dem Bereich der Produktions- und der Investitionsgüter, sind uns in diesem Hause bekannt. Wir wissen, in welchem Maße das die Situation unseres Landes bedrängt.

Wir, die Landesregierung, sind bereit, das Unsere auch durch die Bereitstellung von — in besonderem Maße — zusätzlichen Landesmitteln zur Konjunkturbelebung auf uns zu nehmen. Die Landesregierung hat sich entschlossen, zunächst für die Jahre 1967 und 1968 die ohne Vernachlässigung der übrigen Landesgebiete verfügbaren Finanzmittel des Staates auf die gefährdeten Teile der Steinkohlegebiete zu konzentrieren. Dabei weiß die Landesregierung sehr wohl, daß es auch außerhalb der Steinkohlegebiete Räume gibt, die sich in besonderen Schwierigkeiten befinden. Sie weiß ebenfalls sehr wohl, daß Strukturhilfen für andere Gebiete, Investitionshilfen in anderen Gebieten der Wirtschaft bei der Aufeinanderbezogenheit unserer Wirtschaftsgebiete — gleich einem System kommunizierender Röhren — mithelfen. Wir glauben aber, daß wir vorübergehend in zeitlicher Befristung — das haben wir in unserer Regierungserklärung und bei der Debatte des Haushaltes ausgeführt — die Mittel in einem besonderen Maße auf das Revier konzentrieren müssen.

Schon mit Beginn dieses Haushaltsjahres hat die Landesregierung ihre Wirtschaftsförderung auf Investitions- und Zinszuschüsse für die Steinkohlegebiete umgestellt. Sie hat damit bereits starke Anreize für neue Unternehmungen geboten. Es ist — lassen Sie mich das nur anrühren — gelungen, die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zum Einsatz von 50 Millionen ihrer Anlagemittel für betriebliche Investitionen zu bewegen. Wir haben die Hoffnung, daß die Verhandlungen zu einer namhaften Erhöhung dieses Betrages führen. Es ist in Gesprächen mit Vertretern der Montanunion eine Verbesserung und eine Erleichterung des Verfahrens bei der Gewährung von Umstellungskrediten behandelt worden. Es ist zu erwarten, daß aus dem Lande vorgelegte Förderungsanträge von der Montanunion in vollem Umfang berücksichtigt werden. In der vorigen Woche hat die Landesregierung zusätzliche Investitionen beschlossen. Nachdem bereits vorher durch Erteilung von Bindungsermächtigungen ein Betrag von 1,1 Milliarden DMark als zusätzlicher Anreiz für die Wirtschaftsbelebung bereitgestellt wurde, hat die Landesregierung nunmehr zur Konjunkturbelebung darüber hinausgehende Investitionsmaßnahmen von 896 Millionen DMark möglich gemacht. Der Finanzminister wird im Rahmen der Debatte darüber ausführlich berichten.

Meine Damen und Herren! Über dem Industriegebiet unseres Landes lagern dunkle Wolken; aber es stecken in ihm auch alle die Kräfte, sich als eine Industrielandschaft größter Zukunftskraft zu behaupten. Gerade die sich vollziehende Freistellung hochqualifizierter Arbeitskräfte behebt Mängel, die der Umstrukturierung an der Ruhr zeitweilig im Wege standen, nämlich — wir wissen es — den Arbeitskräftemangel, der in der Vergangenheit manche ansiedlungswillige Industrie zurückgehalten hat, und auch den Widerstand, der sich aus einer jahrelangen Politik der Erhaltung industrieller Monostrukturen ergeben hat. Ich brauche hier nicht zu sagen, in welchem Maße die arbeitsmarkt- und bodenwirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bergbauunternehmen hemmend gewirkt haben.

Die traditionelle Standortgunst des Reviers wird durch die europäische Integration erhalten bleiben, ja, ich glaube, sie wird verstärkt werden, denn das Revier rückt

(Kühn, Ministerpräsident)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

(A) jetzt aus seiner Position vom westlichen Rand unseres nationalen Wirtschaftsgebietes ins Zentrum des europäischen Wirtschaftsraumes. Das Revier kann unverändert den Standortvorteil der Mobilisierung von 8 Millionen Verbrauchern auf engstem Raum für sich buchen. So beginnen — das ist ein hoffnungsvolles Zeichen in der von mannigfacher Bedrängnis umgebenen Situation — auch die industriell Ansiedlungswilligen sich zu mehren. Unter den seit Amtsantritt dieser neuen Regierung in der konkreten Planung befindlichen Ansiedlungsfällen — ich sage das nicht, weil wir damit unser Amt angetreten haben, sondern um den Zeitraum zu charakterisieren — befinden sich zwei mit mehr als 1500 Arbeitsplätzen, zwei mit mehr als 1000 Arbeitsplätzen und vier mit mehr als 500 neuen Arbeitsplätzen. Sie stehen erst seit Januar in der Planung, haben sich seit dieser Zeit angemeldet, interessiert oder werden betreut.

Das alles, meine Damen und Herren, mag Ihnen als Elemente eines Ruhrplanes erscheinen; Sie machen sich ja immerfort das Vergnügen, danach zu fragen. Es enthält alles das, was bei der Regierungsbildung alle drei Fraktionen in diesem Hause als Förderungsprogramm für das Revier zu Papier gebracht und diskutiert haben, und darüber hinaus vieles mehr.

Lassen Sie mich die Beantwortung der Interpellation in diesem Augenblick, in dem wir durch das Fernsehen auch mit dem Land verbunden sind, nicht etwa mit der Versuchung beenden, aus dem im Parteienstreit üblichen Vokabular einen zündenden Abschluß zu suchen, sondern lassen Sie mich ganz einfach sagen: Dieses Land hat eine große industrielle Tradition, seine Menschen haben aus dieser Geschichte Kräfte gewonnen, die sie zu den Arbeitsamten und beruflich Qualifiziertesten haben werden lassen. Die Gunst seiner wirtschaftsgeographischen Lage und seiner wirtschaftlichen Dynamik machen Nordrhein-Westfalen durchaus zu einem Land, in dem sich in der wiederansteigenden Konjunktur wirtschaftliche Investitionen und unternehmerische Initiative lohnen.

Wenn zum Fortgang dieser Debatte noch ein Wunsch angemeldet werden sollte, dann wäre es der, daß wir gemeinsam, worin auch immer wir uns unterscheiden mögen, aus diesem Raum den Glauben an die Zukunft dieses Landes hinausstrahlen lassen. Denn dieses Land muß ihn ausstrahlen, wenn es Arbeitsplätze schaffende unternehmerische Initiativen in dieses Land hineinziehen soll.

Lassen Sie mich damit die Beantwortung der Interpellation abschließen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren! Inzwischen ist ein **Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der FDP** eingegangen, der Ihnen als **Drucks. Nr. 305** vorliegt. Der Herr Ministerpräsident hat in seinen Ausführungen ja bereits einige Male auf diesen Entschließungsantrag hingewiesen.

Im Interesse unserer Zuhörer und auch der Zuschauer bitte ich die Antragsteller, den Entschließungsantrag im Rahmen ihrer Diskussionsbeiträge zu verlesen und zu begründen.

Es ist inzwischen 12.45 Uhr. Wir treten in die **Mittagspause** ein. Die Plenarsitzung wird um 14 Uhr fortgesetzt. (C)

Pause von 12.47 Uhr bis 14.04 Uhr

Präsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren! Wir setzen unsere Aussprache über die Interpellation Nr. 1 fort. Nach der Vereinbarung im Ältestenrat nehmen dazu zunächst die Fraktionen der SPD und der FDP Stellung: danach wird die anfragende Fraktion der CDU Gelegenheit zur Antwort haben.

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Haferkamp von der Fraktion der SPD.

Haferkamp (H ö s e l) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei all den Schwierigkeiten der Situation in den Steinkohlenrevieren und bei all den Sorgen, die wir damit haben, befinde ich mich in diesem Augenblick doch in einer Beziehung in einer angenehmen Lage. Denn einmal kann ich nach den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten und des Herrn Sprechers der Opposition in vielen wichtigen Sachfragen eine weitgehende Übereinstimmung feststellen, und zum anderen habe ich Anlaß, beiden Herren Dank zu sagen.

Ich möchte zunächst dem Herrn Ministerpräsidenten dafür danken, daß er deutlich die Tatsachen geschildert, die Schwierigkeiten aufgezeigt hat, daß er darüber hinaus aber auch hoffnungsvolle Ausblicke für unser Land eröffnet hat. Wir sind uns wohl darin einig, daß beides nötig ist; die Menschen in unserem Lande wollen die Wahrheit wissen: die Wahrheit über die Schwierigkeiten, aber auch darüber, daß wir nicht zu verzagen brauchen, sondern daß dieses Land Grund, sehr viel Grund zur Hoffnung hat. (D)

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir danken der Landesregierung für die Initiative, die sie von der ersten Stunde ihrer Existenz an für die Durchführung wichtiger Maßnahmen in der Kohlepolitik, in der Sozial- und in der Strukturpolitik ergriffen hat. Ich sagte: von der ersten Stunde an. Am Tage der Verteidigung des Kabinetts Kühn, am 8. Dezember 1966, wurde eine der ersten wichtigen Entscheidungen getroffen. Es handelt sich um den Kabinettsbeschluß bezüglich der Finanzierung der Feierschichten. Wir danken der Regierung für ihre Initiativen, die sie von dieser Stunde an bis hin zu den Vorschlägen entwickelt hat, die sie sofort in bezug auf die Gesetzentwürfe machte, die die Bundesregierung im Zusammenhang mit den neuen Überlegungen zur Lösung der Probleme im Steinkohlenbergbau vorgelegt hatte.

Ich sagte, daß ich Anlaß habe, dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Sprecher der Opposition Dank zu sagen.

Ich danke Ihnen, Herr Kollege Dufhues, dafür, daß Sie uns Gelegenheit gegeben haben, eine recht beachtliche Anzahl guter alter Bekannter hier zu begrüßen: von der Darstellung der Notwendigkeit staatlicher Interventionen in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik bis hin zu planvoller Strukturpolitik, eine ganze Reihe von Dingen, die wir in mehr als zehn Jahren der

(Haferkamp (SPD))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Debatten, der Überlegungen und Sorgen in der Struktur- und Kohlepolitik in diesem Hause miteinander erörtert haben. Ich freue mich, daß ich jetzt mehr als früher in weiten Bereichen Übereinstimmung feststellen kann.

Nun, meine Damen und Herren, ich habe den Auftrag, hier den Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP zur Energiepolitik und zur Situation im Steinkohlenbergbau darzustellen und zu begründen.

Es ist schon in der Diskussion des heutigen Vormittags erwähnt worden, daß versucht worden war, eine Entschließung aller Fraktionen dieses Hohen Hauses vorzulegen, und daß sie — ich nehme an, aus technischen Gründen — nicht zustande gekommen ist. Ich bin sicher, daß sich Gelegenheit ergeben wird, dem Ziel nahezu kommen oder es zu erreichen, das der Herr Ministerpräsident und der Herr Sprecher der Opposition heute morgen beide angegeben haben: daß eine gemeinsame Basis für das Handeln angestrebt werden sollte. Sicherlich wird der Ihnen nun vorliegende Entschließungsantrag eine Grundlage dafür sein.

Der Herr Präsident hatte vorgeschlagen, mit der Begründung eine Verlesung des Textes zu verbinden. Ich will es in der Weise tun, daß ich die einzelnen Abschnitte verlese und dazu jeweils konzentriert die Begründung zu geben versuche.

Die Entschließung beginnt wie folgt:

- (B) Seit der Debatte des Landtags über die Lage im Steinkohlenbergbau am 15. März 1966 hat sich die Situation in diesem Wirtschaftsbereich weiter verschlechtert. Die Förderung im Bundesgebiet ist von 11,7 Millionen Tonnen im März 1966 auf 9,2 Millionen Tonnen im April 1967 zurückgegangen. Die Beschäftigtenzahl reduzierte sich von 369 000 Ende März 1966 auf 312 000 Ende April 1967.

Ich will dieser Einleitung keine weiteren Bemerkungen hinzufügen. Die Zahlen sprechen meines Erachtens als wichtige Indikatoren für die Entwicklung für sich, auch in Verbindung mit dem, was wir heute vormittag über die Entwicklung im Bergbau gehört haben.

In den nächsten beiden Absätzen stellen wir die Entwicklung in Zusammenhang mit der gesamtwirtschaftlichen Situation. Wir formulieren:

Durch die geschwächte konjunkturelle Lage unserer Volkswirtschaft werden die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen dieser Entwicklung

- der Entwicklung im Steinkohlenbergbau nämlich — noch verschärft. Sie treffen nicht nur die Steinkohlenreviere und unser Land, sondern die ganze Bundesrepublik.

Ich meine, daß der Hinweis auf die konjunkturelle Lage in mehrfacher Hinsicht wichtig ist. Denn hier besteht eine Wechselbeziehung. Einmal sind durch den Rückgang unserer Konjunktur in der gesamten westdeutschen Volkswirtschaft die negativen Entwicklungen im Steinkohlenbergbau zum Ausdruck gekommen. Zum anderen könnte eine sich rapide fortsetzende Verschlechterung, eine möglicherweise sogar bruchartige Entwicklung im Steinkohlenbergbau, die Ansätze einer Konjunkturbelebung, die wir alle so dringend in der Bundesrepublik

brauchen, im Entstehen stören. Und ich bin der Meinung, wir sind uns darin einig, daß dies verhindert werden muß. Daher der Hinweis auf den Zusammenhang mit der konjunkturellen Lage und daher auch unser Hinweis auf die Berechtigung, für dieses Land festzustellen, daß die Lösung dieser Frage nicht allein eine Angelegenheit der Steinkohlenreviere oder des Landes Nordrhein-Westfalen ist, sondern eine Angelegenheit der gesamten Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Uns allen ist bekannt, welche Bedeutung dem Steinkohlenbergbau in seiner Eigenschaft als Auftraggeber zukommt. Wir wissen, daß der Steinkohlenbergbau auch heute noch für fast drei Milliarden DMark im Jahre Aufträge an andere Industrien gibt. Auch deshalb ist, wiederum im Zusammenhang mit unserer konjunkturellen Entwicklung, außerordentlich wichtig, daß kein bruchartiges Zurückgehen des Bergbaues eintritt. Denn die drei Milliarden DMark fließen ja an Betriebe nicht nur im Ruhrgebiet oder auch im Wurmrevier in Nordrhein-Westfalen, sondern gehen an Betriebe, die überall in der Bundesrepublik beheimatet sind.

Wir nehmen sodann im Entschließungsantrag Stellung zu den gesetzgeberischen Absichten der Bundesregierung. Es heißt dort:

Der Landtag begrüßt deshalb die Absicht der Bundesregierung, durch neue gesetzgeberische Maßnahmen die Entwicklung des Energiemarktes planvoll zu beeinflussen und dabei gleichzeitig die Erreichung wichtiger volkswirtschaftlicher, sozialer und strukturpolitischer Ziele zu sichern.

Und wir erklären anschließend:

Der Landtag hält jedoch vor allem wegen energie- und strukturpolitischer Erfordernisse eine Erweiterung und Ergänzung der vorgesehenen Maßnahmen für unerlässlich.

In den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten und des Kollegen Dufhues von heute morgen besteht insofern Übereinstimmung, als die Initiative der Bundesregierung begrüßt wird, daß aber die vorgeschlagenen Maßnahmen für ergänzungsbedürftig gehalten werden. Es scheint mir auch notwendig zu sein, zu unterstreichen, daß die Entwicklung des Energiemarktes planvoll zu beeinflussen ist. Das bedeutet, daß wir davon ausgehen, daß es sich nicht um eine ad-hoc-Maßnahme handelt, die isoliert bleiben soll. Wir sind der Auffassung, daß es sich um eine planvolle Beeinflussung des Energiemarktes überhaupt handelt. Es ist heute schon dazu ein entsprechender Ausspruch des Herrn Bundeskanzlers zitiert worden.

Wir geben sodann in der Entschließung die wesentlichen Zielsetzungen an, die für eine solche Politik und für die Ergänzungsmaßnahmen, die wir erwarten, maßgeblich sind. Das erste Ziel ergibt sich somit auch aus dem, was ich soeben gesagt habe. Im Entschließungsantrag wird es so formuliert:

Die zu treffenden Maßnahmen dürfen nicht einseitig auf eine Schrumpfung des Steinkohlebergbaues gerichtet sein, sondern müssen einer Ordnung des gesamten Energiemarktes dienen.

(Haferkamp (SPD))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Diese Forderung erheben wir nicht allein deshalb, weil wir uns in Nordrhein-Westfalen in einem Steinkohlensland befinden. Es ergibt sich notwendig aus dem gesamten Sachzusammenhang, daß es unmöglich ist, etwa eine partielle Lösung nur für einen Energieträger zu finden und alle anderen Energieträger völlig außer Betracht der wirtschaftlichen Ordnungsmaßnahmen zu lassen. Denn jede partielle Lösung würde durch Fehler und Störungen, die in den anderen Bereichen eintreten und die man nicht mit berücksichtigen würde, ebenfalls gestört und von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt werden. Wir sind deshalb der Auffassung, daß eine Ordnung des gesamten Energiemarktes angestrebt werden muß.

Wir erklären dann:

- die Energiepolitik muß der Bedeutung Rechnung tragen, die dem Steinkohlenbergbau bei der Sicherung der Versorgung der Bundesrepublik mit Energie und Rohstoffen zukommt.

Wir sind der Meinung, es sollte auch einmal angesprochen werden, daß wir unseren Steinkohlenbergbau nicht nur im Zusammenhang mit der Energiepolitik brauchen, sondern daß er auch eine wichtige Rolle als Rohstoff spielt. Ich verweise nur auf den weiten Bereich der chemischen Industrie.

Wir meinen, daß zu dem Wort „Sicherung der Versorgung der Bundesrepublik“ in dieser Stunde nicht mehr gesagt zu werden braucht als das, was uns allen in das Gedächtnis rückt, wenn wir an die großen politischen Ereignisse, die tragischen Ereignisse im Mittleren Osten denken.

(B)

Wir formulieren dann weiter als Ziel:

- dem Steinkohlenbergbau muß im Rahmen dieser Politik ermöglicht werden, eine Größenordnung zu erreichen und zu halten sowie eine Organisationsform zu finden, die sein wirtschaftliches Fortbestehen sichern.

Ich gestehe hier, daß es recht schwierig war, dieses Ziel zu formulieren, weil es ja naheliegt zu fragen: Warum wird diese Größenordnung nicht in einer Zahl genannt? — Ich glaube, daß einmal die Stellungnahme, die der Herr Ministerpräsident dazu heute vormittag schon abgegeben hat, als Begründung herangezogen werden muß. Zum andern meinen wir, aber auch, daß es sich bei der Festlegung dieser Größenordnung nicht um das Setzen eines statischen Datums handelt, sondern um einen dynamischen Prozeß, der sicher in Verbindung mit der technischen Entwicklung, mit den Rationalisierungsmaßnahmen, mit den Möglichkeiten, die innerhalb der Struktur des Bergbaus gegeben oder zu schaffen sind, wechseln kann, und daß es hier eigentlich darum geht, daß die Politik dafür sorgt, daß die Forderung „Das wirtschaftliche Fortbestehen des Bergbaus muß gesichert werden“, durch „flankierende Maßnahmen“ ermöglicht wird. Es gilt also, eine Größenordnung anzustreben, die nicht mit einer Tonnenzahl als Grenze fixiert wird, sondern die durch die dynamische Entwicklung im Bergbau selbst bedingt ist.

Bei der Organisationsform haben wir auch darauf verzichtet, zu erklären: Wir streben diese oder jene konkrete Organisationsform an. Der Herr Ministerpräsident hat schon darauf hingewiesen, und es ist auch von Herrn

Kollegen Dufhues heute morgen dargestellt worden, daß sich eine Reihe von verschiedenen Modellen und Möglichkeiten in der Diskussion befinden. Wir unterstreichen das, was der Herr Ministerpräsident in dem Zusammenhang gesagt hat, nämlich daß es nicht Angelegenheit der politischen Entscheidung ist, diese Organisationsform zu fixieren, sondern daß dies die Aufgabe derer ist, die mit dem Bergbau unmittelbar verbunden sind: im Bereich der Unternehmungen und ebenso im Bereich der Arbeitnehmerorganisationen. Wir sind der Auffassung, daß es die Aufgabe der politischen Instanzen ist, diejenigen Hilfen zu geben, die es ermöglichen, das Ziel zu erreichen. Denn es scheint uns wichtiger zu sein, als eine bestimmte Form zu stipulieren, daß man sagt, auf welches Ziel hier hingearbeitet werden soll, und dieses Ziel ist ein gesunder Bergbau, dessen wirtschaftliches Fortbestehen gesichert ist.

Dazu sagen wir im nächsten Absatz:

- die Bergbauunternehmen müssen verpflichtet werden, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Wettbewerbsfähigkeit der Kohle zu verbessern.

Dazu bedarf es eben der eigenen Maßnahmen und der eigenen Initiativen des Bergbaus. Es kommt darauf an, ganz systematisch von der Rationalisierung in der Erzeugung bis zu den neuen Möglichkeiten im Verkauf, also von der Produktion bis zum Markt, alles zu überlegen, was die Wettbewerbsfähigkeit der Kohle verbessern könnte. Wir meinen, daß sich hier auch das auswirkt, was heute morgen schon erwähnt wurde: daß nämlich dann, wenn dem Wirtschaftszweig Steinkohlenbergbau in so erheblichem Umfang öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, die Allgemeinheit das Recht hat, von diesem Wirtschaftszweig auch dessen eigene Anstrengungen in Richtung auf einen lebensfähigen und gesunden Bergbau zu verlangen.

Damit, wie wir den nächsten Punkt zu formulieren versuchten, haben wir, so glaube ich, deutlich gemacht, worauf es hier ganz entscheidend ankommt, nämlich wie wichtig es ist, daß der Prozeß, der als Anpassungsprozeß bezeichnet wird und mit der Freisetzung von Arbeitskräften einhergeht, synchronisiert sein muß mit dem Prozeß der Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Wir haben es so gesagt:

- es muß sichergestellt werden, daß ein nach den energiepolitischen Entscheidungen des Bundes notwendig werdender Anpassungsprozeß in einem angemessenen Zeitraum und ohne soziale Härten vollzogen werden kann;

- vor allem müssen die Bestrebungen wesentlich verstärkt werden, für die vom Bergbau freigesetzten Arbeitskräfte rechtzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen.

In diesem Zusammenhang möchte auch ich sehr nachdrücklich unterstreichen, was der Herr Bundeswirtschaftsminister gestern in der Pressekonferenz hier in Düsseldorf erklärt hat; ich zitiere Herrn Minister Schiller:

Ich bin der Meinung, daß der Prozeß neue Arbeitsplätze zu schaffen, zugleich stattfinden muß mit den notwendig werdenden Zechenstilllegungen.

(C)

(D)

(Haferkamp (SPD))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Das Wort „zugleich“ scheint hier von besonderer Bedeutung zu sein. Ich freue mich, daß diese Übereinstimmung besteht. — Wir haben dann in der Entschließung einen Katalog von Maßnahmen aufgeführt, von denen wir meinen, daß sie zur Erreichung der dargestellten Ziele notwendig sind.

Wir sind nicht der Auffassung, daß dieser Katalog vollständig ist. Deshalb heißt es: „... insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen“, und wir sind der Meinung, daß dieser Katalog je nach Lage am Energiemarkt unter Umständen vervollständigt werden muß. „Je nach Lage am Energiemarkt“ besagt auch, daß diese Maßnahmen zum Teil gleichzeitig und kumulativ eingesetzt werden müssen. Das braucht aber nicht zwangsläufig der Fall zu sein; das muß sich nach der tatsächlichen Situation richten.

Wir haben also einen Katalog von Maßnahmen vorgeschlagen, die einzeln oder gleichzeitig in Angriff genommen werden müssen. Die erste Maßnahme, die wir vorschlagen, lautet:

Beschränkung der Mineralöl- und Erdgaseinfuhren durch verbindliche Festlegung jährlicher Zuwachsraten. Diese dürfen den Umfang des Zuwachses des Gesamtenergieverbrauchs nicht überschreiten. Überschreitungen der bisherigen Selbstbeschränkungszusagen können angerechnet werden.

Dieses Problem hat schon in der Debatte heute morgen eine Rolle gespielt; welche Bedeutung es hat, mögen Ihnen folgende Zahlen sagen.

- (B) Die Selbstbeschränkungszusage der Mineralölfirmer hinsichtlich der Mineralölimporte ist im Jahre 1965 — bei leichtem und schwerem Heizöl zusammengenommen — um 1,4 Millionen Tonnen, im Jahre 1966 um 1,8 Millionen Tonnen, insgesamt also um 3,2 Millionen Tonnen überschritten worden. In Steinkohleneinheiten ausgedrückt bedeutet das 4,5 Millionen Tonnen. Diese 4,5 Millionen Tonnen sind über die Selbstbeschränkungszusage hinaus in den letzten beiden Jahren eingeführt worden. Wäre das nicht der Fall gewesen — wäre die Selbstbeschränkungszusage eingehalten worden —, dann wären diese 4,5 Millionen Tonnen nicht auf Halde gegangen.

Wir haben in diesem Hause schon vor mehreren Jahren über die Fragen der Lizenzierung und der Kontingentierung gesprochen. Wir haben bewußt hier nicht die Methodik festgelegt, weil es uns wichtiger zu sein scheint, das Ziel zu bestimmen, nämlich die verbindliche Beschränkung auf die Festlegung der jährlichen Zuwachsraten und die Skala, an der diese Zuwachsraten zu messen sind, das heißt am Gesamtenergieverbrauch. Wir meinen, daß wir wegen der Bedeutung der Überschreitung der Selbstbeschränkungszusagen in den letzten Jahren den letzten Satz in dieser Ziffer 1 doch vorbringen sollten: „Überschreitungen der bisherigen Selbstbeschränkungszusagen können angerechnet werden“.

In diesem Zusammenhang ist natürlich das Problem der Energiekosten, auch in der jetzigen Konjunkturlage, zu sehen. Darauf ist heute vormittag auch schon hingewiesen worden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß wir in der Ziffer 5 c bei einer der Aufgaben, die wir dem Energiebeauftragten zuweisen

wollen, vorgesehen haben, daß der Energiebeauftragte unter anderem die Möglichkeit der Prüfung der unterschiedlichen Belastungen einzelner Wirtschaftsbereiche mit Energiekosten haben soll. Weiter soll der Energiebeauftragte die Möglichkeit erhalten, gegebenenfalls Vorschläge für gezielte Ausgleichsmaßnahmen zu machen. Wir meinen, daß man auf diese Weise dem Gesamtproblem, nämlich der Kostenbelastung, Rechnung tragen und daß man das differenziert tun kann, weil der Energiekostenanteil bei den einzelnen Fertigungen durchaus unterschiedlich ist und eine außerordentlich große Bandbreite hat. Wir meinen also, daß man durchaus dem Einwand Rechnung tragen kann, der von der Kostenseite vorgebracht wird.

Zweitens schlagen wir vor:

Unterstellung aller Energieträger unter das Energiewirtschaftsgesetz, vordringlich mit dem Ziel einer der Ziffer 1 entsprechenden Begrenzung des Heizölangebotes.

Bei dem Energiewirtschaftsgesetz handelt es sich um eine seit langem in Kraft befindliche Gesetzesmaterie, von der ich hier lediglich die Präambel zitieren will, um Ihnen darzulegen, wie dieser Vorschlag zu sehen ist. Die Präambel des Gesetzes lautet:

Um die Energiewirtschaft als wichtige Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Zusammenwirken aller beteiligten Kräfte der Wirtschaft und der öffentlichen Gebietskörperschaften einheitlich zu führen und im Interesse des Gemeinwohls die Energiearten wirtschaftlich einzusetzen, den notwendigen öffentlichen Einfluß in allen Angelegenheiten der Energieversorgung zu sichern, volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs zu verhindern, einen zweckmäßigen Ausgleich durch Verbundwirtschaft zu fördern und durch all dies die Energieversorgung so sicher und billig wie möglich zu gestalten, wurde das folgende Gesetz beschlossen.

Nun ist hier von der Energiewirtschaft als Ganzes die Rede; es wird von den Energiearten gesprochen; aber die Vorschriften des Gesetzestextes beziehen sich dann ausschließlich auf die Elektrizitäts- und Gasversorgung. Hier sind dann Möglichkeiten der Gestaltung dieser Wirtschaftsbereiche vorgesehen, die nach unserer Auffassung für alle Energieträger grundsätzlich in gleicher Weise gelten sollte. Ich meine, daß damit auch eine Reihe von Schwierigkeiten erledigt wäre, die man in spezieller Weise bei den Raffinerie- und Pipelinebeschränkungsgesetzen immer wieder diskutiert hat und die mit dem bevorstehenden vollständigen Zollabbau innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Verbindung stehen. Das bedeutet also die Unterstellung aller Energieträger unter das Energiewirtschaftsgesetz.

Wir schlagen drittens vor:

Erhöhung der Heizölsteuer im Rahmen der Vollmachten der Bundesregierung nach dem Mineralölsteuergesetz.

Die Möglichkeiten der Bundesregierung bestehen seit langem. Die Steuer pro Tonne schweres Heizöl beträgt zur Zeit 25 DM. Die Steuer könnte bis zu 37,50 DM erhöht werden. Beim leichten Heizöl liegt die Steuer zur Zeit

(Haferkamp (SPD))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) bei 10 DM, die Obergrenze wäre 30 DM. Als Vergleich zu den derzeitigen Belastungen bei uns möchte ich folgendes anführen. Das leichte Heizöl, das bei uns mit 10 DM je Tonne belastet ist, wird in Belgien mit einer Steuer von 42,36 DM, in den Niederlanden von über 28 DM und in Italien von über 23 DM belegt. Wir glauben also, daß diese Forderung auch in Ansehung europäischer Vergleichsmaßstäbe gerechtfertigt ist.

Viertens schlagen wir vor die

Fortführung des Gesetzes über die Kontingentierung von Kohleimporten (Kohlezollgesetz) und Herabsetzung der Einfuhrkontingente ab 1. Januar 1968.

Die Geltungsdauer dieses Gesetzes endet ohnehin am 31. Dezember dieses Jahres. Es sieht zur Zeit ein Kontingent von 6 Millionen Tonnen vor. Wir schlagen vor, bei der sowieso fälligen Neufassung eine Herabsetzung der Kontingente vorzusehen, also unter den jetzt festgelegten 6 Millionen Tonnen zu bleiben.

Das war der Komplex der Maßnahmen, die wir im Zusammenhang mit dem Schutz der Kohle vor dem Verdrängungswettbewerb — wenn man diese Überschrift für diese vier Positionen wählen will — vorschlagen.

Die nächste Position beschäftigt sich mit der Bestellung eines Energiebeauftragten. Heute war schon von dem Kohlebeauftragten die Rede, den das Bundesgesetz vorsieht, und es ist schon verlangt worden, daß ein Energiebeauftragter und nicht nur ein Beauftragter für den Wirtschaftszweig Kohle installiert wird. Unser Vorschlag lautet:

- (B) Bestellung eines Energiebeauftragten, der für alle Energieträger zuständig ist und der durch einen Energiebeirat auf Bundesebene beraten wird, mit folgenden Aufgaben:
- a) Vorausschätzung des Energiebedarfs und seiner Deckung sowie der Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Energieträger auf kurze, mittlere und lange Sicht mit dem Ziel, Orientierungsdaten für die Energiepolitik der Bundesregierung und die Unternehmenspolitik der Energieanbieter zu schaffen.

Wenn eine solche Regelung gesetzlich getroffen und dem Energiebeauftragten eine solche Aufgabe zugewiesen würde, würde konsequent etwas weiterentwickelt, was in der vorigen Woche durch das Gesetz über Stabilität und Wachstum in der Wirtschaft für unsere Volkswirtschaft allgemein schon vorgesehen worden ist, daß nämlich Orientierungsdaten für kürzere und mittlere Fristen ermittelt und dargeboten werden sollen. Darüber hinaus würde man den Überlegungen hinsichtlich einer mittelfristigen Wirtschaftspolitik, die ihrerseits Grundlage für die mittelfristige Finanzpolitik sein soll, Rechnung tragen, die zur Zeit bei der Bundesregierung und bei den Fraktionen des Bundestages angestellt werden. Es würde also der allgemeinen Entwicklung im Bereich der nationalökonomischen Politik Rechnung tragen, für den Sektor der Energiepolitik kurz-, mittel- und langfristige Orientierungsdaten zu entwickeln und damit denjenigen Entscheidungshilfen zur Verfügung zu stellen, die innerhalb unserer Wirtschaftsordnung in dem einzelnen Unternehmensbereich die Freiheit der Entscheidung haben.

Als weitere Aufgabe des Energiebeauftragten schlagen wir vor: Überwachungs- und Vorschlagsrechte im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die ich einleitend dargestellt habe, nämlich der Mineralöl- und Erdgaseinführen, der Unterstellung aller Energieträger unter das Energiewirtschaftsgesetz, der Erhöhung der Heizölsteuer und der Kontingentierung der Importkohle. (C)

Als weiteres Recht des Energiebeauftragten schlagen wir vor — was ich im Zusammenhang mit der Energiekostenfrage schon erwähnt habe —: Prüfung der unterschiedlichen Belastungen einzelner Wirtschaftsbereiche mit Energiekosten und das Vorschlagsrecht hinsichtlich gezielter Ausgleichsmaßnahmen.

Schließlich sollte der Energiebeauftragte ein Vorschlagsrecht für ergänzende energiepolitische Maßnahmen haben, die er auf Grund seiner speziellen Kenntnisse und Tätigkeiten für wichtig hält.

Der Entschließungsantrag enthält sodann eine Reihe von Maßnahmen, die sowohl den sozialen Belangen als auch den Strukturnotwendigkeiten Rechnung tragen sollen. Ich will diese Punkte verlesen, ohne sie im einzelnen zu erläutern. Einmal sind die Gegenstände aus sich heraus verständlich, zum anderen könnten gegebenenfalls in der Debatte noch Erläuterungen gegeben werden.

Wir schlagen vor:

Verstärkung der Bemühungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Steinkohlenbergbaugebieten durch bevorzugte Bereitstellung öffentlicher Mittel,

Ausnutzung der Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Mitteln nach dem Montanvertrag für Umstrukturierungen in den betroffenen Gebieten, (D)

Abwendung von Einkommensverlusten aus Anlaß von Feierschichten für die im Steinkohlenbergbau Beschäftigten,

also auch über den 31. Mai 1967, dem Stichtag der vorigen Woche, hinaus,

Inanspruchnahme von Anpassungsmitteln nach Art. 56 Abs. 2 des Montanvertrages,

Finanzielle Unterstützung von Gemeinden, die von Zechenstillegungen betroffen sind, zur Verbesserung der Infrastruktur in ihrem Bereich,

und schließlich

Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Bauten

Sicherungsmaßnahmen für bergschädengefährdete Bauten.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz darauf hinweisen, daß hier auch die Entscheidung der Regierung zur Konzentration der Mittel auf die Gebiete, in denen die Strukturmaßnahmen durch die Entwicklung, in der dieses Land steht, besonders notwendig geworden sind, eine Rolle spielt, worüber wir bei der Beratung des Haushalts debattiert haben.

Lassen Sie mich zu der Frage sozialer Maßnahmen ganz generell etwas sagen! Es ist selbstverständlich überlegt worden, ob wir den in dem Entschließungsantrag formulierten Katalog von Einzelmaßnahmen durch weitere Maßnahmen, die zum sozialen Bereich gehören, ergänzen sollten. Wir haben davon abgesehen, weil einmal in den letzten Wochen und Monaten durch die Lan-

(Haferkamp (SPD))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) desregierung in Verbindung mit der Bundesregierung weitgehende Regelungen erfolgt und weitere Regelungen in dem Bundesgesetz zur Regelung der Probleme des Steinkohlenbergbaues vorgesehen sind und weil es zum anderen wohl jeder einzelne in diesem Hohen Hause für eine Selbstverständlichkeit hält, daß soziale Maßnahmen auf jeden Fall in dem erforderlichen Umfang so schnell wie möglich durchgeführt werden, auch wenn sie nicht in einem solchen Katalog enthalten sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Diese Selbstverständlichkeit wird für uns auch dadurch unterstrichen, daß die Regierung in den letzten Wochen und Monaten entsprechend gehandelt hat.

Wir beenden diese Entschließung mit dem Ersuchen an die Landesregierung, auf der Grundlage dieser Erklärung durch Verhandlungen mit der Bundesregierung im Bundesrat und auch durch eigenes Handeln für eine schnelle Durchführung dieser Maßnahmen einzutreten. Es handelt sich zu einem großen Teil um Maßnahmen, die nur bundesgesetzlich geregelt werden können und für die die Regierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten auf der Bundesebene und in den Bundesorganen einzutreten hat, zu einem Teil um Maßnahmen, die sie selbst und aus eigenem Handeln gestalten kann. Deshalb dieser Auftrag in der dargestellten Form.

Wir appellieren darüber hinaus in der Sorge um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Verwirklichung der dargestellten Maßnahmen zu unterstützen.

- (B) Wir sind uns wohl einig in der Überlegung, daß wir diese Unterstützung selbstverständlich von denjenigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages erwarten können, die die Probleme dieses Landes deshalb besonders genau kennen, weil sie hier beheimatet sind. Darüber hinaus können wir aber hoffen, daß wir Abgeordnete des Deutschen Bundestages auch aus anderen Ländern für das gewinnen, was wir im Interesse der Lösung der Probleme in diesem Lande wollen, für Probleme, die, wie ich eingangs erwähnte, Probleme des gesamten Bundesgebietes sind.

Ich darf eine technische Anmerkung machen. Im letzten Satz des Entschließungsantrags fehlt ein Nebensatz, den ich anzufügen bitte. Der letzte Satz muß lauten:

Darüber hinaus appelliert er in Sorge um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Verwirklichung der dargestellten Maßnahmen zu unterstützen.

Ich bitte Sie alle in diesem Hohen Hause um Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag, damit die Landesregierung und wir alle die Möglichkeiten und auch eine gemeinsame Basis haben, die Interessen unseres Landes und seiner Menschen so wirkungsvoll wie nur möglich zu vertreten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, daß mir von der CDU-Fraktion ein Entschließungsantrag vorgelegt worden ist, der im Augenblick vervielfältigt wird. Sie werden ihn bald vorliegen haben.

Als nächster hat Herr Dr. Lange von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Lange (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum vierten Male in relativ kurzer Zeit findet eine Debatte zu dem Thema statt, das wir heute abhandeln. Wenn man gestern nachmittag zum Schwanenspiegel kam und arglos dort entlangwanderte, konnte man auf Grund des Aufgebots vermuten, daß entweder eine Regierung gestürzt, eine Verfassung geändert oder vielleicht eine Kohlendebatte stattfinden solle. Das letztere ist der Fall.

Aber gestern hat noch etwas anderes stattgefunden. Der gestrige Tag stand ja, mit den Augen der Fernsehgewaltigen gesehen, in einem etwas „schillernden“ Klima. Der Besuch des Bundeswirtschaftsministers bei seinen Freunden in der Fraktion hat gestern wohl den Mittelpunkt des Interesses dargestellt. Ich nehme an, daß es eine gegenseitige freundschaftliche Information gewesen ist; denn das Kennenlernen hatte sicher schon früher stattgefunden.

Man hat aber schon vorher in der Zeitung lesen können, daß eine Kopfwäsche — einige haben dabei sogar das Wort „Gehirnwäsche“ gebraucht — stattfinden wird. Es ist der Phantasie der Betrachter anheimgegeben, was in den Fraktionssälen oder bei uns — ich gebe es zu — zimmern in Wirklichkeit gelegentlich stattfindet.

Es soll aber auch Kollegen der Opposition gegeben haben, die in den Händen des einen oder anderen Fraktionskollegen der SPD als Trophäe gern eine „Schillerlocke“ entdeckt hätten. Auch dazu soll es, glaube ich, nicht gekommen sein. Der Ministerpräsident hat Sie, meine Damen und Herren von der CDU, darüber beruhigt. Es war ein freundschaftliches Gespräch. Ich würde fast meinen: Es war etwas zu freundschaftlich, wenn ich den milden Ton des Ministerpräsidenten bedenke, mit dem er manche Kritik — ich werde die meine gleich vorzutragen haben — in Richtung Bonn ausgesprochen hat. Aber ich bin der Auffassung, daß eine Aussprache unter Freunden mitunter hartnäckiger geführt wird, als man es anderen gegenüber tut. Jeder von uns kann davon ein Lied singen. Ich brauche dabei nicht an Hannover zu denken oder an andere Auseinandersetzungen. Solche Auseinandersetzungen finden auch in anderen Parteien statt. Manche Auseinandersetzungen kommen dort vielleicht noch. Wir können sagen: Wir haben es hinter uns, wir sind eine Runde weiter.

Vielleicht erlaubt diese Feststellung einen Blick auf die Schwierigkeit, in der sich von der Sache her jede Fraktion dieses Hauses in diesem Thema ihrer Bonner Repräsentanz gegenüber befindet. Deswegen bin ich dem Kollegen Dufhues durchaus dankbar, daß er seine Bemühung hat erkennen lassen, aus der heutigen Diskussion den parteipolitischen Charakter herauszuhalten. Die Redner unseres Koalitionspartners haben ein Gleiches getan. Dieses Thema eignet sich einfach von der Sache her nicht dazu, daß man parteipolitische Gesichtspunkte hineinträgt. Es hat mit parteipolitischen Ideologien nichts oder sehr wenig zu tun.

(Pürsten (CDU): Vor der Wahl war das anders!)

(Dr. Lange (FDP))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

(A) — Gewiß, die letzte Landtagsdebatte zu diesem Thema, Herr Kollege Pürsten, stand — das mag eine Regie sein, die der Ältestenrat zu vertreten hatte — etwas allzu nahe an einem Wahltermin. Wer am Vorabend einer Wahl Reden zu halten hat, gleich, wo immer, ist nicht ganz Versuchungen gegenüber gefeit. Das war das Unglück der letzten Energiedebatte am 15. März 1966 und das Auseinanderbrechen der Kohle-Fraktion, was der Ministerpräsident heute noch einmal in unsere Erinnerung gerufen hat. Aber der kleine Rest an Differenzen, der von den Interessenten der verschiedenen Lager künstlich vergrößert worden ist, hat sich damals eigentlich auf ganz wenige Sachthemen beschränkt; eigentlich ist er in der Sache jetzt weitgehend ausgeglichen.

Meine Damen und Herren! Es ist heute schon von dem einen oder anderen — sowohl Herr Dufhues wie der Herr Ministerpräsident haben es getan — das Faktum angesprochen worden, das wir seit Wochen befürchten und das nun seit wenig mehr als 24 Stunden praktische Wirklichkeit ist. Die Ereignisse im Nahen Osten hätte kein Regisseur im Zeitablauf dramatischer als Kulisse hinstellen können, als sie im Augenblick als Hintergrund zu unserer Debatte dastehen. Dennoch schließe ich mich Ihrem Appell an, Herr Kollege Dufhues, daß man das nicht zum Gegenstand und Mittelpunkt der Erörterungen machen sollte. Auf der anderen Seite kann heute wohl niemand mehr das Faktum der sicheren Energie und den Faktor der Sicherheit übersehen. Ich werde dazu im Verlauf meiner Ausführungen noch einiges sagen müssen.

(B) Die CDU-Fraktion hat als — wie ich annehme — nunmehr bewußte Opposition die „Interpellation über die wirtschaftliche und soziale Lage im Ruhr- und Wurmrevier“ eingebracht und damit den Anstoß zu der heutigen Debatte gegeben. Es ist nicht meine Sache, zu untersuchen, ob sie das heute und jetzt in dieser Lage noch einmal täte. Die Dinge eilen eben immer etwas weiter. Ob wir heute unserem Land mit dieser Debatte einen Dienst erweisen können, was wir alle wollen, das wird sich zum Schluß oder auch in einiger Zeit nach weiterem Ablauf auf der Bonner Szene herausstellen.

Seit der letzten Energiedebatte, die leider, wie ich vorhin schon sagte, zu sehr im Schatten eines Wahlkampfes stand, hat sich, unabhängig von der sowohl vom Kollegen Dufhues wie vom Herrn Ministerpräsidenten und dem Kollegen Haferkamp geschilderten wirtschaftspolitischen Situation in unserem Lande, einiges Neues an Fakten ereignet. Erstens: Die Aktionsgemeinschaft deutscher Steinkohlenreviere ist, wenn auch — erlauben Sie den Ausdruck — als eine kühne Zangengeburt, doch noch ins Leben gerufen worden. Zweitens: Nach Bildung der Großen Koalition hat die Bundesregierung unter der Federführung des Wirtschaftsministers ein Gesetz zur Anpassung und Gesundung des Steinkohlenbergbaues und der Steinkohlenbergbaugebiete im Kabinett verabschiedet. Drittens: Es gibt — kurz genannt — ein Zweites Verstromungsgesetz; erlassen Sie mir die langatmige Darlegung der genauen Bezeichnung. Viertens ist eine Vereinbarung über die Subventionierung der Koks- und des Kokes innerhalb der Bundesrepublik, aber auch im außenwirtschaftlichen Verkehr im Rahmen der EWG getroffen worden. Schließlich — und als allerwichtigstes — ist gesamtwirtschaftlich eine Entwicklung einge-

treten, die auch ganz kluge Leute in dieser Art und Form nicht, und vor allem nicht so kurzfristig, prognostiziert hatten. Wer hätte vor einem Jahr noch, als das Schlagwort vom „leergefegten Arbeitsplatz“ im Schwange war, gewußt und geahnt, daß wir uns jetzt mit diesem Problem herumzuschlagen haben würden? Manchmal ist an dieser und an anderer Stelle, auch in Bonn, gesagt worden: Wir — die Wirtschaftspolitiker der Jetztzeit — verfügen über ein völlig anderes und neuartiges Instrumentarium, um solchen Entwicklungen von Anfang an zu wehren, die uns wieder in eine wirtschaftliche Rezession größeren Umfangs oder gar in eine Krise führen könnten. Wie werden das zu prüfen haben. Wir sind immer noch im Anfangsstadium einer solchen Entwicklung. Noch kann man nicht sagen — auch der Herr Ministerpräsident hat hier Skepsis äußern müssen —, daß diese Entwicklung schon im Griff sei. Von da her wird erkennbar — wir haben das in diesem Hause in den letzten Jahren immer wieder gesagt, alle drei Fraktionen —, daß das Revier im Positiven, aber auch im Negativen eine zentrale Ausstrahlungsfunktion hat, ob es uns recht ist oder nicht. Das ist im Augenblick das eigentliche Problem, vor dem wir stehen. Das beginnt sich aber auch langsam außerhalb Nordrhein-Westfalens herumzusprechen. Man bekommt ein Gefühl dafür, daß man nicht hessischer, Berliner oder bayerischer Bürger ist und über die weiß-blauen Grenzpfähle nicht hinwegzusehen braucht. Wäre es denn vor einigen Jahren vorstellbar gewesen, daß ein bayerischer Landtagsabgeordneter — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren — unter anderem folgendes ausführte:

(D) Kohle und Öl sind nicht zu trennen. Und so gesehen dürfen auch wir in Bayern unsere Augen nicht vor der Kohlenkrise und dem Zechensterben im Ruhrgebiet verschließen.

Und später derselbe Abgeordnete am 11. April 1967 im Plenum in München:

Ich meine, daß die Dinge, die heute im Ruhrgebiet vor sich gehen, uns in Bayern sehr viel angehen.

Er kommt in diesem Teil zu dem Schlusssatz:

Was heute bei uns mit der Kohle gemacht wird — lassen Sie mich das offen sagen, wie ich das möchte —, ist volkswirtschaftlich der größte Unsinn des Jahrhunderts.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig! — Zuruf von der CDU: Der war aber nicht aus Bayern!)

Mag der Schluß auch etwas stark den Stempel bayerischen Lokalkolorits oder bayerischer Ausdruckskraft tragen — so ganz verkehrt ist er in seinem Kern wieder nicht.

An dieser Stelle muß ich noch einige Sätze zu der ausstrahlenden Wirkung — der Kollege Haferkamp hat das schon getan — des Problems sagen, das gewiß den einen oder anderen, vor allem unsere Freunde von der Presse, zwangsläufig ermüdet, weil ja ganz neue Fakten von niemandem hier dargeboten werden können. Mit dieser Ausstrahlungswirkung haben wir uns jetzt zu beschäftigen. Unser Kollege Netta aus Erkenschwick hat ja versucht, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im Saldo darzubieten. Es ist ungeheuer schwer, die Daten voll zu erfassen, vor allem dann, wenn man das Tempo eines sich

(Dr. Lange (FDP))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) vielleicht überstürzenden Kapazitätsabbaus, eines Schrumpfungsvorganges, auch nicht erfassen und übersehen kann, insbesondere dann nicht, wenn nicht Zug um Zug gleichwertige und ertragreiche Arbeitsplätze beschafft werden können.

Selbstverständlich kann eine solche Rechnung nicht auf Heller und Pfennig hinter dem Komma aufgemacht werden. Dennoch darf ich einige Fakten in unser aller Erinnerung rufen.

Erstens: Niemand sollte von der Vorstellung ausgehen, daß nach einer sehr raschen Zurücknahme der Förderung durch Stilllegungen alle Belastungen der öffentlichen Hand — gewissermaßen wie mit einem Zaubertuch wegwischt — ausfielen und wir alle aufatmen könnten, weil wir nunmehr freie Bahn und Entlastung hätten. Bei der Renten- und Knappschaftsversicherung würde sich keine Entlastung, sondern eine sehr starke und sich steigernde Belastung auf lange Jahre ergeben müssen, die Milliardenbeträge erreichen würde.

Zweitens: Herr Haferkamp hat vom Vergabevolumen an die Zulieferindustrie gesprochen. Ich habe eine etwas andere Zahl; sie liegt knapp unter der von Ihnen, Herr Kollege Haferkamp, genannten: bei Ihnen sind es 3 Milliarden, ich habe 2,6 Milliarden für 1966 ermittelt. Wir wollen uns darüber jedoch nicht streiten. Aber diese Größenordnung macht doch deutlich, wie stark die um das Revier herumliegende mittelständische und Kleinindustrie davon abhängig ist, daß solche Bestellungen noch erteilt werden, daß also die multiplizierende, die kumulierende Wirkung im Positiven und Negativen erkannt wird.

- (B) Ich habe auf der Tribüne unseren früheren verdienstvollen Kollegen Kegel entdeckt, der heute im Vorstand der großen Gesellschaft Hibernia arbeitet. Fragen Sie ihn oder seinen Einkaufsdirektor doch einmal, was sich dort abspielt, wonach die Zulieferer fragen! Die Zulieferer schicken nicht mehr die Vertreter; da kommen die Firmenchefs und fragen: „Wann können wir wieder mit irgendwelchen Anschlußaufträgen rechnen? Worauf sollen wir uns umstellen?“

Meine Kollegen, das ist die multiplizierende Wirkung, und wir können nicht so tun, als könnte man das mit einem Schläge wegwischen und als könnte man durch eine Zauberhandlung sofort in den gesamten Raum Ersatzkapazitäten hineinstellen.

Ein weiterer Blick sei mir auf ein drittes Faktum gestattet. Denken Sie an die Bundesbahn, ein Unternehmen, das zur Infrastruktur gehört und bei dem wir nicht fragen können, ob wir es nun deswegen abschaffen können, weil es in vielen Teilbereichen, bei vielen Strecken und insgesamt sogar negative Zahlen erwirtschaftet. Die Bundesbahn muß da sein; wir müssen sie verbessern, wir müssen versuchen, sie wieder wirtschaftlich zu gestalten. Aber die Idee, sie abzuschaffen, hat doch noch kein Verantwortlicher vorgetragen. 16 Bundesbahndirektionen haben nach Streckennetz, nach Betriebsbahnhöfen und nach Personalbestand in etwa im groben Schnitt einen Anteil von 5%. Das hat auch die Direktion Essen. Aber die gleiche Direktion Essen hat, wenn Sie einmal betrachten, was an Verkehrsaufkommen, an Transportvolumen, drinsteckt, Anteile, die bei der Wagengestellung fast 20% und bei dem abgehenden Güterverkehr 30% des

gesamten Güterverkehrs ausmachen. Darin drückt sich eben im wesentlichen das aus, was die Grundstoffindustrien, was Kohle, aber auch Stahl hier in diesem Lande bedeuten. Darin wird eben deutlich, daß hier Schwergewichte liegen, die auch mit bedacht werden müssen.

Man hat einmal versucht festzustellen, welchen Ausfall an Frachten — daran wird ja bei der Bundesbahn bekanntlich noch verdient — es bedeuten würde, wenn wir 25 oder 35 Millionen Tonnen — die Größenordnung bestreitet ja niemand mehr — stilllegten. Das gäbe einen Ausfall, den man mit 160 bis 230 Millionen DMark beziffern muß. Auch das gehört in eine gesamtwirtschaftliche Rechnung hinein, wenn man das Tempo der Anpassung und der Umstrukturierung in den Griff bekommen will.

Lassen Sie mich nun noch abschließend zu diesem Kapitel die sogenannten Tot- und die sogenannten Erblasten im Bergbau erwähnen, von denen man sich ohnedies nicht befreien kann und zu denen Lastenausgleichsabgaben, Pensionen, freiwillige Sozialleistungen, Bergschäden, Beiträge zu den Wasserwirtschaftsverbänden, Beiträge für die gemeinsame Forschung usw. gehören, die wir ja weiter betreiben müssen, um den technischen Fortschritt noch stärker voranzutreiben. Diese Lasten schließen auch die Beiträge für Ausbildung und Berufsgenossenschaften ein. Gelänge es nicht — was bei der jetzigen Lage leider unterstellt werden muß —, den größten Teil der freigesetzten Bergleute Zug um Zug — das kann und muß nicht von einem Tag auf den anderen sein, aber doch in zumutbarer Zeit — in neue Arbeitsplätze überzuführen, so würden riesige Summen an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenfürsorge ebenfalls von der öffentlichen Hand aufgebracht werden müssen.

An dieser Stelle sei mir auch erlaubt, noch einmal eine Zahl zu nennen, die der Siedlungsverband vor kurzem veröffentlicht hat. Wir haben im letzten Jahr, im Jahre 1966, im Revier 48 000 industrielle Arbeitsplätze verloren. Dabei sind die Arbeitsplätze im Bergbau und in der Bauindustrie noch nicht einmal mitgezählt. Der Bergbau setzte in der gleichen Zeit 43 000 Bergleute frei. Darin werden die Schwierigkeit, der ganze Umfang und das Gewicht des Problems deutlich.

Schließlich und endlich muß volkswirtschaftlich in Rechnung gestellt werden, was sowohl die öffentliche als auch die private Wirtschaft aufbringen müssen, um Strukturmaßnahmen und die Ansiedlung neuer Betriebe zu realisieren. Ich will hier keine Zahlen nennen; sie können in der Tat in einer ungeheuren Breite schwanken. Man überlege sich, daß ein industrieller Arbeitsplatz heute im Schnitt — niemand bestreitet das — etwa 100 000 DM Investitionskosten erfordert! Dabei ist mir und sicherlich vielen von Ihnen auch bekannt, daß es extreme Fälle gibt, bei denen man auch mit einer halben und einer dreiviertel Million noch nicht sein Auskommen findet. Bei 50 000 oder 70 000 oder 100 000 Plätzen weiß man, was für eine Kraftanstrengung dabei notwendig sein wird, um diesen unausweichlichen Weg zu beschreiben.

Heute morgen ist auch einige Male Kritik daran geübt worden, daß der Anpassungsprozeß von dem betroffenen Wirtschaftszweig etwas leichtsinnig oder sträflich vernachlässigt worden ist. Wir sollten zunächst einmal wie auch in

(Dr. Lange (FDP))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

(A) der Politik jedem an seinem Platz Tätigen, ganz gleich, wo er ist, den guten Willen, wie auch das Höchstmaß an Einsatzfähigkeit oder Leistungswilligkeit unterstellen. Ich vermag nicht einzusehen, daß vom Kumpel bis zu den verantwortlichen Ingenieuren und Betriebsleitern im Bergbau eine Minderleistung erbracht worden sein soll. Wir täten uns allesamt keinen Dienst, wenn wir angesichts dieses schmerzhaften Umstrukturierungsvorgangs immer einen Ausweg suchten und dabei nach dem Umschau hielten, der als Prügelknabe am ehesten herhalten sollte. Es kann doch niemand bestreiten, daß bis in das Jahr 1964 hinein die Anerkennung einer Förderrichtzahl von 140 Millionen Tonnen von höchster Stelle unbestritten war. Über die Form, wie sie gegeben war, wollen wir uns nicht unterhalten. Es kann auch nicht bestritten werden, daß sich von 1956 bis eben zu diesem Jahr 1964, also fast ein Jahrzehnt lang, Förderung und Absatz auf dem Niveau von 142 Millionen Tonnen in der Waage gehalten haben, sich also in etwa entsprochen.

Erst 1965 beginnt ja die rasche Talfahrt, wie Herr Minister Schiller jetzt sagen würde; Seilfahrt könnte man unter dem Gesichtspunkt der Kohle sagen. Jeder in diesem Lande weiß auch, wie langatmig alle Prozesse im Bergbau sind; vom Investitionsbeschluß bzw. Investitionsentschluß bis zur tatsächlichen Aufnahme der Förderung sind alle Maßnahmen außerordentlich langfristig.

Vor gut einer Woche erst war ich mit zwei Kollegen wieder unten in einer Gelsenkirchener Zeche bei einem Grubenunglück. Dort haben wir auf 900 Meter Teufe einen Querschlag befahren, den man auffährt, um an die Kohle zu kommen, einen Querschlag durch Stein und Fels. Den treibt man dort $2\frac{1}{2}$ Jahre auf eine Länge von $2\frac{1}{2}$ Kilometern. Da muß man doch fragen: Wer soll denn heute noch den Mut haben, diesen Querschlag fortzusetzen, wenn er als Verantwortlicher dieser Zeche nicht weiß, daß er auch in $2\frac{1}{2}$ Jahren noch — seine eigenen Anstrengungen vorausgesetzt — eine echte Chance des Absatzes seiner Kohle haben wird! — Der Mann müßte doch fristlos entlassen werden, wenn er — sähe er keine Chance mehr — dann nicht morgen früh sagte: „Der Querschlag wird nicht weitergeführt, und die Leute, die da unten bohren und Gestein sprengen, stellen ihre Arbeit ein und gehen nur noch dorthin, wo man rauben kann, wo man noch eine billige Förderung zustande bringt.“

Das ist ein plastischer Anschauungsunterricht. Infolgedessen begrüße ich die uns auf den Tisch gelegte Einladung, sich einmal eine Zeche von unten zu besehen. Manch einer von uns hat das vielleicht noch nicht getan. Dann bekommt man einfach den Blick dafür, daß die Produktion nicht wie in einer Brötchenbäckerei von Freitagabend auf Samstagfrüh umgestellt werden kann. Das ist im Bergbau nicht möglich, und das war es noch niemals. Deswegen ist die Notwendigkeit, quantifizierte Orientierungsmerkmale zu bekommen, nicht von der Hand zu weisen.

Meine Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an dieser Stelle vielleicht, wo wir unmittelbare Verbindung mit der Öffentlichkeit haben, gewissermaßen als Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, als Vorsitzender dieses Ausschusses, einmal sagen, daß sich das Parlament durch diesen seinen Ausschuß dem brennendsten Problem

des Landes seit der Neukonstituierung des Landtags nicht nur gewidmet, sondern unmittelbar zugewandt hat. (C)

In einer ungewöhnlichen Intensität und Aktivität sind Informationen eingeholt, sind Gespräche geführt worden. Wir haben unmittelbar nach der Neuwahl des Landtags und nach der Arbeitsaufnahme im Herbst unseren Besuch in Luxemburg gemacht und dort festgestellt, daß trotz des Löwenanteils der deutschen Montanfirmen an der Aufbringung der Finanzmittel an Strukturbeihilfen der Hohen Behörde in den letzten Jahren wohl 320 Millionen DMark gegeben worden sind, wovon aber nur ganze 15 Millionen DMark — das sind 5% — den Weg in die Problemgebiete unseres Landes gefunden haben.

Wir haben weiter mit Erstaunen festgestellt, daß wir der erste Besuch eines Parlamentsausschusses in Luxemburg überhaupt gewesen sind.

Wegen der Zuständigkeit für Erdöl und Erdgas ist der Wirtschaftsausschuß bald darauf nach Brüssel zur EWG-Kommission und zu EURATOM gegangen, um auch dort für supranationales Verständnis zu werben. Er konnte das auch mit um so größerem moralischen Recht tun, als in Zeiten der absoluten Mangellage die Kohle in die Länder der Montanunion zu vorgeschriebenen Preisen geliefert worden ist.

Die Initiative des Wirtschaftsausschusses als Vertretung des Plenums wurde in gründlichen Besprechungen, einmal mit der IG Bergbau und Energie unter Führung unseres Bundestagskollegen Walter Arendt in Bochum fortgesetzt, und sie wurde eine Woche später mit dem Unternehmensverband und seinen Herren in Essen weiterentwickelt.

Bei der Untersuchung des Problems stießen wir auf die Tatsache, daß auch die Braunkohle in unserem Lande alles andere als sorgenfrei dasteht. Auch dort haben wir uns an Ort und Stelle als Landtag informiert und das Problem behandelt. (D)

Es war selbstverständlich, daß wir uns darüber hinaus mit der Gesamtvertretung der deutschen Mineralölwirtschaft, die ja bundeseinheitlich organisiert in Hamburg sitzt, auf einer großen modernen Raffinerieanlage über die Problematik unterhielten und den verantwortlichen Herren klarzumachen versucht haben, welches die Konsequenzen einer überstürzten Verdrängungsaktion, einer Abwärtsentwicklung des Wirtschaftszweiges Steinkohle wären, nicht auch zuletzt für die Beteiligten der Mineralölwirtschaft selbst.

Gerade bei dieser Konferenz zeigte sich die Notwendigkeit eines besonderen Gedankenaustauschs, meine Kolleginnen und Kollegen, mit der deutschen Mineralölindustrie, die Herr Kollege Dufhues heute morgen Insonderheit angesprochen hat. Denn dabei wurde uns sehr schnell deutlich, wie differenziert die Lage ist zwischen den international operierenden Giganten der Mineralölindustrie in der Welt, die praktisch den deutschen Mineralölmarkt beherrschen, und den darauf noch tätigen deutschen Restbeständen von Firmen. Ich muß dieses krasse Wort gebrauchen, denn es handelt sich im Vergleich der Größenordnungen in der Tat nur noch beinahe um Erinnerungsposten, die wir als deutsche Volkswirtschaft in diesem modernen und wichtigen Industriezweig überhaupt noch aufrechterhalten.

Dieses Gespräch mit der deutschen Mineralölwirtschaft

(Dr. Lange (FDP))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) hat in diesem Hause vor etwa einer Woche stattgefunden. Und ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß man uns dort eindeutig, auch an Hand von Zahlen, klargemacht hat, daß der Preisdruck der internationalen den Erlös der deutschen Firmen so weit geschmälert hat, daß sie sich in einer ganz bedrohlichen, um nicht zu sagen: fast ausweglosen Lage befinden, wenn kein Wandel in der Gesamtenergiepolitik eintritt.

Auch das müssen die Abgeordneten dieses Landtags zur Kenntnis nehmen und sich damit auseinandersetzen. Das gilt selbst für jene große deutsche Kohle- und Ölgesellschaft, die beinahe als einzige in nennenswertem Umfang im neuesten Erdölland Libyen erfolgreich fündig geworden ist und etwa 3 Millionen Tonnen Rohöl von dort zu ihrer eigenen Versorgung in ihre Raffinerien herholt.

Damit solche Firmen im gnadenlosen internationalen Wettbewerb der Ölwirtschaft bestehen können, müßten ihnen die Möglichkeiten der weiteren Exploration aufrechterhalten oder in neuen Konzessionsgebieten wieder erschlossen werden. Sie wissen sicher, daß es dazu einmal Bohrdarlehen des Bundes gegeben hat; sie sind im Augenblick aus Finanzgründen nicht mehr da.

Es gibt aber einen anderen Weg, und er ist auch viel richtiger. Ich muß bekennen: ich war glücklich darüber, daß die Vertreter der deutschen Mineralölfirmen nicht gekommen sind und uns gesagt haben: Wir brauchen Geld, wir brauchen bare Münze, wir wollen Subventionen! Nein, sie haben gesagt: Schafft eine Ordnung auf dem deutschen Energiemarkt, auf dem Produktenmarkt, dem „Markt der weißen Produkte“, damit wir vom Erlös her wieder — was eigentlich jeder Wirtschaftszweig soll — in die Lage kommen, a) unsere Kosten zu decken und b) aus einem Gewinn heraus weitere Exploration zu treiben, damit eine in deutscher Verfügbarkeit befindliche Rohölbasis in der Welt erschlossen und in Betrieb genommen werden kann.

- (B)

Der Wirtschaftsausschuß kam dann zu der Erkenntnis, daß es nicht nur ein Problem des Steinkohlenbergbaues in unserem Lande gibt, sondern ebenso ein solches der Braunkohle und der deutschen Mineralölfirmen, sowohl was deren Anteil an der Förderung im Gebiet der Bundesrepublik — da werden bekanntlich auch 8 Millionen gefördert — als auch deren Anteil an der Förderung in Übersee angeht. Dazu kommt schließlich, daß sich die Hoffnungen auf eine Verbreiterung der deutschen Basis im Erdgas auf dem Festlandssockel vor der Nordseeküste offensichtlich nicht haben realisieren lassen.

Das Leitmotiv aller energiepolitischen Debatten — da haben wir uns in diesem Hause nicht unterschieden — und jeder Landesregierung, auch der vorangegangenen, war, sichere und möglichst billige Energie zu haben. Wie schwer diese Elemente zu vereinen sind, wird uns von Debatte zu Debatte deutlicher.

Lassen Sie mich jetzt einige Sätze zur sicheren Versorgung sagen! Ich habe bereits am 1. Dezember 1964 ausgeführt, daß die Verfügbarkeit von Energieträgern in einer zumindest für Notfälle ausreichenden Größenordnung gegeben sein sollte. Ich meine, wir sollten uns einmal Gedanken darüber machen, daß eine Größenordnung auch etwas mit einer Zahl zu tun hat. Ich will jetzt keine neue Förderrichtzahl nennen. Ich will nur fragen,

ob eine eigene Basis — die Grundlast wird ja immer noch von allen bejaht — denkbar ist, wenn sie unter die Größe von einem Drittel oder gar einem Viertel herabsinken sollte. Ich meine, daß die absolut unterste Grenze, bei der man noch von einer eigenen Basis und Grundlast sprechen kann, bei einem Viertel liegt. Dabei meine ich nicht nur die Steinkohle, sondern alles das, was wir hier im Lande in eigener Verfügbarkeit haben, bis zur Wasserkraft, bei der wir in manchen Jahren — wie gerade jetzt — eine gute Darbietung haben. Selbstverständlich sind hier auch unsere Braunkohle und die deutschen Erdölbohrungen im Lande eingeschlossen.

Diese Verfügbarkeit ist in einer modernen Welt vielleicht der wirkliche Schlüssel zur wirtschaftlichen und letztlich sogar politischen Unabhängigkeit, ja in einer Notlage eine Frage von Leben und Tod, ohne daß ich damit dramatisch oder pathetisch werden will. Von da her gehen — so habe ich damals schon gesagt — liegt in der Frage, ob man eine Energie s i c h e r u n g s p o l i t i k treiben will, die einzige wirkliche energiepolitische Entscheidung. Verneint man sie, dann braucht man sich über das ganze andere Problem, das wir auch heute wieder behandelt haben, keine Minute länger zu unterhalten; das ist dann verlorene Liebesmüh. Dann lassen wir die Dinge auch in diesem Raume laufen.

Mein Kollege Kienbaum hat sich, glaube ich, auch schon gemeldet. Er war damals Minister. Ich wurde von der damaligen Opposition durch den Zwischenruf unterbrochen, ob auch Herr Kienbaum als Minister Eingriffe in die Wettbewerbssituation zwischen Kohle und Öl bejahe. Das ist selbstverständlich geschehen. Er steht dabei — aber das wird er selbst darlegen — auch ordnenden Maßnahmen positiv gegenüber. Dabei mögen sich da und dort graduelle Unterschiede auftun. Aber das ist die Frage: Will man diese politische Entscheidung? Hält man sie für ein Ziel?

Sicherlich gibt es nicht ganz wenige kluge, sehr kluge Leute — vor allem außerhalb dieses Landes, aber auch in Nordrhein-Westfalen selber —, die meinen, daß es keine Notwendigkeit für eine solche energiepolitische Entscheidung gibt, die natürlich Kosten und Opfer erfordert. Diese Leute sollten in den letzten 24 Stunden etwas nachdenklicher geworden sein und sich fragen, ob sie im vollen und wahren Sinne einer politischen Vorsorge handeln, wenn sie diesen Standpunkt aufrechterhalten.

Blicken wir doch einmal auf die einigermaßen gesicherten Bedarfsschätzungen der nahen Zukunft! Der Primärenergiebedarf steigt rapide. Man rechnet mit einem Anstieg von $5\frac{1}{2}$ Milliarden Tonnen Steinkohleneinheiten im Jahre 1966 auf etwa 20 Milliarden Tonnen im Jahre 2000, also um das Vierfache. Dabei kommt es in dieser groben Vorausschau auf ein oder zwei Milliarden nicht an. Im EWG-Raum wurden im Jahre 1966 640 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten gebraucht. Für den gleichen Raum rechnet man mit 1300 Millionen Tonnen im Jahre 2000. In modernen Industriestaaten — USA und Sowjetunion, aber auch im ganzen Ostblock, China wollen wir hier nicht einbeziehen, weil das zu schlecht zu übersehen ist — wird die Förderung der Steinkohle im nächsten Jahrzehnt gesteigert. Darin kann ich doch nur den Beweis sehen, daß nicht die Kohle als Rohstoff selbst unmodern und unbrauchbar geworden ist, sondern daß hier Kostenfaktoren entscheidend mitwirken, die bei un-

(Dr. Lange (FDP))

(A) serer Betrachtung eben mit abgewogen werden müssen. Die Bundesrepublik verfügt über den größten und leistungsfähigsten Steinkohlenbergbau in der Gemeinschaft und ganz nebenbei über die einzige bedeutende Koks-kohlelagerstätte der Gemeinschaft. Es ist vielleicht auch nicht uninteressant zu wissen, daß im Yorkshire Revier in England zur Zeit das größte thermische Kraftwerk der Welt überhaupt auf Kohlebasis mit einer Größenordnung von fast 2000 MW und mit einem Jahresverbrauch von 5 Millionen Tonnen Kohle in der ersten Ausbaustufe gebaut wird. Die zweite Stufe soll einen zusätzlichen Jahresverbrauch von 4 Millionen Tonnen erbringen. Daran lese ich ab, daß andere mit uns konkurrierende Industrienationen nicht im Grundstoff Kohle selbst ein Element sehen, dem man den Abschied geben muß. Erdöl und Erdgas werden bei dieser Prognose mittel- und langfristig den Zuwachs des Energiebedarfs allein nicht decken können. Die Atomenergie, die wir heute sehr wenig behandelt haben — ich habe auch nicht vor, das zu tun —, rechnet niemand zu den Energieträgern, die vor Mitte der siebziger Jahre merklich an der Deckung des Bedarfs mitwirken werden. Über 10 oder 15% hinaus werden es selbst in den USA bis zu diesem Zeitpunkt nicht sein. Dabei erhebt sich für den Politiker die Frage: Was geschieht dann, wenn das so ist, vom Jahre 1967 bis zum Jahre 1975? Es muß das Ineingreifen der Entwicklungen koordiniert werden.

Lassen Sie mich bei dieser Betrachtung auch noch einmal die Funktion des Preisregulators der heimischen Energie zur Vermeidung von völliger Preisabhängigkeit von den Exportenergien ansprechen. Dazu weise ich auf die bereits bestehende Auslandsabhängigkeit im Mineralölbereich in der Bundesrepublik hin. Bei Rohöl-Pipelines gibt es 90% Auslandsbesitz, bei Raffinerien 70%, bei der Erdölgewinnung 64% und bei Erdgas 53%. Das sind Zahlen, die an sich, allein für sich betrachtet, nicht schrecken müßten, wenn wir die Gewähr hätten, daß die Dinge uns dabei nicht ganz aus der Kontrolle geraten.

(B) Nun komme ich zu dem, was sich auf der Bonner Bühne tut. Wir Freien Demokraten verfolgen mit besonderem Augenmerk das, was dort, seit sich die Große Koalition etabliert hat, geschieht und wie man mit dem Problem, das der Herr Ministerpräsident als einen Prüfstein der Bewährung der Bonner Regierenden bezeichnet hat, fertig wird. Der erste Schritt ist getan worden; vielmehr er soll getan werden. Das Kabinett hat ein Gesetz verabschiedet, das nun den Weg in das Parlament nimmt. Nach Auffassung meiner Fraktion — die Auffassung wird sicherlich in diesem Hause weithin geteilt, das entnehme ich den Beiträgen, die heute morgen geleistet worden sind — bedarf das neue Gesetz zur Anpassung und Gesundung des Steinkohlenbergbaues und der Steinkohlenbergbaugebiete der Erweiterung und Ergänzung. Eindeutig muß klargestellt werden, daß die von vielen befürchtete Schrumpfung des Bergbaues — das kommt auch in unserer Entschließung zum Ausdruck — nicht das alleinige Ziel dieses Gesetzes ist. Eine Ordnung des gesamten Energiemarktes ist daher das Gebot der Stunde. Der Bergbau muß aus Gründen, die ich Ihnen vorhin plastisch darzulegen versucht habe, mindestens Orientierungshilfen von drei bis fünf Jahren Vorausschau bekommen, wobei ich sagen will, daß man dann, wenn sich diese Zeitspannen ihrem Ende zuneigen, natürlich Zwischen-

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

prüfungen machen muß, um wieder rechtzeitig neue Orientierungshilfen zu geben. Diese sind zu quantifizieren, wenn anders nicht der Anpassungsprozeß in ein heilloses Desaster nach dem Motto „Rette sich, wer kann!“ abrutschen soll. (C)

Die FDP-Fraktion begrüßt es, daß der Steinkohlenbergbau im Zuge der vorgesehenen Regelungen eine unternehmenspolitische Neuordnung nach Größe und Gliederung erhalten soll, die seinen Fortbestand sichert. Es muß erwartet werden, daß die Bergbauunternehmungen selbst alles in ihren Kräften Stehende tun, den hoch anzuerkennenden Produktivitätsfortschritt der letzten zehn Jahre fortzusetzen und den größtmöglichen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit ihres Produktes Kohle selbst zu erbringen.

Ein ganz entscheidendes Gewicht hat der Ministerpräsident — dabei weiß er sich nicht nur mit der Koalition, sondern sicherlich auch mit der Opposition einig — auf die Streckung im sogenannten Anpassungsprozeß gelegt. Ich teile diese Skepsis — ich habe das vorhin dargelegt —, daß sehr bald ein Wettrennen um Investitionen im Ruhrgebiet beginnen wird, trotz der Konzentration der Mittel, die wir im Haushalt vorgesehen haben.

In der Zwischenzeit aber muß dem Land und seinen Abgeordneten die Sorge und die Verantwortung für die Menschen obenan stehen. Der soziale Teil des geplanten Kohlegesetzes ist deswegen, so glaube ich, nirgends strittig. Er kann und muß trotz der Einmaligkeit der vorgesehenen Leistungen bejaht und begrüßt werden. Ich tue das ausdrücklich auch namens meiner Fraktion.

(D) Nehmen wir aber einmal ein konkretes Beispiel, das zeigt, vor welche Entscheidungssituation wir jetzt in dieser Lage gestellt sind. Greifen wir das Beispiel Concordia heraus. Nehmen wir einmal die soziale, die wirtschaftliche und die menschliche Aufrechnung vor. Dort sind 4000 Arbeitnehmer. Sie produzieren in einem Jahr — die Zahl von 1966 liegt mir vor — etwa 1,5 Millionen Tonnen Steinkohle. Eine Raffinerie der heutigen Größenordnung mit 3 Millionen Tonnen Durchsatz ist eine Normalgröße. Sie braucht für das Doppelte — dabei lasse ich den höheren Heizwert gegenüber der Steinkohle einmal außer Betracht — vielleicht 300 oder 400 Mann. Wer würde denn da überhaupt noch eine Minute zögern, zu fragen: Wenn ich mit 400 Mann 3 Millionen Tonnen erzeuge, warum soll ich dann mit 8000 Mann mühselig die Kohle aus der Erde holen? Also sofort zumachen, aufhören und neue Raffinerien hinstellen! Man wird dann allerdings nicht an der Frage vorbeikommen, ob von den 8000 Mann nur noch 400 ihren Arbeitsplatz haben und 7400 keinen! Meine sehr geehrten Kollegen, wir stoßen mit einem solchen Entschluß unter Umständen Menschen in eine Situation, in der ihr ganzer Lebensinhalt auch dann in Gefahr geriete, wenn wir in der Lage wären, auf sehr, sehr lange Zeit hinaus den vollen Lohnausgleich zu gewähren. Dies ist das schreckliche Dilemma, in dem sich die Verantwortlichen der Politik befinden, wenn es hart auf hart geht. Wir wissen um die Unausweichlichkeit des Schrumpfungsprozesses. Er muß stattfinden, ja, er muß sogar schnell stattfinden, damit ein Gleichgewicht hergestellt werden kann. Aber wir müssen uns eben auch fragen, ob eine Preisdifferenz bei schwerem Heizöl von 12 bis 15 Mark der allei-

(Dr. Lange (FDP))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) nige Maßstab dafür sein kann, ob wir jetzt zu solchen einschneidenden Maßnahmen in einer Zeitabfolge kommen können, die es uns nicht erlaubt, rechtzeitig andere Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Damit die von mir jetzt umrissenen Ziele der Energiepolitik erreicht werden können, müssen also, wie es auch in unserem Entschließungsantrag vorgesehen ist, unverzüglich ganz bestimmte Maßnahmen ergriffen werden.

Die Verwirklichung der in den energiepolitischen Entschließungen dieses Hohen Hauses in den letzten Jahren einstimmig vorgetragenen Forderung nach einem temporären Eingriff in den Zufluß der Mineralöl- und Erdgaszufuhren mit dem Ziel der Beschränkung auf den tatsächlichen Zuwachs kann nun nicht mehr länger aufgeschoben werden. Ich halte es für verhängnisvoll, wenn die für die Einleitung der dazu unerläßlichen Maßnahmen zuständige Bundesregierung eine weitere Verzögerungstaktik einschlägt. Der § 10 AWG gibt die Handhaben. Natürlich bedarf es der Verhandlungen und des politischen Willens zum Durchstehen gegenüber den europäischen Partnern, um diesen Plan auch durchzusetzen. Es erscheint uns nach Prüfung aller Problemkreise ferner angemessen, alle Energiearten dieses Landes unter das Energiewirtschaftsgesetz mit seinen Auflagen, die für alle gleich sind, zu stellen, damit vor allem das Ziel einer sinnvollen Begrenzung des Heizölangebots erreicht werden kann.

Im Sinne einer solchen energiepolitischen Gesamtordnung aber kann es nicht bei der Bestellung eines bloßen Kohlebeauftragten bleiben. Meine Fraktion hat die stärksten Bedenken dagegen, daß dieser Beauftragte bei Beschränkung seiner Tätigkeit ausschließlich auf den Rohstoff Kohle zu einer fast omnipotenten Zentralfigur gemacht werden soll. Was soll dieser „Kohle-Papst“ alles ermitteln, schätzen können und schließlich empfehlen bzw. anordnen?! An Hand seiner Schätzungen sollen jeweils unmittelbare Eingriffe in den nach wie vor, wie es Herr Schiller ja will, privatwirtschaftlich geführten Bergbau und in seine Unternehmungen vorgenommen werden. Die Verpackung, mit der die Maßnahmen im Gesetz angekündigt werden, hat die wunderbare Vokabel „Empfehlungen“. Ich glaube, es wäre für Sprachforscher interessant, einmal die Bedeutungsfacette, den Umfang dessen zu erforschen, was man alles an Inhalt in den Begriff „Empfehlungen“ hineinpacken kann. Ich meine, dem Herrn Schiller, der in manchen Kreisen schon beziehungsreich der Wortschatzminister genannt wird, ist hier ein besonderer Volltreffer gelungen, um das, was er eigentlich will, in die herrlichste Umschreibung zu kleiden. Hier ist ein ganz harter Befehl da, ein Dirigismus in schärfster Form; denn seine „Empfehlungen“ sind mit einem ganz harten finanziellen Pönale belegt für den Fall, daß sie nicht befolgt werden.

Noch ein Weiteres! Ich möchte nicht die Argumente wiederholen, die hier für die Ausweitung der Institution des Kohlebeauftragten zu einem solchen Energiebeauftragten oder gar einem Energieministerium vorgebracht worden sind. Wir haben übrigens viele andere, wesentlich weniger wichtige Ministerien in Bonn! Aber ich frage einmal — und die Landesregierung muß das in ihren Rücksprachen mit Bonn klären —: Wann soll denn dieser Kohlebeauftragte, wie er jetzt heißt, tätig werden können? Ernannt werden kann er erst, wenn das Gesetz ver-

abschiedet ist. Niemand rechnet damit, daß das vor dem Herbst dieses Jahres geschehen wird; manche sagen sogar: nicht vor dem 31. Dezember. Er wird dann also im Jahre 1968 damit beginnen, seine Daten zu sammeln. Was glauben Sie, wann er die ersten Empfehlungen aussprechen kann? Die wird er zu Ende des Jahres 1968 mit Wirkung für das Jahr 1969 von sich gegeben haben. Ja, was sage ich denn hier in diesem Hause? Wer glaubt denn, daß er im Jahre 1969, im Vorjahr eines neuen Wahljahres, den schmerzhaften Anpassungsprozeß komprimiert vollziehen kann, nachdem wir jetzt, wenn der Einzelfall an uns herantritt, wenn die einzelne Schließung ansteht, sagen: „Aus gut erwogenen Gründen jetzt nicht!“ Es ist doch unvorstellbar, daß an Hand des neuen Gesetzes von Bonn gewissermaßen so im Schlußgalopp, beginnend in zwei, drei Jahren, 30 oder 35 Millionen Tonnen Kohleförderung stillgelegt werden. Dann kommt, Herr Kollege Dufhues, in ganz kurzer Zeitabfolge dreißigmal „Concordia“ auf uns zu. Wer kann das wollen, wer kann das sehen, und wer will einem einzelnen Mann zumuten, das auf sich zu nehmen, dem man zuerst einmal zur Ermittlung seiner Daten einen gewaltigen Apparat zur Verfügung stellen muß!

Wir können von unserer Fraktion aus also das Bemühen der Landesregierung um Erweiterung, um Ergänzung der Kompetenzen in Richtung auf einen Energiebeauftragten nur stärkstens unterstützen. Sollte das nicht erreicht werden können, müßte man eben andere Wege finden, auf denen man das Ziel ansteuert, das wir anstreben.

Ich melde größte Skepsis dagegen an, daß dieses Gesetz — das Schönste daran, so empfinde ich es, ist die Überschrift, die es bekommen hat: „zur Anpassung und Gesundung des Steinkohlebergbaus“ — gar der alleinige Schlüssel zur Lösung der Probleme dieses unseres Landes sein könne. Ich würde auch sagen, daß die Landesregierung nunmehr ohne Scheu — jetzt nicht mehr in Luxemburg, sondern in Brüssel — einmal ihre Forderungen anmelden muß, auch überörtliche, supranationale Hilfen im Weg der Reziprozität heranzuholen. Wir haben geliefert, als Kohle rar, teuer und hochbegehrt war. Wir müssen auch erwarten, daß wir Hilfe bekommen, wenn wir umstrukturieren müssen.

Ein gleiches Recht haben wir auch, so meine ich, Herr Ministerpräsident, gegenüber den anderen Ländern, die wir ja viele, viele Jahre hindurch bis heute, bis in diesen Haushalt hinein mit nicht kleinen Mitteln, die in der Summe die Höhe von Milliarden überschritten haben, mit Hilfe zur Lösung von Problemen ausgerüstet haben, die sie hatten, deren Untersuchung im einzelnen auch nicht unsere Sache war. Wann haben wir uns hier darüber unterhalten, welche Probleme damals Bayern oder Hessen als Empfänger unserer Finanzhilfe hatten? Wir haben sie gegeben. Wir haben unterstellt, daß dort in der Tat Probleme bestanden, daß wir als ein damals noch wirtschafts- und finanzkräftiges Land diese Hilfe zu erbringen hatten. Man kann erwarten, daß die anderen Länder dem Kohleland Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ebenfalls dieses Verständnis entgegenbringen.

Meine Kollegen, ich fasse zusammen und komme sehr schnell zum Schluß.

(Dr. Lange (FDP))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Das Problem werden wir am Ende dieser heutigen Debatte keinesfalls gelöst haben. Das Ziel ist klar. Niemand könnte in der Politik dieses Landes verantwortlich auftreten, würde er nicht nach wie vor sagen, daß dem hier liegenden Rohstoff Kohle die Grundlast der Energieversorgung erhalten bleiben müsse. Der Weg dazu ist ungeheuer schwierig, und die besten Vorsätze allein können uns dabei nicht helfen.

Ich habe Ihnen gesagt, welche Bedenken — sie werden sicherlich von meiner Fraktion und von manchem unter Ihnen geteilt — ich hinsichtlich des Timing habe, hinsichtlich des Zeitplans bis 1970 oder 1971. Auch der Regierungschef dieses Landes hat angekündigt, daß eine solche Eskalation und eine solche Zeitenfolge kaum möglich sein werden.

Lassen Sie mich aber auch zum Absatz etwas sagen, der ja ebenfalls eine ungeheuer wichtige Rolle spielt! Bei anderen Produkten, aber nicht bei einem Grundstoff wie der Energie, die man ja beinahe der Infrastruktur zurechnen müßte, würde man sich sagen: Das ist das allein Entscheidende überhaupt. Wie können wir den Absatz fördern?

Ich will das alles nicht wiederholen, sondern nur diesen einen Gedanken noch aussprechen: Warum haben wir uns nicht schon einmal etwas mutiger vorgenommen, dort, wo das Land Bauherr ist und Großbauten allein durchführt oder hohe Zuschüsse dazu gibt — selbstverständlich nicht in Kleinkaktionen, im Wohnungsbau und ähnlichen Dingen, sondern dort, wo Kraftwerke, Universitätsbauten, große Krankenhäuser errichtet werden müssen — einfach die Auflage zu machen, daß der Rohstoff Kohle dabei einzusetzen ist? Warum scheuen wir uns da eigentlich? Wir würden meines Erachtens in mancher Argumentation etwas glaubwürdiger sein, wenn wir das einmal in den Kreis unserer Überlegungen einbezögen.

(Zuruf von der CDU: Das gilt auch für die Kommunen)

Meine Kollegen, ich möchte alle warnen, sich bei dem Gedanken zu beruhigen, daß jetzt in Bonn — das begrüßen auch wir — offenbar die Erkenntnis eingekehrt ist, jetzt sei der Zeitpunkt da, da man in der Energiepolitik etwas tun müsse. Die Leute dort mögen sich nun auf dem Wege der Besserung befinden. Das Ziel der Klasse haben sie nicht erreicht. Es ist nicht erreicht mit einem solchen Gesetzentwurf, der nach meiner Meinung energiepolitische Ziele kaum andeutet, der sich vielmehr nur mit dem Ab- und Rückzugsvorgang der Kohle — sicherlich in verdienstvoller Absicht — beschäftigt.

Eben aus dieser verzweigungsvollen Lage heraus werden Pläne über Pläne geboren. Das ist nun so bei Leuten, die in Bedrängnis geraten. Sie beschäftigen sich damit. Dann gibt es eine Unzahl solcher Pläne. Heute morgen haben wir mit Überraschung das letzte Derartige gelesen. Allerdings ist Walsum, Herr Kollege Dufhues, das wissen wir alle, eine Einzelzeche ohne jeglichen Verbund, ohne die damit verbundenen Probleme. Sie sucht nun als Einzelzeche für sich zu überleben, ohne mit den Vorgängen ringsum belastet sein zu wollen.

(Zuruf des Abg. Dufhues (CDU))

- Meine Kollegen, am Schluß dieser Aussprache sollte die klare Erkenntnis stehen und die Aussage nach außen wie auch das Vertrauen darauf, daß kaum an einer anderen Stelle der Bundesrepublik eine so umfangreiche und so gute Infrastruktur bereits vorhanden ist, daß außerdem — was mindestens ebenso wichtig oder noch wichtiger ist — kaum an einer anderen Stelle industriell trainierte, fleißige, berufstreue Menschen so zahlreich vorhanden sind wie eben im Revier, daß wir daher die große Chance haben, mittel- und langfristig betrachtet diesen Kernraum unseres Landes und der Bundesrepublik wieder zu dem zu machen, was er traditionell seit Beginn der Industrialisierung gewesen ist: zum Herzstück der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren, ich nehme an, daß Ihnen jetzt der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion vorliegt.

(Widerspruch)

— Dann wird er aber während der Ausführungen des jetzt folgenden Redners verteilt werden, so daß Sie ihnen dann wohl besser folgen können.

Das Wort hat Herr Abg. Lemmer von der Fraktion der CDU.

- Lemmer (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte der großen Zahl sicherlich guter Analysen, die hier heute zur Situation im deutschen Steinkohlenbergbau gegeben worden sind, keine neue hinzufügen, sondern lediglich noch einige Anmerkungen zu den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten machen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in der Vergangenheit mehr als einmal an die Gemeinsamkeit in der Kohlefrage appelliert. Sie haben damals, im Dezember 1964, das Wort von der „Kohlefraktion“ geprägt, um uns, die wir damals in der Regierung waren, die Möglichkeit zu geben, in Bonn entsprechend stärker vorstellig zu werden.

Nun, wir haben die Rollen getauscht. Sie haben heute mit der Bundesregierung zu verhandeln, und Sie sehen, daß es nicht immer sehr einfach ist, in diesem Konzert der Bundesrepublik, in ihrer Vielfalt der Landschaften die Interessen, die speziellen Interessen dieses Landes, die sich eben nur auf Nordrhein-Westfalen — und auf das Saarland — beschränken, entsprechend zur Geltung zu bringen. Sie haben deshalb gefordert — diese Forderung unterstützen wir —, daß dieses Land mehr Einfluß in dem beabsichtigten Gesetzgebungswerk gewinnt. Sie haben hier auch darauf hingewiesen, daß der Bundeswirtschaftsminister Ihnen einige Zusagen gemacht hat. Sie haben aber auch hingewiesen auf eine Rede des Bundeskanzlers auf dem Parteitag der CDU in Braunschweig.

Nun haben Sie, Herr Ministerpräsident, zu Herrn Kollegen Dufhues gesagt, wenn man zitiere, müsse man richtig zitieren. Ich hoffe, dieses Zitat, Ihr Zitat, so richtig verstanden zu haben. Deshalb darf jetzt ich meinerseits nochmals zitieren, was der Herr Bundeskanzler in Braun-

(Lemmer (CDU))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) schweigend gesagt hat. So hört es sich nämlich etwas anders an als so, wie Sie es gesagt haben. Ich hoffe, daß wir von einem gemeinsamen Test ausgehen.

Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren. Der Bundeskanzler hat gesagt:

Meine Freunde, die Anpassung und Gesundung des durch die strukturellen Veränderungen insbesondere im Ruhrgebiet betroffenen deutschen Steinkohlenbergbaues — einer unserer Freunde hat die Sorgen hier in eindrucksvoller Weise vorgetragen — ist in der Tat eine der dringendsten Aufgaben der Bundesregierung. Wie lange schleppen wir das Problem nun mit uns? — 10, 11, 12 Jahre. Es stand immer auf der Tagesordnung, blieb aber auch da.

Auch wir, das füge ich jetzt hinzu, haben es ja heute zum dritten Male auf der Tagesordnung dieses Parlaments.

Und dann fährt der Bundeskanzler fort:

Meine Damen und Herren, ich bin entschlossen, hier im Rahmen des überhaupt Menschenmöglichen so rasch wie möglich das zu tun, was getan werden muß.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin der Meinung, so stellt es sich etwas anders dar, als es sich heute morgen anhörte.

(Zurufe von der SPD — Ministerpräsident

Kühn: Wörtlich mein Zitat! — Pürsten (CDU):

Sie haben die SPD-Ausgabe! — Ministerpräsident

- (B) Kühn: Wörtlich mein Zitat!)

Präsident van Nes Ziegler: Herr Lemmer, ich habe Wortmeldungen vorliegen. Wollen Sie Zwischenfragen gestatten?

(Lemmer (CDU): Bitte schön!)

— Herr Rau, bitte schön.

Johannes Rau (SPD): Herr Kollege Lemmer, können Sie mir sagen, worin sich das Zitat, das der Herr Ministerpräsident verlesen hat, und das von Ihnen angeführte Zitat des Bundeskanzlers außer in der Stimmlage des Vortragenden sonst noch unterscheiden?

(Beifall bei der SPD)

Lemmer (CDU): Herr Kollege Rau, es gibt ein altes Sprichwort, das besagt, daß der Ton die Musik mache.

(Johannes Rau (SPD): Volle Zustimmung!)

Insofern ist die Stimmlage schon sehr beachtlich und sehr berechtigt.

Lassen Sie mich noch ein weiteres sagen. Wenn ich mich recht erinnere, hat der Herr Ministerpräsident heute morgen von Fehlern in der Energiepolitik gesprochen. Ich müßte mich sehr getäuscht haben, sollte ich das mißverstanden haben. Deshalb habe ich noch einmal in der Sache zitiert. Es sind also diese beiden Gründe.

Sie haben sodann, Herr Ministerpräsident, darauf hingewiesen, welche Verpflichtungen die Landesregierung eingegangen ist. Insbesondere haben Sie auf die stabili-

sierenden Elemente der Verstromung und der Kokskohle-Subventionen hingewiesen. Sie haben weiterhin darauf hingewiesen, daß die zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe bereits vorhanden waren, als Sie die Regierung übernahmen. Sie haben diese Vorlagen zwar als bedrucktes Papier bezeichnet. Nun frage ich mich aber, Herr Ministerpräsident, ob Gesetze das nun nicht einmal so an sich zu haben pflegen, daß sie zunächst nur bedrucktes Papier sind. Ich bin der Meinung, es ist entscheidend, daß sie zunächst einmal im Wortlaut erscheinen, und daß damit ein Instrument geschaffen wird, mit dessen Hilfe man diesem Problem zu Leibe rücken kann.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich nun noch etwas zur Frage des Vetorechts sagen. Wir sind uns darin einig — Herr Staatssekretär Prof. Dr. Halstenberg war dabei — daß das Vetorecht seinerzeit bei uns in die Verhandlungen gelangte, die im Dezember vergangenen Jahres geführt wurden. Bei diesem Vetorecht — und das hat der Kollege Dufhues heute morgen gesagt — kommt es in erster Linie darauf an, es so zu handhaben, daß dadurch Zechen ihre Absatzmöglichkeiten nicht verlieren. Wir sollten also kein Vetorecht einlegen, ohne uns gleichzeitig darüber Gedanken zu machen, was mit der Förderung, was mit dem Absatz zu geschehen hat. Wenn wir aber unser Veto einlegen, ohne uns konkrete Vorstellungen über den Absatz zu machen, bleibt — und das ist auch die Konsequenz dessen, was wir sehen müssen und was der Kollege Dufhues gesagt hat — den betroffenen Zechenleitungen möglicherweise nur der Weg zum Konkursrichter übrig. Das sollten wir im Interesse der Kommunen und insbesondere im Interesse der betroffenen Bergleute verhindern. Andernfalls ist es aus mit dem Sozialplan, dann ist es aus mit geordneter Stilllegung, dann bestimmt praktisch der Konkursrichter das Tempo. Und das kann doch nicht gemeint sein mit dem Vetorecht. In dieser Auslegung sind wir uns im Grunde, wie ich hoffen darf, einig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sodann haben Sie, Herr Ministerpräsident, einen Satz gesagt, den ich unterstreichen möchte. Sie haben ausgeführt: Kohlepolitik ohne Energiepolitik ist unmöglich. Es ist unmöglich, die Fragen der Kohlepolitik zu lösen, wenn wir nicht gleichzeitig an die Fragen der Energiepolitik herangehen. Das sollten wir als übergeordneten Gesichtspunkt sehen. Deshalb haben wir diesen Gedanken unserem Entschließungsantrag zugrunde gelegt, den ich Ihnen nunmehr begründen darf.

Der Entschließungsantrag, Herr Präsident, trägt die Nr. 306, und Sie haben angeregt, ihn im Wortlaut zu verlesen. Ich möchte so verfahren, wie es Herr Kollege Haferkamp getan hat: daß ich die einzelnen Punkte verlese, und daran meine Bemerkungen anschließe.

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
Betrifft: Wirtschaftliche und soziale Lage im Ruhr- und Wurmrevier

Die Landtagsfraktion der CDU begrüßt die schon getroffenen und auf der Grundlage des Gesetzentwurfs des Bundes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete vorgesehenen Sozialmaßnahmen.

(Lemmer (CDU))

- (A) Lassen Sie mich zunächst etwas zu den schon getroffenen Maßnahmen sagen! Bei den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten konnte man nämlich das Gefühl haben, als ob Energiepolitik erst seit der Zeit gemacht worden wäre, seitdem die Regierung von Ihnen, Herr Ministerpräsident, geführt wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Sie da einem sehr gründlichen Irrtum aufgesessen sind!

(Widerspruch bei der SPD — Beifall bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren, kann ich zu Zeugen anrufen, die Sie schon Mitglieder des Hohen Hauses gewesen sind, als die früheren Energiedebatten — am 15. März des vergangenen Jahres und im Dezember des Jahres 1964 — stattgefunden haben.

(Böhm (SPD): Genau da!)

— 1964, Herr Böhm, hat es einen gemeinsamen Entschließungsantrag gegeben. Durch nichts, glaube ich, wird deutlicher, daß wir uns in den Maßnahmen der Energiepolitik einig waren,

(Zuruf von der SPD: Der Kohlepolitik!)

— in den Maßnahmen der Kohlepolitik einig waren — Sie von der SPD-Fraktion hatten damals zur Energie keinen Zusatzantrag gestellt; lassen Sie mich das auch einmal sagen —, durch nichts wird das deutlicher als dadurch, daß es damals zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist.

- (B) (Zurufe von der SPD: Richtig! — Pürsten CDU):
Vor der Wahl! Haben Sie das denn vergessen?)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, am 15. März des vergangenen Jahres ist der Entschließungsantrag an einem Punkt gescheitert.

(Zuruf von der SPD: An zwei Punkten!)

— Nein, an einem Punkt!

(Erneuter Zuruf von der SPD: An zwei Punkten!)

— Bitte, nach meinem Dafürhalten scheiterte der Entschließungsantrag an nur einem Punkt; ich will diesen Punkt einmal nennen, dann können Sie den nach Ihrer Meinung noch fehlenden nachtragen. So werden wir uns sicher sehr schnell einigen.

(Zuruf des Abg. Ermert (SPD))

— Nach meinem Dafürhalten ist der Antrag im wesentlichen an der Frage der Kokskohle-Subvention gescheitert.

(Finanzminister Wertz: Richtig!)

Lassen Sie mich das sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Herr Kollege Haferkamp, wir haben vor dieser Sitzung ein Gespräch geführt, in dem wir versucht haben, eine Entschließung vorzubereiten.

(Zuruf von der SPD: Wir?)

— Ja, wir, und zwar im Landtag, nicht hier im Plenarsaal, sondern draußen im Beratungszimmer.

(Erneuter Zuruf von der SPD: Heute?)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

— Nein, damals, am 14. März; denn am 15. März sollte die Debatte stattfinden. — In diesem Vorgespräch waren wir uns über die Notwendigkeit der Kokskohle-Subvention einig. Wir haben seinerzeit nur gesagt: Bitte, schreibt es nicht in die Entschließung hinein; das gäbe uns bei unseren Verhandlungen mit der Bundesregierung diesmal keine Rückendeckung, sondern nur Schwierigkeiten. (C)

(Widerspruch bei der SPD)

Wir forderten das: Bitte, laßt diese Dinge im Moment draußen; wir müssen der Bundesregierung freie Hand lassen für ihre Verhandlungen in Luxemburg. — Das ist damals der Grund gewesen, warum wir diesen Punkt nicht aufgenommen haben. In der Sache waren wir uns auch hier einig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch nichts wird deutlicher, daß hier keine Abweichung zwischen uns bestand, als eben dadurch, daß es in diesen Fragen keine Alternative gegeben hat. Eine solche Alternative gibt es im Grunde genommen bis heute nicht. Das zeigt doch die Tatsache, daß uns bisher noch kein Ruhrplan gebündelt vorliegt; Sie konnten zu dem, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, keine Alternative entwickeln. Was uns vorliegt, ist der Versuch einer Weiterentwicklung. Und wir wollen gemeinsam weiterentwickeln; denn auch die im Kohleanpassungsgesetz vorgesehenen Regelungen befriedigen offenbar — wenn ich der Diskussion heute recht gefolgt bin — nicht alle hier im Hause. Ich glaube, wir werden nachher gemeinsam feststellen, daß hier noch eine Menge von Zusätzen anzumerken sind.

Nun weiter zum Wortlaut unseres Entschließungsantrages! 1. Die Landtagsfraktion der CDU ersucht die Landesregierung, (D)

sich bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundeswirtschaftsminister, für die Durchführung folgender Maßnahmen einzusetzen:

- a) Der Bundesminister für Wirtschaft ist zu veranlassen, die Oleinfuhr gemäß § 10 Außenwirtschaftsgesetz vorübergehend für einige Jahre so zu beschränken, daß der Ölzuwachs den Zuwachs des Primärenergiebedarfs nicht übersteigt.

Wenn ich vorhin recht zugehört habe bei der Begründung, die Herr Haferkamp gab, ist das ein Punkt, über den in diesem Hohen Hause wohl Einigkeit bestehen wird.

Ich glaube, wir müssen uns über eines im klaren sein, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wenn wir das Problem des Reviers lösen wollen, gehören dazu im Grunde genommen drei Maßnahmen. Es gehört dazu die Maßnahme, den Steinkohlenbergbau geordnet auf das Maß an Förderung zurückzuführen, das wir absetzen können. Gleichzeitig gehört dazu — und das haben Sie, Herr Ministerpräsident, sehr deutlich gesagt —, daß erst dann zurückgefahren wird, wenn entsprechende Arbeitsplätze vorhanden sind. Dazu ist es aber zum Dritten notwendig, daß wir einen gewissen Schutz bieten, daß wir einen Schutzwall errichten, hinter dem diese Operationen möglich sind. Dieser Schutzwall beinhaltet positive und negative Elemente, wenn ich das so ausdrücken darf. Von der Sache her positiv sind die Maßnahmen, die die Kohle-

(Lemmer (CDU))

- (A) Förderung steigern wie das Verstromungsgesetz, wie die Frachthilfe, wie die Kokskohle-Subvention. Negative Maßnahmen, Abwehrmaßnahmen sind dort geboten, wo wir verhindern müssen, daß eine Konkurrenz von Importenergien uns hier eine Energiewoge bringt, die uns außerstande setzt, diese Operation geordnet durchzuführen.

Ich glaube, daß wir das nicht ohne § 10 des Außenwirtschaftsgesetzes erreichen, auch nicht durch die Selbstbeschränkungsmaßnahmen des Herrn Bundeswirtschaftsministers. Mir liegen die Zahlen des ersten Quartals 1967 über die Zuwachsraten an Energie — an leichtem und an schwerem Heizöl — vor. Weitgehend positiv haben sich diese Maßnahmen im ersten Quartal offenbar beim schweren Heizöl ausgewirkt; hier beträgt die Zuwachsrate gegenüber dem ersten Quartal 1966 von 3,2%. Aber beim leichten Heizöl sieht das sehr viel anders aus; dort haben wir gegenüber dem ersten Quartal 1966 im ersten Quartal dieses Jahres eine Zuwachsrate von 14,6% zu konstatieren. Ich glaube, deutlicher kann ich es Ihnen gar nicht beweisen, daß es hier der flankierenden Maßnahmen bedarf, die eben nur mittels § 10 des Außenwirtschaftsgesetzes zu erreichen sind.

Wir meinen jedoch, daß § 10 des Außenwirtschaftsgesetzes bei den Negativmaßnahmen, wie ich sie bezeichnet habe, allein nicht ausreicht. Deshalb schlagen wir Ihnen in unserem Entschließungsantrag weiter vor:

- b) Um die Ausweitung der Raffineriekapazität in geordnete Bahnen zu lenken und die Investitionen unter Kontrolle bringen zu können, sollte der Bund eine Novellierung des Raffineriegesetzes vornehmen.
- (B)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir glauben, daß diese Ergänzung notwendig ist, und hier unterscheiden wir uns von der von Herrn Kollegen Haferkamp eingebrachten Entschließung. Wir können § 10 des Außenwirtschaftsgesetzes nachher einfach nicht mehr glaubhaft anwenden, wenn die Raffineriekapazität ganz erheblich gestiegen ist; das muß im vernünftigen Verhältnis zur Zuwachsrate bleiben. Sonst entfällt im Grunde genommen die Basis für § 10, wenn durch die Anwendung von § 10 nachher z. B. die Hälfte der Gesamtkapazität nicht ausgenutzt werden könnte. — Ich hoffe, ich habe mich in dieser etwas spröden Materie verständlich genug ausgedrückt.

Weiter verlangen wir:

- c) Um den Verdrängungswettbewerb aller anderen Energieträger in geordnete Bahnen zu lenken, sollte der Bund das Pipelinegesetz ergänzen.

(Zuruf des Abg. Schaap (SPD))

— Ich bitte in Vorlage Nr. 1035 nachzulesen. Ich muß Ihnen auf Ihre Frage Antwort geben, Herr Schaap: Es gibt ein Raffineriegesetz, und es gibt ein Pipelinegesetz; nur reichen diese Gesetze nicht mehr aus, da sie keine Genehmigungen beinhalten, sondern lediglich eine Verzögerung um 12 Monate herbeiführen.

(Erneuter Zuruf des Abg. Schaap (SPD))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

Wir meinen also, daß diese Aktion weitergeführt werden muß und daß deshalb diese Gesetze novelliert werden müssen, da inzwischen diese zwölf Monate abgelaufen sind, die Schwierigkeiten, der Umwandlungsprozeß aber noch nicht gelöst werden konnten.

(Zuruf des Abg. Schaap (SPD))

Ich meine, daß Pipelines, die heute die Bundesrepublik durchziehen, den Charakter von Verkehrsstraßen haben, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Regierung läßt zu, daß Straßen wild gebaut werden. Sie müssen in der Tat auch dann genehmigt werden, wenn sie der Staat nicht selber baut. Und da die Pipelines Verkehrsträger allererster Güte sind, sollten wir uns ein Genehmigungsrecht vorbehalten, um diesen großen Bereich ordnen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Wir schlagen Ihnen unter d) vor:

Zur befristeten Stabilisierung einer Absatzmenge des Jahres 1967 sind die Kohleimporte aus Drittländern zu reduzieren. Ferner sind die Exportbemühungen für die deutsche Steinkohle in andere Länder, insbesondere in Länder des Ostblocks, zu verstärken.

Lassen Sie mich gerade zu dieser Importkohle sagen: Wir haben ein Freikontingent von 5 Millionen Tonnen, die insbesondere die nordwestdeutschen Kraftwerke beliefern. Aber zu diesen 5 Millionen Tonnen kommt neuerdings 1 Million Tonnen, das ist nämlich der Bedarf der ehemaligen amerikanischen Besatzungstruppen, der bisher aus der deutschen Kohleförderung gedeckt wurde. Wir meinen, daß sich die Landesregierung bei der Bundesregierung dafür einsetzen sollte — und das beinhaltet unser Entschließungsantrag, Herr Ministerpräsident —, daß die Gesamtsumme von 5 Millionen Tonnen wiederhergestellt wird, daß eben nicht diese 1 Million Tonnen, die hier praktisch zusätzlich hineingekommen ist, mitgenommen wird, ohne daß wir das Gesamtkontingent noch einmal diskutierten.

Präsident van Nes Ziegler: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Reymann?

(Lemmer (CDU): Bitte schön!)

Reymann (SPD): Herr Kollege Lemmer, sind Sie so freundlich und korrigieren Sie den Ausdruck „Besatzungsmächte“, oder hatten Sie — —

Lemmer (CDU): „Ehemalige Besatzungsmächte“ habe ich gesagt!

(Reymann (SPD): Schönen Dank! — Heiterkeit)

- e) Der Preisvorteil des Heizöls gegenüber der Steinkohle ist durch eine befristete Erhöhung der Heizölsteuer zu verringern. Die dadurch zu erzielenden Steuermehreinnahmen sind vom Bund für strukturverbessernde Maßnahmen im Ruhrgebiet zu verwenden.

Meine Damen und Herren, wir sind uns über die Notwendigkeit der Heizölsteuererhöhung in diesem Hause

(Lemmer (CDU))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) einig. Ich meine aber, Herr Ministerpräsident, wir sollten nach den Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, noch einmal sehr deutlich die Zweckbindung fordern. In Artikel 4 des alten Heizölsteuergesetzes ist sie zwar aufgeführt. Aber sie ist ursprünglich als allgemeines Deckungsmittel des Bundes mit in Anspruch genommen worden, und heute dient sie mit als Knappschaffungsausgleich. Wir meinen aber, daß der Bund ohnehin verpflichtet ist, mit allgemeinen Mitteln für den Knappschaffungsausgleich zu sorgen und nicht mit diesen zweckgebundenen Mitteln, die für die Bekämpfung dieser Strukturkrise, die für die Strukturumwandlung zur Verfügung stehen sollten.

(Beifall bei der CDU)

2. Im Ruhrgebiet sind die Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze sowie die Ausweisung von Übergangsarbeitsplätzen zur Verbesserung der Infrastruktur verstärkt zu fördern.

Wir meinen, meine Damen und Herren, daß Infrastruktur in diesem Bereich sehr groß geschrieben werden muß, wenn wir Strukturpolitik machen wollen. Ich habe mich selber oft im Revier davon überzeugt, wo ich mir das Gelände angesehen habe, das zur Verfügung steht. Dieses Gelände würde allerdings erst dann vollwertig werden, wenn hier infrastrukturelle Maßnahmen durchgeführt würden.

Die CDU-Landesregierung ersucht zu diesem Zweck — —

(Heiterkeit bei der SPD)

- (B) — Die CDU-Landtagsfraktion ersucht zu diesem Zweck — ich war meiner Zeit schon voraus, meine Damen und Herren — die Landesregierung,

- a) eine Ergänzung des vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbauggebiete beim Bund zu bewirken. Die Kompetenzen des vorgesehenen Bundesbeauftragten sollten erweitert werden. Ihm sollten mindestens neben dem Bereich der Kohle auch im Bereich der übrigen Energieträger Auskunftsrechte eingeräumt werden; ferner sollten dem Bundesbeauftragten Zuständigkeiten zur Empfehlung von flankierenden Maßnahmen und Strukturmaßnahmen im Bereich des Bundes und der Länder gegeben werden. Schließlich sollten die im Bundesgesetzentwurf vorgesehenen Investitionsprämien regional gezielt eingesetzt werden können und neben den vorgesehenen Investitionsprämien auch Zinssubventionen für Arbeitsplatzzdarlehen vorgesehen werden.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein sehr entscheidender Punkt, so meinen wir. Herr Ministerpräsident, Sie haben darauf hingewiesen — ich darf es noch einmal wiederholen —: Kohlepolitik ist ohne Energiepolitik nicht möglich. Ich sagte deshalb bereits, daß diese Maßnahmen nur durchführbar sind, wenn zusätzlich flankierende Maßnahmen hinzukommen. Ich glaube — Herr Kollege Dufhues hat das heute morgen gesagt —, wir müssen eine Schaltstelle haben, die das ge-

samte Gebiet, die das gesamte Problem übersieht, und das sollte dieser Bundesbeauftragte sein. Er sollte mit seinen Sanktionsmaßnahmen — der Herr Kollege Lange hat besonders darauf hingewiesen — nicht nur empfehlen können, wo wann was stillgelegt wird, sondern er muß auch die flankierenden Maßnahmen und die strukturpolitischen Maßnahmen empfehlen können, damit das Ganze ausgewogen bleibt und sich auspendelt. Sonst ist der Satz einfach nicht haltbar, daß erst dann Zechen geschlossen werden dürfen, wenn neue Arbeitsplätze vorhanden sind. Wenn wir mit dem Bau und der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht in dem entsprechenden Tempo nachkommen, muß eben — ich darf nochmals an das Bild des Schutzwalls erinnern, hinter dem die übrigen Operationen vorgenommen werden — dieser Schutzwall notfalls erhöht oder in seinem Geltungsbereich verlängert werden.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Das übersieht aber im Grunde genommen nur dieser Mann. Deshalb verlangen wir für ihn das Auskunftsrecht. Er muß auch die Empfehlung geben können — auch wenn das jetzt an die Landesregierung geht, Herr Ministerpräsident —, strukturpolitische Maßnahmen in diesem oder jenem Gebiet besonders voranzutreiben. Denn wenn der Bundesbeauftragte sieht, daß er in einem ganz bestimmten Teil des Reviers — ich will keine Städte und Bereiche nennen, um keine Unruhe zu schaffen und weil es vorerst noch ein theoretisches Beispiel ist — eine Stilllegung empfehlen muß und daß dort die strukturpolitischen Maßnahmen noch nicht weit genug vorange-
trieben sind, muß er die Möglichkeit haben, hier diese Dinge zu empfehlen. Deshalb schlagen wir vor, daß er auch über die Investitionsprämien verfügt und sie regional einsetzen kann, und daß sie nicht grundsätzlich und allgemein für das Revier in toto gelten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin Herrn Bundeswirtschaftsminister Schiller ausdrücklich gerade für diese Investitionsprämien gedankt. Ich möchte mich diesem Dank anschließen, um so mehr, als ich der erste war, der im November des vergangenen Jahres — ich war noch Mitglied der Landesregierung — auf einer Tagung der CDU in Köln diese Investitionsprämien vorgeschlagen hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe aber gleichzeitig dazu vorgeschlagen: Bitte nicht global, nicht in Bausch und Bogen, sondern gezielt, und es muß jemand gefunden werden, der sagt: in diesem Bereich ja, in dem anderen Bereich nein! Denn auch im Revier und gerade im Revier gibt es große Unterschiede. Wenn wir Investitionsprämien zulassen, werden sie naturgemäß dort in Anspruch genommen, wo das Revier schon am weitesten entwickelt ist. Es ist ein altes physikalisches Gesetz: Je größer die Masse, desto größer die Anziehungskraft. Je besser die Infrastruktur einer Stadt ist — Schulen, Universität wie etwa in Bochum, Krankenhäuser und Straßenbau —, desto eher ist man geneigt, in diesen Bereich zu gehen. Man geht lieber in den Bereich, wo schon etwas ist, als in jenen, der es am dringendsten nötig hat, der bis zum heutigen Tage praktisch nur vom Steinkohlenbergbau lebt.

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) **Präsident van Nes Ziegler:** Herr Abg. Reymann möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Lemmer (CDU): Bitte schön!)

Wenn sie aber nicht sachgemäß ist, antworten Sie nicht!

(Lemmer (CDU): Ich werde sie prüfen! —
Heiterkeit)

Reymann (SPD): Herr Kollege Lemmer, Sie haben eben erklärt, Sie hätten im November diese Prämien in Vorschlag gebracht. Im November war noch die alte Bundesregierung im Amt. Haben Sie damals auf Ihren Vorschlag eine Antwort der alten Bundesregierung bekommen?

Lemmer (CDU): Ich will Ihnen dazu folgendes sagen. Ich habe damals diesen Vorschlag gemacht, und ich bin beschimpft worden, landauf, landab, nicht nur von Mitgliedern der alten Bundesregierung, sondern auch von Mitgliedern der damaligen Opposition. Ich habe sogar einen sehr bösen Brief von einem Freund bekommen, der ein Parteilfreund von Ihnen ist.

(Heiterkeit)

— Der sagte, das könne doch wohl nicht in Frage kommen —

(Zurufe von der SPD)

— Bitte, ich bin bereit, Ihnen hier Roß und Reiter zu nennen. Es war nicht der große Unbekannte, es war der damalige Bevollmächtigte des Landes Berlin, der damalige Senator Klaus Schütz, der auf mich zugekommen ist und gesagt hat: Das fehlt gerade noch, daß das hier gemacht wird, das wollen wir mal gefälligst auf Berlin beschränkt lassen und nicht auf andere Bereiche ausdehnen!

(B)

(Hört, hört! bei der CDU)

Das ging also durch alle Fraktionen, sowohl beim Bund als auch in anderen Bereichen.

(Zuruf von der SPD: Alles ist in Fluß!)

— Alles ist in Fluß! Alles bewegt sich!

Der Herr Ministerpräsident hat uns vorhin erklärt, daß auch er Schwierigkeiten gehabt habe, zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister gerade diese Investitionsprämien durchzusetzen. Ich verspreche mir aber von dieser Lösung eine besondere Hilfe, weil nämlich dadurch derjenige zum Investieren angereizt wird, der ohnehin mit Gewinn arbeitet, der also Zuwachsraten hat. Das ist bei den Barmitteln, die wir geben, oder bei Zinssubventionen nicht immer der Fall. Aber dennoch müssen wir das eine tun und dürfen das andere nicht lassen. Wir müssen die Investitionsprämie fordern — sie ist durch —, aber wir werden zusätzlich mit Zinssubventionen arbeiten müssen, wenn uns diese Umstrukturierung wirklich ernst ist. Denn wir können nicht nur auf Betriebe zielen, für die die Steuerermäßigung und der Steuergewinn ein genügend großer Anreiz ist. Wir müssen auch mit anderen Bereichen rechnen, wo wir unmittelbar helfen müssen, und deshalb meinen wir: Neben den Investitionsprämien sollten regional gezielt Zinssubventionen für Arbeitsplatzdarlehen vorgesehen werden.

(Finanzminister Wertz: Weshalb haben Sie dann den Haushalt abgelehnt?)

— Wissen Sie, im Haushalt stand auch anderes. Wir haben den Haushalt nicht deswegen abgelehnt, sondern aus anderen Gründen.

Die Fraktion der CDU ersucht die Landesregierung weiter,

- b) in einem Programm alle die Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur im Ruhrgebiet zusammengefaßt auszuweisen, die direkt oder in Kürze in Arbeit genommen werden können.

Wir meinen, Herr Ministerpräsident, daß es eine Menge Vorarbeiten gibt, die geleistet worden sind, und ich glaube, der Chef der Staatskanzlei wird uns als ehemaliger Direktor des Ruhrsiedlungsverbandes am besten bestätigen können, daß beim Ruhrsiedlungsverband und bei den Gemeinden eine Menge Vorarbeit geleistet worden ist, auf die man hier sehr schnell zurückgreifen kann, um infrastrukturelle Maßnahmen durchführen zu können.

(Zustimmung bei der CDU)

Ferner meinen wir, daß ein gesonderter Investitionshaushalt Ruhr vorgelegt werden sollte, der neben den verstärkt geforderten Bundesmitteln zusätzliche Landesmittel zur Schaffung von Dauer- und Übergangsarbeitsplätzen im Ruhrgebiet vorsieht. Da hier in diesem Lande die konjunkturelle Abschwächung — der Abschwung, wie er genannt wird — mit dem strukturellen Wandlungsprozeß zusammentrifft, meinen wir, daß wir etwas Besonderes tun müssen, um auch die konjunkturellen Probleme in den Griff zu bekommen. Der Bund ist durch seinen Investitionshaushalt vorangegangen. Der Bundesfinanzminister hat den Ländern empfohlen, ebenfalls Investitionshaushalte aufzustellen. Wir dürfen diese Empfehlung unterstützen und an Sie, Herr Finanzminister, weitergeben. Wir meinen: Wenn irgendwo in der Bundesrepublik ein Investitionshaushalt gerechtfertigt ist, dann in diesem Lande Nordrhein-Westfalen, wo neben dem konjunkturellen Abschwung der strukturelle Wandlungsprozeß in vollem Gange ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Schließlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ersuchen wir die Landesregierung, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die Bearbeitung aller Energiefragen — und dazu habe ich schon mehrfach etwas gesagt — institutionell in einer obersten Bundesbehörde zusammengefaßt wird. Wir glauben, daß diese Behörde nur so das notwendige Gewicht und auch die notwendige Autorität bekommt, um die Vielfalt der Aktionen und der erforderlichen Maßnahmen zu empfehlen und ihre Durchführung anzuregen. Ich sage es noch einmal: Er muß diese Schaltstelle sein, und zwar nicht nur für die Stillungsmaßnahmen. Es würde sonst einen Sturzflug ohne Ende geben, und wir wüßten nicht, wo er aufhört. Er muß gleichzeitig die Möglichkeit haben, durch flankierende Maßnahmen Schutz zu geben, um hinter diesem Schutz die notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich glaube, wenn wir diesen Weg konsequent gehen, werden wir in der Lage sein, die Probleme des Reviers zu meistern.

(Lemmer (CDU))

- (A) Hier ist schon viel vom Revier gesagt worden. Ich möchte es nicht wiederholen. Aber eines lassen Sie mich Ihnen sagen: Dieses größte zusammenhängende Ballungsgebiet Europas, das im Herzen Europas liegt und durch die EWG in eine besondere Lage gekommen ist, hat so viel Nachfrage und ist ein so großes Verbrauchergebiet, daß es möglich ist — das ist unsere feste Überzeugung —, diese Probleme befriedigend zu lösen.

Unsere Unterstützung, Herr Ministerpräsident, haben Sie bei diesen für die Lebensfragen unseres Landes wichtigen Aktionen. Sie haben uns hier heute morgen aufgefordert, Sie hinsichtlich unserer Freunde in der Bundesregierung zu unterstützen. Wir haben bisher vermisst — Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich auch das sagen —, daß Sie uns auf eine solche Aktion angesprochen haben. Wir sind von uns aus tätig geworden. Vielleicht läßt sich hier in Zukunft auch eine bessere Koordinierung zum Wohle unseres Landes finden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Kühn, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht mehr ausführlich zur Diskussion sprechen, sondern, nachdem die beiden Resolutionen begründet worden sind, die Genugtuung der Regierung zum Ausdruck bringen und Dank sagen für das ungewöhnlich große Maß an Übereinstimmung, das in beiden Resolutionen vorhanden ist. Es entspricht einem parlamentarischen Ritual, daß sich eine Fraktion nicht der Resolution der anderen anschließen kann, sondern jede selbständig ihren Text einbringt. Ich verkenne auch gar nicht, daß in Ihrer Resolution noch zusätzliche, neue Dinge enthalten sind. Da beide Resolutionsverfasser jetzt zu einer Kommission zusammengetreten sind, erübrigt es sich, noch zu den einzelnen Punkten zu reden.

(B)

Ich bin sicher und registriere das für die Regierung mit großer Dankbarkeit, daß aus dieser Debatte eine solche gemeinsame Resolution hervorgeht. Sosehr ich davon überzeugt bin, daß darin eine Verstärkung der Landespolitik zu sehen ist, so hat mich das doch nicht auf die Tribüne gerufen, auch nicht die Absicht, Anmerkungen vorzubringen, die ich sonst noch zur Diskussion machen wollte.

Ich will Ihnen, Kollege Lemmer, bestätigen, daß Sie auf Grund Ihrer Berliner Erlebnisse und Erfahrungen die Investitionshilfe als erster nach dem Berliner Modell damals vorgeschlagen haben. Sie haben einen persönlichen Freund von Ihnen und politischen Freund von mir zitiert, der sich damals dem in den Weg gestellt hat. Ich weiß nun einen politischen und vielleicht auch persönlichen Freund von Ihnen, der nicht mein persönlicher Freund ist, zu zitieren, der sich dem jetzt in den Weg gestellt hat. In dem Brief des Bundesfinanzministers Strauß an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Bundestages wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß solche Investitionshilfen auf die Zonenrandgebiete und die Entwicklungsgebiete, zu denen eben nicht das Ruhrgebiet zählt, beschränkt bleiben sollten. So haben wir eben unseren Ärger mit politischen und persönlichen Freunden. Jedenfalls halte ich es auch da mit Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

Es ist Schiller jetzt gelungen — ich glaube, das sollte das ganze Haus anerkennen —, das eben durchzusetzen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Aber auch dies war es nicht, was mich hierher gerufen hat, sondern es war das, worin ich ein bißchen pingelig bin; ich bin es nämlich im Zitieren. Ich habe heute morgen nicht „indirekt zitieren“, sondern „direkt zitieren“ gesagt. Das Studium des Protokolls wird ausweisen, daß ich genau nach der offiziellen Drucksache der CDU-Bundesgeschäftsstelle zitiert habe, die mir unter dem 30. Mai auf Wunsch zur Verfügung gestellt worden ist. Das Nachlesen im Protokoll wird erlauben, festzustellen, daß mein Text wortwörtlich mit dem Ihren übereinstimmt.

(Zuruf von der CDU: Sie haben nur falsch betont!)

— Beim Zitieren kommt es auf die Worttreue und nicht auf die Tontreue an; dafür kann ich bei Kiesinger ohnehin viel zu wenig Schwäbisch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Das Wort hat Herr Finanzminister Wertz. Er wird sich in seinen Ausführungen auf eine Vorlage beziehen, die während seiner Rede verteilt wird.

Wertz, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf an die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Abhängigkeit der strukturpolitischen Maßnahmen von der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung anknüpfen — ein Thema, das von Herrn Kollegen Dufhues und nachfolgenden Rednern variiert worden ist.

(D)

Es kann ohne Zweifel nicht erwartet werden, daß die von der Bundesregierung auf Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers den gesetzgebenden Körperschaften empfohlenen Förderungsmaßnahmen die angestrebten Wirkungen erzielen, bevor eine allgemeine konjunkturelle Belebung die notwendigen unternehmerischen Entscheidungen erleichtert. Infolge der strukturellen Schwierigkeiten hat Nordrhein-Westfalen an der im Bundesgebiet wahrzunehmenden saisonalen Konjunkturbelebung nur mit einigem Abstand teilgenommen.

Auf Anregung der Länderfinanzministerkonferenz unter Beteiligung der Länderwirtschaftsminister hat, wie Sie wissen, Mitte Mai eine eingehende Erörterung über die Möglichkeiten der Länder und Gemeinden, die bereits ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen des Bundes zu unterstützen, stattgefunden. An diesem Gespräch war die Deutsche Bundesbank beteiligt, die nach einer Mitteilung des Herrn Bundeswirtschaftsministers vor dem Bundesrat am vergangenen Freitag in der letzten Sitzung des Zentralbankrats die Unterstützung der Länder bei komplementären antizyklischen Maßnahmen beschlossen hat. In der gemeinsamen Besprechung hat der Herr Bundeswirtschaftsminister ausdrücklich anerkannt, daß Nordrhein-Westfalen — nach seinen Berechnungen — im Gegensatz zu den übrigen Ländern die für 1967 vorgesehenen Investitionen gegenüber dem Vorjahr noch gesteigert hat. Ihnen allen, meine Damen und Herren,

(Wertz, Finanzminister)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) sind die zum Teil schmerzlichen Eingriffe in dem Bereich der laufenden Ausgaben, die — entgegen anderen Annahmen — nicht nur vorübergehender Natur sein können, aus den vor Monatsfrist abgeschlossenen Haushaltsberatungen noch in Erinnerung, die diese konstruktive Finanzpolitik erst ermöglicht haben.

Unbeschadet dessen erfordert jedoch die besondere konjunkturelle Situation unseres Landes die Notwendigkeit, den strukturpolitischen Hilfen des Bundes den Weg bereiten zu helfen und die Dringlichkeit einer Vielzahl von infrastrukturellen Maßnahmen nach Auffassung der Landesregierung in Übereinstimmung mit der Bundesregierung zusätzliche Anstrengungen.

Dazu sind dem vorherrschenden Charakter der öffentlichen Investitionen entsprechend zusätzliche Baumaßnahmen ebenso wie die Beschleunigung bereits begonnener Bauvorhaben das geeignete Mittel, zumal die Bauwirtschaft als Schlüsselindustrie Impulse in viele Bereiche der übrigen Wirtschaft weiterzugeben in der Lage und gerade in unserem Lande von der Konjunkturfurche besonders betroffen ist.

Die Landesregierung hat deshalb beschlossen, erstens die Ausführung der in den Ihnen inzwischen hoffentlich vorgelegten Verzeichnissen enthaltenen Baumaßnahmen zu beschleunigen bzw. unverzüglich in Angriff nehmen zu lassen; zweitens die private und kommunale Bautätigkeit durch die Bereitstellung von Zuschüssen und Darlehen über die bereitstehenden Haushaltsmittel hinaus anzuregen.

- (B) Die diesbezügliche Aufstellung liegt Ihnen, so hoffe ich, inzwischen ebenfalls vor.

Die staatlichen Hochbaumaßnahmen, die einen Gesamt- bzw. Restaufwand von rd. 479,4 Millionen DMark erfordern, sind — ohne die erneute Überprüfung fachlicher Prioritäten, Herr Kollege Kultusminister — abschließlich unter dem Gesichtspunkt der alsbaldigen Realisierbarkeit, d. h. der Vergabe von Aufträgen oder Anschlußaufträgen, ausgewählt worden. In 27 der insgesamt 102 vorgesehenen Fälle sind bereits Bauraten durch den Landtag bewilligt worden. Sie umfassen einen Restaufwand von 206,8 Millionen DMark. In weiteren 51 Fällen mit einem Gesamtkostenaufwand von 240 Millionen DMark ist über die Notwendigkeit der Maßnahmen an sich bei der Bewilligung von Planungsmitteln durch das Hohe Haus bereits entschieden worden. Bei den restlichen 24 Fällen mit einem Gesamtkostenaufwand von 32,6 Millionen DMark schließlich handelt es sich um Vorhaben, mit denen der Landtag bisher nicht befaßt war. Nach dem Willen der Landesregierung sollen die Fachminister und die nachgeordneten Behörden durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, daß die beschleunigte Ausführung der Vorhaben nicht durch die bevorstehende Urlaubszeit beeinträchtigt wird.

Den Gemeinden und Gemeindeverbänden sollen für die Stadt- und Dorferneuerung weitere 40 Millionen DMark, für den Schulneubau 50 Millionen DMark, für den kommunalen Straßenbau 80 Millionen und für den Landesstraßenbau weitere 85 Millionen DMark zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sollen außerhalb des allgemeinen und des Kraftfahrzeugsteuerverbundes nach Möglichkeit für zusätzliche Projekte verwandt werden.

Die Landesstraßenbaumittel sollen den Landschaftsverbänden für baureife Vorhaben, die kurzfristig zu melden sind, zugewiesen werden. Die Mittel für den kommunalen Straßenbau werden nach den Maßstäben des § 12 des Finanzausgleichsgesetzes 1967 pauschal bereitgestellt, d. h., die Pauschalen können um rd. ein Drittel erhöht werden. Die Verstärkung der Schulbaumittel wird die staatlichen Mittelinstanzen in die Lage versetzen, die dringlichsten der vorliegenden Schulbauprojekte, deren Planung vergabereif ist und die noch nicht bezuschußt werden konnten, nunmehr zu fördern. Für die Förderung des Baues von privaten Gymnasien, Studentenwohnheimen und Mensen werden wegen des großen Bedarfs — Ihnen allen noch aus den jüngsten Haushaltsberatungen geläufig — weitere 18 Millionen DMark bereitgestellt. Die zusätzlichen Hilfen für wasserwirtschaftliche Bauvorhaben werden wegen einiger bisher nicht finanzierter größerer Vorhaben, an denen sich neben den Gebietskörperschaften auch Private beteiligen, ein Bauvolumen auslösen, das weit über den vorgesehenen Betrag von 40 Millionen DMark hinausgeht.

In Abweichung von dem beschlossenen Haushaltsplan, jedoch in Übereinstimmung mit dem geschlossenen Finanzierungsabkommen beabsichtigt die Landesregierung, der Bundesbahn an Stelle der veranschlagten Zinszuschüsse ein weiteres Darlehen von 65 Millionen DMark zur Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken in Nordrhein-Westfalen zu gewähren.

Schließlich soll ein zusätzlicher Bewilligungsrahmen zur Förderung des Baues von 20 000 Wohnungseinheiten innerhalb des vom Landtag beschlossenen Vier-Jahre-Programms eröffnet werden. Hierbei sollen diejenigen Landesteile mit einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von Baufach- und Hilfskräften besonders berücksichtigt werden. Damit wird in diesem Jahre insgesamt die Förderung des Baues von rund 95 000 Wohnungen ermöglicht.

Die gesamte Anstoßwirkung dieses Maßnahmenbündels läßt sich nur schätzen; sie dürfte bei 1,5 bis 1,75 Milliarden DMark liegen. Die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des laufenden und des nächsten Jahres werden mit 600 bis 700 Millionen DMark angenommen. Die weiteren Finanzierungsraten für die staatlichen Baumaßnahmen werden in die bereits von der Landesregierung in einem ersten Durchgang beratene mittelfristige Finanzplanung einbezogen, die Ihnen mit dem Entwurf des Landeshaushalts 1968 vorgelegt werden wird.

Die Finanzierungshilfen zugunsten Dritter werden mit Ausnahme des Wohnungsbaues den Haushalt zusätzlich belasten. Ihre teilweise Deckung soll mit Hilfe überplanmäßiger Einnahmen durch Ausschöpfung der nach dem Haushaltsgesetz 1967 noch einmal übertragenen Kreditermächtigung von über 100 Millionen DMark erfolgen. Über die endgültige Deckungsfrage wird erst nach Ablauf des Haushaltsjahres entschieden werden können. Zur Befriedigung bis dahin etwa auftretender Liquiditätsbedürfnisse stehen vorübergehend die flüssigen Mittel der Ausgleichsrücklage und gegebenenfalls der dem Land zustehende Kassenkredit der Landeszentralbank zur Verfügung. Nach Vorliegen des Gesamtabschlusses wird zu bestimmen sein, inwieweit ein etwaiger Fehlbetrag vorgebracht oder durch eine endgültige Rücklageentnahme oder durch Resteaabbau Deckung gefunden werden kann.

(Wertz, Finanzminister)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Hierüber werde ich dem Haushalts- und Finanzausschuß zu gegebener Zeit Vorschläge machen dürfen. Ich beabsichtige, die erforderlichen Bindungsermächtigungen sowie die entsprechenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben Zug um Zug, gegebenenfalls auch die notwendigen Vorgriffe, gestützt auf Artikel 85 der Landesverfassung und § 45 b der Reichshaushaltsordnung zu genehmigen.

Namens der Landesregierung bitte ich jedoch angesichts der finanziellen Tragweite der vorgetragenen Absichten das Hohe Haus, an Stelle der in der Landesverfassung vorgesehenen nachträglichen Genehmigung um vorherige zustimmende Kenntnisnahme. Die Landesregierung steht — wenn ich mir diese indirekte Anregung gestatten darf — dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Einzelerörterung der unterbreiteten Vorschläge selbstverständlich zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident van Nes Ziegler: Das Wort hat der Abgeordnete Kienbaum von der Fraktion der FDP.

Kienbaum (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat vor wenigen Minuten zum Ausdruck gebracht, daß die bisherige über fünfstündige Aussprache über das durch die Interpellation der CDU ausgelöste Beratungsthema weitgehende, nur in Nuancen unterschiedliche Auffassungen habe deutlich werden lassen, und zwar nicht nur Auffassungen, sondern auch Wünsche, Forderungen und Vorschläge.

(B)

Als Realist halte ich mich für verpflichtet, die bei dem einen oder anderen Redner aufkommende Überschwenglichkeit, als wären alle diese Vorschläge und Forderungen schon in die Tat umgesetzt, ein klein wenig zu dämpfen, nicht etwa weil ich zum Pessimismus neige, sondern weil ich aus der früheren Aufgabenstellung, aber auch aus einer weiteren halbjährlichen Beobachtung der Entwicklung, reale Tatbestände ins Gedächtnis zurückrufen möchte. Zu diesen realen Tatbeständen gehört zunächst einmal eine nicht zu übersehende Kompetenzverlagerung für die Energiefragen nicht nur von Düsseldorf nach Bonn. Die Erörterung des neuen Gesetzesvorschlages und die geringe Beteiligung des Landes sind ein Zeichen dafür. In Wirklichkeit vollzieht sich eine Kompetenzverlagerung zusätzlich von Bonn nach Brüssel. In Verbindung damit darf ich die aus der Vereinigung der europäischen Behörden sich zwangsläufig ergebende Notwendigkeit erwähnen, die Verträge der EGKS, Euratoms und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzugleichen. Beides wird eine weitere Gewichtsverlagerung in der Zuständigkeit nach Brüssel zur Folge haben, und was wir dabei zu beachten haben, ist die Tatsache, daß dann das volle Gewicht der Interessen auch anderer Gebiete, nicht nur der übrigen Länder der Bundesrepublik, sondern beispielsweise Italiens, der Benelux-Länder und selbstverständlich Frankreichs mit zur Geltung gebracht wird.

Ein zweites Faktum ist die nicht auf das Ruhr- und Wurmrevier begrenzte, sich fortsetzende Verminderung des Steinkohleabsatzes in den Steinkohle fördernden Ländern Europas. In diesen Tagen meldete nicht nur Belgiens

Regierung von ihren Entscheidungen über weitere Anpassungs- und Stilllegungsmaßnahmen mit einem betroffenen Personenkreis von 20 000 Beschäftigten, wurden nicht nur weitere Verminderungen der Produktivität in Frankreich gemeldet, sondern — und das war höchst interessant — neben England meldete sich erstmals ein Land hinter dem Eisernen Vorhang, die Tschechoslowakei, mit einem Stilllegungsprogramm im mährischen Steinkohlebergbau in der gleichen Größenordnung des Anpassens des Verminderns der Zahl der Arbeitsplätze um 20 000.

(C)

Sie brauchen nur die Schlagzeilen der Tageszeitungen in Nordrhein-Westfalen zu lesen, um sich ein drittes Faktum ins Gedächtnis zu rufen, das wir werten sollten, nicht überbewerten, sondern werten sollten, daß sich nämlich der Vormarsch von Öl, Gas und Kernenergie in der ganzen Welt fortsetzt, ja daß unsere Verbraucher hier im Augenblick geradezu eine Bevorratungswelle durch ihre Käufe auf dem Sektor Heizöl auslösen. Man könnte als Realist resignieren und versucht sein, das immer wieder neu entfachte Aufbegehren dieses Parlaments gegen die unserem Land und seiner Wirtschaft drohende Entwicklung einzustellen. Aber keiner von Ihnen wird mir eine solche persönliche Entscheidung und Haltung zutrauen.

Ich glaube deshalb, daß die heutige Diskussion aus Anlaß der Interpellation gut war. Ich hätte mir gewünscht, es wäre noch ein bißchen mehr Auseinandersetzung darin, denn es gab mir zuviel Übereinstimmung. Es wurde zu wenig von dem ausgesprochen, was weder in der Interpellation noch in dem Gesetzestext des Anpassungsgesetzes der Bundesregierung enthalten ist. Ich möchte deshalb einen bescheidenen Beitrag leisten, um zu versuchen, die Probleme in ihrer ganzen Breite zu klären und zu den bisher vorgetragenen, dem ganzen Lande dienenden Lösungen vielleicht noch einige ergänzende Lösungen zu finden.

(D)

Dabei will ich nicht verhehlen, daß ich mich persönlich außerordentlich über die Übereinstimmung in bestimmten Fragen freue, in Fragen, die noch vor 1¼ Jahren in der letzten Debatte dieses Hohen Hauses umstritten waren. Damit wir klar sehen, wovon wir sprechen, will ich diese Übereinstimmungspunkte erwähnen. Übereinstimmung ist nicht nur hier im Hohen Hause, sondern in den wichtigen Gremien und Institutionen, die sich mit dem Fragenkomplex beschäftigen, darüber erzielt worden, daß man an der Anpassung von Produktion und Absatz nicht vorbeikommt. Übereinstimmung ist weiter darüber erzielt worden — das kommt bereits in § 1 des neuen Anpassungsgesetzes zum Ausdruck —, daß die Produktion von Kohle in den rentabelsten Zechen erfolgen soll. Nun ist aber hinter diesen generellen Übereinstimmungen durchaus noch unterschiedliche Auffassung und Beurteilung erkennbar. Im Jahre 1967, will mir scheinen, ist diese unterschiedliche Beurteilung bezogen auf die Fristen der Anpassung und die Auswahl der Produktionsbetriebe mit niedrigen Kosten gegeben.

Meines Erachtens wird es der Sache, nämlich der Lösung unserer brennenden Probleme, dienen, wenn diese Unterschiede nicht übertüncht werden, sondern die Unterschiede der Beurteilung in diesem Hohen Hause vorgetragen und erörtert werden.

(Kienbaum (FDP))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Beispielsweise ist die Diskussion über die Zusammenfassung der tatsächlich absetzbaren Produktion auf kostengünstige Zechen seit Jahren im Gange. Nur ihre Verwirklichung — wie Sie alle wissen — ist bisher nicht gelungen, und es stellt sich die Frage, ob sie morgen gelingen wird.

Berechtigt erscheint mir und wohl jedem, der sich sonst mit diesen Fragen beschäftigt hat, die Forderung, daß öffentliche Gelder für den Bergbau grundsätzlich nur gegeben werden dürfen, wenn Konzentration auf leistungsfähige und kostengünstige Betriebe gesichert wird. Das hat auch der Ministerpräsident in seiner Antwort in aller Klarheit zum Ausdruck gebracht, und das ist der zentrale Inhalt des Anpassungsgesetzes der Bundesregierung.

Ich persönlich bedaure sehr die Tatsache, daß die Bergbauunternehmen und ihr Verband, der Unternehmensverband Ruhrbergbau, nicht in der Lage waren, dieser selbstverständlichen Voraussetzung zu entsprechen. Die Bundesregierung der Großen Koalition hat mit ihrem Gesetzentwurf die Folgerung gezogen. Sie will, das geht aus dem Gesetzestext hervor, das Junktim zwischen Geldhergabe und volkswirtschaftlich angezeigter Auswahl der Produktionsstätte herstellen.

Sachkenner der Wirtschaft weisen allerdings darauf hin, daß dieses Ziel der Bundesregierung, ausgedrückt im Gesetzestext, nur erreichbar sein wird, wenn der Kohleverkauf nach Quoten aufgegeben wird. Diese Quoten sind im Zusammenhang mit der Forderung nicht akzeptabel.

- (B) Es ist für mich ein erneuter Beweis für die Lebenskraft des Bergbaues, daß ausgerechnet in dieser Zeit der Diskussionen über die neuen Schritte aus dem Bergbau selbst, nämlich von der Bergwerksgesellschaft Walsum AG, der Vorschlag gemacht wird, daß die Absatzmengen nur auf die kostengünstigsten Betriebe in Zukunft umgelegt werden sollen. Ich halte diesen Vorschlag für erörterungswert. Es ist nicht unsere Aufgabe, vom Landtag aus oder von der Landesregierung aus durch Gesetze oder Verordnungen einzugreifen. Aber zur Ergänzung der Erörterungen des heutigen Tages scheint es mir von entscheidender Bedeutung zu sein, daß hier ein praktikabler Vorschlag der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, der im Gegensatz zu vielen der anderen phantastischen Pläne unmittelbar in die Tat umgesetzt werden kann. Nun, meine Damen und Herren, wir werden abzuwarten haben, wie die Beteiligten und die Zuständigen handeln. Ein Nichthandeln — das möchte ich klar machen — wird wiederum viele Millionen kosten, die für andere Aufgaben, für dringende andere Aufgaben in unserem Land fehlen.

Die Fristen der Anpassung, und das ist den ernsthaften Bearbeitern ohne Ausnahme klageworden, bestimmen sich ausschließlich vom Absatz und seiner Entwicklung her. Sie werden verstehen, daß ich mich auch über diese allmählich gewachsene Übereinstimmung freue. Sie war ebenfalls nicht immer gegeben.

Von den Entscheidungen fallenden Politikern sollte aber gerade bei der Beurteilung der natürlichen Absatzchancen für Steinkohle einschließlich der zahlreichen früher bereits verwirklichten und heute ins Gespräch gebrachten Schutz-, Sicherungs- und Förderungsmaßnahmen jede Aus-

wirkung auf die Struktur- und Wirtschaftsentwicklung ebenso wie auf die Beschäftigungs- und Regionalentwicklung sorgfältig geprüft werden.

Zu häufig, meine Damen und Herren, haben wir nachträglich den Katzenjammer erlebt. Bei solcher Prüfung ergibt sich eine ganze Serie von Beurteilungsunterschieden, insbesondere in unserem Land. Ich möchte wenige Beispiele vortragen.

Herr Kollege Dufhues hat ein ganzes Paket neuer Schutzmaßnahmen im Rahmen seiner Begründung vorgebracht. Sie sind nicht neu und stammen nicht von ihm. In der Beurteilung ihrer Wirkungen weichen die Auffassungen im Lande von den Auffassungen unseres Kollegen Dufhues erheblich ab.

Wichtige Branchen sehen im Gegensatz zum Kollegen Dufhues die Erhöhung der Energiepreise als sicher voraus. Die Sorge über eine solche Entwicklung ist bei den noch wachsenden Wirtschaftszweigen am größten. Die Bereitschaft zu von uns allen gewollten und geförderten Neuinvestitionen im Revier wird wahrscheinlich gebremst und nicht gefördert. Bedeutende Investitionen — das muß beklagt werden —, vornehmlich in Basis-Wirtschaftszweigen, sind bereits in das benachbarte Ausland gegangen. Wir konnten und können sie auch in Zukunft nicht hindern. Die Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft im weltweiten Markt wird langfristig ganz sicher erheblich beeinflusst.

Meine Damen und Herren, für am gefährlichsten aber wird die Behinderung der Verwendung neuer energieintensiver Verfahren in unserem Land auf Grund zu hoher Energiepreise angesehen. Und moderne Industrien, die wir wollen, brauchen mehr Energie als unsere heutigen.

Dieses Hohe Haus und unsere Landesregierung sollten solche Feststellungen insbesondere mit Blick auf die Ertragskraft unserer zukünftigen Arbeitsplätze nicht übergehen. Welche überraschenden Begleiterscheinungen zu schnell beschlossene Maßnahmen zeigen können, zeigt die Entwicklung im rheinischen Braunkohlenbergbau. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist Tatsache: die Produktion der preiswertesten Rohenergie, die wir hier im Lande überhaupt besitzen, aus Lagerstätten dieses Landes kann nicht mit voller Kapazität betrieben werden — ein Ergebnis der Gesetze des vergangenen Jahres, der verpflichtenden Bindung, 50% Steinkohle zu verwenden. Gerade diese Bestimmung schädigt die billigste Rohenergie, die wir besitzen, den Braunkohlenbergbau.

(Zustimmung bei der FDP und der CDU)

Die Folge ist verständlicherweise wegen Nichtausnutzung der Kapazität eine Kostensteigerung, während wir, das Land, sein Parlament und seine Regierung, aber auch die Wirtschaft, Kostensenkung brauchen. Die Enttäuschung der Investoren im Braunkohlenbergbau, die alles taten, was wir vom Steinkohlenbergbau als Unternehmensentscheidung noch erwarten, nämlich Feldebereinigung größten Ausmaßes, Konzentration der Betriebe, Modernisierung der Aufschluß- und Abbauverfahren, ist für mich verständlich.

Eine weitere Folge soll hier nicht verschwiegen werden. Dieser Braunkohlenbergbau im Tieftagebau gab jährlich an bedeutende deutsche Unternehmen Aufträge

(Kienbaum (FDP))

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) für Großgeräte im Einzelwert von 50 und mehr Millionen DM. Diese Aufträge sind im Jahre 1967 ausgefallen. Es handelt sich um Aufträge, die ebenfalls im Lande Nordrhein-Westfalen Arbeit und Brot hätten geben können. Ich habe nur die Hoffnung, daß diese Entwicklung nicht zu weiterer Abstinenz bei sonstigen Investitionsentscheidungen außerhalb dieser Branche führt.

Dieses Hohe Haus sollte ebenso wie der Bundestag in Rechnung stellen, daß die technische Entwicklung auch morgen nicht stehenbleibt. Sie bleibt auch nicht in den noch verbliebenen Hauptabsatzgebieten für die Steinkohle stehen, nämlich der Eisenverhüttung, dem Hochofenprozeß und der Elektrizitätserzeugung. Von einem gesicherten Absatz, von dem offenbar in der heutigen Diskussion ständig ausgegangen wurde, kann keine Rede sein.

Ich verbleibe noch beim Absatz. Ich befürchte nämlich — und mit mir viele Wirtschaftler in unserem Lande und in der Bundesrepublik —, daß die erörterten zusätzlichen Maßnahmen, wie sie auch in den Entschließungsanträgen zum Ausdruck kommen, falls sie nicht einzeln, sondern kumulativ und auf einmal eingesetzt werden, die eigene Anstrengung des Bergbaues und die Förderung der technischen Entwicklung durch die öffentlichen Haushalte zu kurz kommen lassen. Dieses Gebiet unserer Anstrengungen ist deshalb von so großer Bedeutung, weil es doppelte Früchte trägt, nämlich durch Senkung der Kosten im heimischen Bergbau ebenso wie durch Schaffung neuer Exportchancen für die Bergbaumaschinenindustrie, die, wie ich mit Beispielen belegen kann, heute aus den geförderten Entwicklungen des Landes Teile ihres Umsatzvolumens bestreitet.

(B)

Damit bin ich bei der eigenen Zuständigkeit des Landes, der Strukturpolitik. Sie soll für alle Arbeitswilligen ertragreiche Arbeitsplätze, verbunden mit guter Streuung der Branchen in allen Regionen sicherstellen. Aber auch unsere strukturpolitischen Maßnahmen werden nach den größten relativen Ergebnissen ausgerichtet werden müssen, weil der Herr Finanzminister nicht über unbegrenzte Mittel verfügen kann und auch in Zukunft nicht verfügen wird.

Dem Hohen Hause möchte ich deshalb zum Abschluß eine Erfahrung nicht vorenthalten, die sich aus der Beobachtung des Strukturwandels ergibt, der überall in der Welt im Gange ist. Er hat inzwischen auch andere Bundesländer ergriffen, wie Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, die Hansestädte, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Der Strukturwandel hat auch auf Bundesländer von Österreich übergegriffen; er ist in der Schweiz ebenso wie in Italien und Griechenland bemerkbar. Die besten Ergebnisse haben sich überall in der Welt, wo der Strukturwandel vor sich geht, immer dann ergeben, wenn die Politiker der Versuchung widerstanden haben, den Strukturwandel zu behindern. Der Strukturwandel — das ist meine Erfahrung — ist der eigentliche Antriebsmotor für den Fortschritt und für einen wachsenden Wohlstand, den wir unserem Lande insgesamt schaffen wollen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Flehminghaus: Ich erteile das Wort Herrn Minister Professor Dr. Gleitze.

Dr. Gleitze, Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin durch den Ablauf der Diskussion veranlaßt, einige Bemerkungen zu machen; ich habe kein Manuskript vorzutragen.

(C)

Die betonte Gemeinsamkeit kann natürlich dazu führen, daß ein Beobachter der Diskussion meint, man könnte möglicherweise keine relevanten Differenzierungen in dem finden, was die verschiedenen Teile dieses Hauses — das brauchen nicht die Parteien selber zu sein — an unterschiedlichen Konzeptionen hinsichtlich dessen haben, was man in der gegebenen Energiesituation tun sollte. Wir haben durch die Ausführungen des Herrn Kienbaum gesehen, daß er als Liberaler ganz bestimmte Daten setzt, aus denen er Schlußfolgerungen zieht. Er meinte, der Wandel ist die motorische Kraft, aus der der technische Fortschritt die Initiativen entwickelt, die wir Wirtschaftswachstum nennen. Ich kann diese Auffassung nicht teilen, weil ich die Dinge unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen anders sehe. Aus dem Wandel selber ergibt sich zwingend keine Initiative, sondern der strukturverbessernde Wandel ist erst das Ergebnis von Initiativen. Der technische Fortschritt ist eine gewaltige Initiative, die einen Wandel autonom erzwingt. Der Strukturwandel ist ein säkularer, also ein langfristiger Prozeß, der sich seit Jahrzehnten vollzieht.

Wenn wir unsere jetzige Situation betrachten, so sollen wir allerdings — da stimme ich mit Ihnen völlig überein — sie nicht als kurzfristige Phase getrennt, sondern im großen Zusammenhang sehen. Es ist aber gar keine Frage, daß die Diskussionen, die man seit einem Jahre führt, von jenen volkswirtschaftlichen Vorgängen überschattet werden, die wir im Konjunkturzyklus das Konjunkturtief nennen. Seit einem halben Jahr stehen wir in dem schweren Schatten eines Konjunkturrückschlags. Daß sich die Wandlungsprozesse in diesem Schatten natürlich anders verhalten und anders vollziehen, als sie sich vollziehen würden, wenn sich die Initiativen aus der Wirtschaft und aus der Wirtschaftspolitik spontan auswirken könnten, ist klar. Sie würden sich dann unter anderen Voraussetzungen vollziehen, als sie jetzt in der Situation der Krise gegeben sind, in der die Unternehmungswirtschaft praktisch eingefroren ist. Die unternehmerische Initiative ist es, die heute fehlt und die den Wandlungsprozeß, den sie sonst auslösen würde, eben nicht vollziehen kann. Deshalb ist heute Energiepolitik mehr als lediglich Struktur- und langfristige Politik. Heute ist sie mit dem kombiniert, was wir Konjunkturpolitik nennen. Vieles, was wir im einzelnen heute vornehmen und als Gemeinsamkeit hier festgehalten haben, sind Äußerungen prinzipieller Beobachtung und prinzipieller Beurteilung, die aber nun unter dem speziellen Vorzeichen, eben der besonderen Krisensituation, stehen. So möchte ich gleich sagen, daß wir die hier im Hause gefundene gemeinsame Auffassung in Übereinstimmung mit Herrn Schiller, Stillelegungen nur dann vorzunehmen, wenn auch zu gleicher Zeit die Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze da ist, nur unterstreichen können. Wir müssen sie aber relativieren im Zusammenhang mit der Konjunkturlage, die wir jetzt zu verzeichnen haben, die die unternehmerische Initiative zeitweise außer Kraft gesetzt hat —, die dort keine Förderungen von Neuansiedlung ermöglicht, wo die Unternehmer die

(D)

(Dr. Gleitze, Minister f. Wirtschaft, Mittelstand u. Verkehr)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Förderung gar nicht haben wollen. Sie bieten zur Zeit die Initiative nicht selbst an, die wir fördern wollen.

Wir müssen uns darüber klar sein: alles Wichtige, was im Gesetz prinzipiell geregelt ist, gehört zum Instrumentarium. Das Instrumentarium ist zum Teil sehr hart ausgebildet, es ist sehr kräftig, es geht weit über das hinaus, was man sicherlich vor einem Jahre noch für zweckmäßig und für richtig gehalten hätte. Man hat damals dieses Instrumentarium nicht ausgebildet, weil man glaubte, es nicht anwenden zu sollen. Heute ist das unentbehrliche Instrumentarium vorgeschlagen, und mit dem Gesetz wird es da sein. Aber seien wir uns darüber klar, es ist ein gezieltes Instrumentarium für die Förderung eines Wandlungsprozesses, der sich so lange nicht auswirken kann, wie die Initiative zur Neuschaffung von Betrieben zeitweise erloschen ist. Wir stehen also in einem Schatten, der es uns in den nächsten Monaten sehr schwer machen kann. Das kann möglicherweise dazu führen, daß man uns für unglaublich erklärt, weil unsere prinzipielle, meines Erachtens völlig richtige Übereinkunft im Verhalten bei der Unterstützung des Wandlungsprozesses ja nun aus der Sicht der unmittelbaren Krisenbekämpfung, also der Konjunkturbekämpfung, beurteilt werden muß.

Wir werden also, wenn in den nächsten Monaten hier und da Stilllegungen erfolgen müssen, weil die spezielle Situation eines Unternehmens sie erzwingt, der Öffentlichkeit gegenüber nicht in den Verdacht geraten dürfen, daß wir die Prinzipien, die hier gemeinsam aufgestellt worden sind, nunmehr wieder aufzugeben bereit sind. Wir werden es gegenwärtig schwer haben, Zehntausende von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen, und zwar wegen der Tatsache, daß zur gleichen Zeit in verzehnfachtem Umfange Arbeitskräfte freigesetzt worden sind, unterbeschäftigt bleiben und nicht eingesetzt werden, weil die unternehmerische Initiative auf den Märkten fehlt.

Wir haben aber auch noch einen anderen Grund, aus der Gesamtschau dessen, was hier in den Erklärungen niedergelegt worden ist, zu überlegen, was in der Energiekonzeption eigentlich dahintersteckt. Ich habe den Eindruck, daß die langen, tiefen und sehr eingehend geführten Gespräche in Bonn, die ja zeitweise koordiniert waren — man nennt es heute konzertiert, es ist ja dasselbe —, uns in dem letzten halben Jahr nicht nur in der Deutung und in der Feststellung ökonomischer Tatbestände, sondern auch in der Beurteilung der Konsequenzen bestimmter Handlungen sehr viel weitergebracht haben. Die ersten Diskussionen zu Anfang dieses Jahres unterscheiden sich sehr von dem, was auch heute hier in den analytischen Darstellungen an prognostischen Beurteilungen gegeben wurde. Das ist gut so und richtig. Es zeigt, daß wir uns in einem aktiven Prozeß befinden, der uns aus der Stagnation des inaktiven Verhaltens herausbringt, unter dem zehn Jahre lang die Energiepolitik in diesem Lande gelitten hat. Diese Vorstellungen, die wir in Regierung und Parlament entwickelt haben, zeigen, daß wir in der Energiekonzeption im Lande weitgehend einig sind, auch wenn die Einwände von Herrn Kienbaum zeigen, daß er in der Übernahme dieser Energiekonzeption doch zu einem erheblichen Teil Bedenken hat.

Es geht darum — das möchte ich hier feststellen —: Wenn wir in uneingeschränkter Übereinstimmung mit

Bonn akzeptieren, daß wir durch eine aktive Konjunkturpolitik die Phasengebundenheit, in der wir uns befinden, schnell überwinden müssen, um in diesem Jahr, spätestens aber im nächsten Jahr, wieder in den konjunkturellen Aufschwung und wieder zur Vollbeschäftigung zu kommen, dann haben wir bis zum Jahre 1970 eine Expansion der westdeutschen Wirtschaft in einem normalen, absolut nicht überhitzten Tempo zu erwarten, die ungefähr 30 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten an zusätzlichem Energiebedarf bringt. Die Frage ist nunmehr: Sind diese 30 Millionen Tonnen zu erwartender zusätzlicher Energienachfrage ausreichend, um dort eine expansive Entwicklung zu ermöglichen, wo der technische Fortschritt sehr wirksam ist, nämlich im Bereiche des Mineralöls? Was hier vom Herrn Ministerpräsidenten vertreten und vom Kabinett sehr eingehend überlegt und beraten wurde, ist dies: Mit einer Wachstumsrate beim Mineralöl, die der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung entspricht, würde dieser Spielraum eines normalen Zuwachses an Energienachfrage gedeckt werden können. Das heißt, man könnte entsprechend den Vorschlägen der Landesregierung, die ja im Grunde genommen mit Ihren Erklärungen, meine Herren von der Opposition, übereinstimmen, trotz der vorgeschlagenen Begrenzung der Mineraleinfuhren eine beachtliche weitere Expansion des Mineralöls auch künftig durchaus zulassen.

Wir sprechen also nicht dem Abstoppen, dem Abwürgen einer, wie Herr Kienbaum sagt, natürlichen Entwicklung das Wort, sondern wir verlangen lediglich eine Steuerung, die es erreicht, daß das Mineralöl höchstens jene natürlichen Energiezuwächse auf sich konzentriert, die aus der Wirtschaftsentwicklung zu erwarten sind. Deshalb begründen wir unsere Forderung nicht als eine rein dirigistische, sondern als eine noch durchaus marktkonforme Maßnahme. Und ich muß sagen, was Herrn Schiller an dirigistischen Maßnahmen im Kohlebereich vorschwebt, geht weit über das hinaus, was wir mit der Steuerung der Mineralöleinfuhr an Begrenzung des Zuwachses an Mineralöl verlangen. Wir sind also nicht die „Überdirigisten“, sondern wir sind hier noch durchaus marktkonform.

Was wir nicht wollen, meine Herren, ist, daß wir den zu erwartenden Spielraum von ungefähr 30 Millionen Tonnen — und das ist doch nun einmal im Gespräch — auf Kosten der Steinkohle auch noch zusätzlich ausweiten, indem wir die bis 1970 zu erwartende Ausweitung der Energie-Nachfrage von 30 Millionen Tonnen ergänzen durch einen Steinkohlenabsatzausfall von 30 Millionen Tonnen, die durch Stilllegungen erzwungen werden. Das bedeutet folgendes: Erst wenn wir die 30 Millionen Tonnen plus 30 Millionen Tonnen Stilllegung als Spielraum für das Mineralöl vorsehen, wächst das Mineralöl ungehemmt, ungesteuert im bisherigen Tempo weiter. Wenn wir das zulassen und dem Mineralöl weiterhin jene Steuerungsfunktion im Energiebereich zusprechen, über die das Mineralöl durch Verdrängung die Steinkohle in ihren Absatzmöglichkeiten einengt, dann haben wir bewußt die alte Energiepolitik fortgesetzt. Dann wäre das, was wir heute besprochen und in gemeinsamen Erklärungen verlangt haben, außer Kurs gesetzt. Wir können also nur mit einer Begrenzung der Mineralöleinfuhr oder praktisch des Heizöls auf verschiedenen Wegen — und

(Dr. Gleitze, Minister f. Wirtsch., Mittelstand u. Verkehr)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) diese sind ja hier in den Erklärungen dargelegt worden — eine Energiepolitik verwirklichen, in der das Wachstum des technischen Fortschritts keineswegs außer Frage gestellt wird — denn es ist genügend Expansions-Spielraum auch für das Mineralöl drin — der Kohlebereich jedoch geschützt wird, und zwar mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Es sind harte Mittel, die das Gesetz jetzt anbietet. Man muß sehr, sehr überlegen, ob tatsächlich in jedem einzelnen Fall solche harten Mittel zu praktizieren sind. Das Gesetz bietet allerdings dieses Instrumentarium nur an; es zwingt uns ja nicht, diese Instrumente anzuwenden. Das ist das, was in dieser Diskussion abschließend noch gesagt werden sollte.

Wenn wir das Gesetz mit Verbesserungen, die ja besprochen worden sind, akzeptieren, wenn wir erklären, daß dieses Gesetz einen Energiebeauftragten mit Vollmachten ausstatten soll, die heute nur einem Kohlebeauftragten zugeteilt sind, so steuern wir schon in Richtung einer energiepolitischen Konzeption; aber wenn wir das tun, dann sollten wir uns darüber klar sein: wir müssen die Anwendung dieses Gesetzes nicht als das eigentliche energiepolitische Ziel ansehen, sondern wir müssen unser Interesse auf die Instrumentarien richten. Es darf nicht sein, daß — wie es allerdings in dem Gesetz in der Einleitung bedenklich umschrieben ist — die hier ausgebildeten und angebotenen Instrumentarien dazu benutzt werden, der Steinkohle in kürzester Zeit praktisch ein Drittel ihrer Kapazität zu kappen. Dieser Prozeß des Kappens kann sich, wenn er unvermeidbar ist, nach der Meinung, die wir uns im Kabinett gebildet haben und die der Herr Ministerpräsident begründet hat, die allerdings im Gegensatz zu dem steht, was Herr Schiller als seine Energiekonzeption ursprünglich ausgegeben hat, nur innerhalb eines sehr langen Zeitraums vollziehen. Ob sich dieser Prozeß, der im Augenblick durch die Wirtschaftskrise praktisch um ein bis zwei Jahre verschoben ist, später innerhalb einer Periode von drei, von sechs oder möglicherweise von acht Jahren vollzieht, sollte ausschließlich davon abhängig gemacht werden, daß der wesentliche Teil der Prinzipien, die hier vertreten wurden — daß nämlich zunächst Arbeitsplätze geschaffen werden müßten, ehe die Reduzierung der Kapazität des Steinkohlenbergbaues vorgenommen werde —, wirklich realisiert werden kann.

Meine Damen und Herren, das ist allerdings nicht nur eine Frage des guten Willens oder der Zielsetzung einer Wirtschaftspolitik, sondern eine Frage der Durchsetzbarkeit. Es ist die Frage, ob es gelingt, in einer aktiven Konjunkturpolitik in den nächsten Jahren jenen Raum zu schaffen, der die Nachfrage-Expansion gestattet. Wir sind keine Wachstumsfanatiker, wenn wir hier dem Wirtschaftswachstum das Wort reden; denn dieses Wachstum ist entscheidend der Spielraum für jene ordentliche Bewältigung der Maßnahmen, die wir vorhaben, nämlich die Anpassung in einem systematischen Prozeß des Strukturwandels. Deshalb wird der Strukturwandel — wenn wir ihn meistern wollen — das Ergebnis wirtschaftspolitisch gezielter Maßnahmen sein und nicht bloß der Ausgangspunkt, was ich hier noch einmal unterstreichen wollte.

(Beifall bei der SPD)

- Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Um das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abg. Rau gebeten. (C)

Johannes Rau (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Diskussion, die wir miteinander seit heute vormittag geführt haben, hat ein erfreuliches Maß an Übereinstimmung gezeigt, bei allen Nuancen, die im Bereich der Einzelmaßnahmen bei den verschiedenen Sprechern angebracht werden mußten. Wir haben bereits aus einem Diskussionsbeitrag des Herrn Ministerpräsidenten gehört und wollen uns noch einmal daran erinnern, daß eine Kommission, bestehend aus den drei Fraktionen, seit einiger Zeit zusammensitzt, um die beiden Entschließungsanträge, deren erster heute morgen von den Koalitionsfraktionen und deren zweiter hernach von Herrn Kollegen Lemmer von der CDU hier eingebracht worden ist, zu einem einzigen Papier zu verarbeiten. Mir schiene es nicht richtig zu sein, das Gespräch weiterzuführen und weitere Redner ihre Auffassungen sagen zu lassen, deren Argumente dann bei den Beratungen dieses Papiers nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Nachdem wir unsere Zuhörer mit so vielen Fakten dieses zweifellos wichtigen Themas eingedeckt haben, scheint es mir daher sinnvoller zu sein, jetzt die Sitzung so lange zu unterbrechen, bis in hoffentlich wenigen Minuten die Kommission ihre Arbeit beendet hat. Ich möchte deshalb, Herr Präsident, beantragen, bis zum Vorliegen des entsprechenden Papiers — etwa für 10 bis 15 Minuten — die Sitzung zu unterbrechen, so daß wir uns mit diesem abgeschlossenen Tagesordnungspunkt vertagen können.

- Vizepräsident Dr. Flehinghaus:** Herr Abg. Pürsten, ebenfalls zur Geschäftsordnung! (D)

Pürsten (CDU): Wir schließen uns dem Antrag an.

Vizepräsident Dr. Flehinghaus: Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. Ich habe mir sagen lassen, daß der Abg. Dr. Potthoff, der noch auf der Rednerliste steht, für den Fall, daß dem Antrag stattgegeben wird, auf seine Wortmeldung verzichtet. Ich stelle fest, daß kein Widerspruch erhoben wird, und unterbreche deshalb die Sitzung bis 17.20 Uhr.

Pause von 17.05 bis 18.03 Uhr

Präsident van Nes Ziegler: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Die Fraktionen haben in der Zwischenzeit einen gemeinsamen Entschließungsantrag erarbeitet, der nach der Vereinbarung zwischen den Fraktionen gemäß § 88 unserer Geschäftsordnung verlesen wird und über den dann abgestimmt werden soll. Da ich selber nur ein Exemplar habe, das noch nicht druckreif ist, bitte ich diejenigen, die im Besitz eines weiteren Exemplars sind, mein Vorlesen zu überwachen und mich notfalls, falls ich mich in der Reihenfolge oder in einem Ausdruck verlesen sollte, zu korrigieren. Es ist bei dieser außergewöhnlichen Situation möglich, daß so etwas passiert.

(Präsident van Nes Ziegler)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) Die Drucks. Nr. 305, Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der FDP, und die Drucks. Nr. 306, Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, sind zugunsten dieses neuen Antrages zurückgezogen worden.

Die mir vorliegende Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Betr.: Situation im Steinkohlenbergbau und in den Steinkohlenbergbaugebieten

Der Landtag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, durch neue gesetzgeberische Maßnahmen die Entwicklung des Energiemarktes planvoll zu beeinflussen und dabei gleichzeitig die Erreichung wichtiger volkswirtschaftlicher, sozialer und strukturpolitischer Ziele zu sichern.

Er geht dabei von folgender Zielsetzung aus:

- die zu treffenden Maßnahmen dürfen nicht einseitig auf eine Schrumpfung des Steinkohlenbergbaues gerichtet sein, sondern müssen einer Ordnung des gesamten Energiemarktes dienen;
 - die Energiepolitik muß der Bedeutung Rechnung tragen, die dem Steinkohlenbergbau bei der Sicherung der Versorgung der Bundesrepublik mit Energie und Rohstoffen zukommt;
 - dem Steinkohlenbergbau muß im Rahmen dieser Politik ermöglicht werden, eine Größenordnung zu erreichen und zu halten sowie eine Organisationsform zu finden, die sein wirtschaftliches Fortbestehen sichern;
- (B)
- die Bergbauunternehmen müssen verpflichtet werden, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Wettbewerbsfähigkeit der Kohle zu verbessern;
 - es muß sichergestellt werden, daß ein nach den energiepolitischen Entscheidungen des Bundes notwendig werdender Anpassungsprozeß in einem angemessenen Zeitraum und ohne soziale Härten vollzogen werden kann;
 - vor allem müssen die Bestrebungen wesentlich verstärkt werden, für die vom Bergbau freigesetzten Arbeitskräfte rechtzeitig neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Aus energie- und strukturpolitischen Gründen hält der Landtag jedoch eine Erweiterung und Ergänzung der vorgesehenen Maßnahmen für unerläßlich.

1. Beschränkung der Mineralöl- und Erdgaseinfuhren durch verbindliche Festlegung jährlicher Zuwachsraten u. a. durch Anwendung des § 10 des Außenwirtschaftsgesetzes.
Diese dürfen den Umfang des Zuwachses des Gesamtenergieverbrauchs nicht überschreiten.
2. Unterstellung aller Energieträger unter das Energiewirtschaftsgesetz, vordringlich mit dem Ziel einer der Ziffer 1 entsprechenden Begrenzung des Heizölangebotens.
3. Novellierung des Raffineriegesetzes, um die Ausweitung der Raffineriekapazität in geordnete Bahnen zu lenken und die Investition in diesem Bereich unter Kontrolle bringen zu können.

4. Novellierung des Pipelinegesetzes mit dem Ziel, dem Verdrängungswettbewerb der anderen Energieträger zu steuern.
5. Erhöhung der Heizölsteuer im Rahmen der Vollmachten der Bundesregierung nach dem Mineralölsteuergesetz. Die dadurch zu erzielenden Steuermehreinnahmen sind vom Bund für strukturverbessernde Maßnahmen im Steinkohlenbergbaugbiet zu verwenden.
6. Fortführung des Gesetzes über die Kontingentierung von Kohleinfuhren (Kohlezollgesetz) und Herabsetzung der Einfuhrkontingente ab 1. Januar 1968.
7. Förderung der Bemühungen, die deutsche Steinkohle in andere Länder, insbesondere in Länder Osteuropas, zu exportieren.
8. Bestellung eines Energiebeauftragten, der für alle Energieträger zuständig ist und von einem Energiebeirat auf Bundesebene beraten wird.

Er hat folgende Aufgaben:

- a) Vorausschätzung des Energiebedarfs und seiner Deckung sowie Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Energieträger auf kurze, mittlere und lange Sicht mit dem Ziel, Orientierungsdaten für die Energiepolitik der Bundesregierung und die Unternehmenspolitik der Energieanbieter zu schaffen.
 - b) Überwachungs- und Vorschlagsrechte im Zusammenhang mit den unter 1 bis 7 genannten Maßnahmen.
 - c) Prüfung der unterschiedlichen Belastungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche mit Energiekosten; gegebenenfalls Vorschläge für gezielte Ausgleichsmaßnahmen.
 - d) Recht zur Empfehlung ergänzender wirtschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen.
9. Verstärkung der Bemühungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Steinkohlenbergbaugebieten durch bevorzugte Bereitstellung öffentlicher Mittel.
 - a) Die im Bundesgesetzentwurf vorgesehenen Investitionsprämien sollen regional gezielt eingesetzt werden. Neben den vorgesehenen Investitionsprämien sind Zinssubventionen für Arbeitsplatzdarlehen zu gewähren.
 - b) In einem Landesprogramm sind alle strukturwirksamen Investitionen, insbesondere die Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, zusammenfassen und, soweit möglich, diese Investitionsvorhaben durch die Bereitstellung von Sondermitteln zusätzlich zu fördern.
 10. Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Mitteln nach dem Montanvertrag für Umstrukturierungen in den betroffenen Gebieten.
 11. Volle Inanspruchnahme von Anpassungsmitteln nach Artikel 56 Abs. 2 des Montanvertrages.
 12. Abwendung von Einkommensverlusten aus Anlaß von Feierschichten für die im Steinkohlenbergbau Beschäftigten.

(Präsident van Nes Ziegler)

(Lage im Ruhr- und Wurmrevier)

- (A) 13. Finanzielle Unterstützung von Gemeinden, die von Zechenstilllegungen betroffen sind, zur Verbesserung der Infrastruktur in ihrem Bereich.
14. Bereitstellung von Mitteln zur Finanzierung von Sicherungsmaßnahmen für bergschädengefährdete Bauten.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, auf der Grundlage dieser Erklärung durch Verhandlungen mit der Bundesregierung, im Bundesrat und durch eigenes Handeln für eine schnelle Durchführung dieser Maßnahmen einzutreten. Darüber hinaus appelliert er in Sorge um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Verwirklichung der dargestellten Maßnahmen zu unterstützen.

— Meine Damen und Herren, Sie haben den Entschließungsantrag gehört. Sie haben ihn in den Fraktionen besprochen. Ich darf annehmen, daß das Wort nicht gewünscht wird.

Wir kommen damit zur **Abstimmung** über diesen **Entschließungsantrag**. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke sehr. Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß der Landtag diesem Entschließungsantrag einstimmig **zugestimmt** hat.

(Lebhafter Beifall im gesamten Hause)

Der Herr Ministerpräsident hat um das Wort gebeten.

- (B) **Kühn**, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren! Die Landesregierung dankt dem Hohen Hause für diese Manifestation gemeinsamer Auffassung. Sie erblickt darin eine Stärkung ihrer Position in der Durchsetzung der Interessen unseres Landes auch in Bonn bei Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung.

Es ist für mich — ich sage das namens der Landesregierung — eine selbstverständliche Konsequenz dieser in der einstimmigen Auffassung des Landtags zum Ausdruck gekommenen Gemeinsamkeit, die große Oppositionsfraktion voll in die Beratungen über die Behandlung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung einzubeziehen, sei es — wie ich in meiner Rede ausgeführt habe — in einem besonderen Ad-hoc-Unterausschuß des Hauptausschusses, sei es in anderer Form, damit wir in Bundesrat, Bundestag und gegenüber der Bundesregierung ein Höchstmaß an zusammengefaßter **Aktivität** entwickeln können.

Das Wort von der „Fraktion Kohle“, das wir seit Jahren in diesem Hause befolgt haben, darf nicht nur ein Wort bleiben, es soll auch über diesen Beschluß hinaus für die Menschen in unserem Lande zur Tat werden und unsere gemeinsame Aufgabe umschreiben, die wir als Regierungskoalition und Opposition gemeinsam zu erfüllen haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident van Nes Ziegler: Im Rahmen der Debatte hatte der Herr Finanzminister die **Vorlage Nr. 232 — Vorschläge für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung im Lande Nordrhein-Westfalen** — vorlegen lassen. Auf Anregung der SPD-Fraktion schlage ich Ihnen vor, diese Vorlage dem Haushalts- und Finanzausschuß zur Beratung und Erledigung zu überweisen.

Das Wort hat Herr Abg. Pütz.

Pütz (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben, anscheinend ohne Ihre Unterrichtung, Herr Präsident, eben mit der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und dem Herrn Finanzminister vereinbart, die Vorlage Nr. 232 morgen dem Hohen Hause als förmliche Drucksache vorzulegen und sie dann durch Abstimmung in diesem Hause ohne Diskussion dem Haushalts- und Finanzausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen, damit den formellen Voraussetzungen für diese Maßnahme Rechnung getragen wird.

(Beifall)

Präsident van Nes Ziegler: Das ist mir nicht bekannt; aber ich bin davon ausgegangen, daß auch eine Vorlage in einen Ausschuß zur Beratung verwiesen werden kann. Warum nicht? Nach der Verfassung kann der Minister Überschreitungen des Haushaltsplan an sich mit nachträglicher Genehmigung vornehmen. Es war ein Anerbieten der Regierung, in diesem besonderen Fall die vorherige Zustimmung einzuholen. Aber wenn das eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen sein soll

(Johannes Rau (SPD): Es ist keine Vereinbarung, sondern ein Wunsch!)

— ich bin darüber nicht unterrichtet —, verschlägt es nichts, wenn wir das morgen tun. Das ist eine Frage, die — jedenfalls in der Sache — nicht sehr viel Bedeutung hat. In solchen Dingen sollte man sich also nicht streiten.

Ich möchte aber dann trotzdem den Kollegen des Haushalts- und Finanzausschusses die Gelegenheit geben, bereits einen Termin zu reservieren.

(Zurufe: Der ist bekannt, der 20. Juni!)

— Der 20. Juni, Dienstagvormittag, damit Sie also Ihren Terminplan einrichten können und keine unnötigen Verzögerungen entstehen.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung angelangt. Ich berufe das Plenum für morgen früh, 10.30 Uhr, wieder ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 18.18 Uhr